

MONOPOL UND PROFITRATE

THEORETISCHE UND EMPIRISCHE ASPEKTE DER KAPITALVERWERTUNG, DARGESTELLT AM BEISPIEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
vorgelegt dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
der Freien Universität Berlin

von
Diplom-Handelslehrer
Michael Narazny

Berlin 1984

MONOPOL UND PROFITRATE

THEORETISCHE UND EMPIRISCHE ASPEKTE DER KAPITALVERWERTUNG, DARGESTELLT AM BEISPIEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
vorgelegt dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
der Freien Universität Berlin

von

Diplom-Handelslehrer

Michael Narazny

Berlin 1984

Erstgutachter: Prof. Dr. Klaus - Peter Kisker

Zweitgutachter: Prof. Dr. Elmar Altvater

Fachbereichssprecher: Prof. Dr. Werner Steden

Tag der Disputation: 18. Dez. 1984

Inhaltsverzeichnis

	Seite
0.1. Einleitung	1
0.2. Aufbau der Untersuchung	3
I. Die theoretischen Analysen	5
1. Monopol und Monopolprofit	5
1.1. Bestimmung des Monopols	5
1.2. Monopolpreis und Monopolprofit	9
1.3. Die Herstellung der Durchschnittsprofitrate	13
1.3.1. Der Kostpreis	13
1.3.2. Der Produktionspreis	15
1.3.3. Die Durchschnittsprofitrate	16
2. Die Kapitalreproduktion unter monopolistischen Bedingungen	22
2.1. Der Ansatz von Hufschmid	23
2.1.1. Das Verhältnis von Monopol und Monopolprofit	23
2.1.2. Die Vorteilsposition der Monopole	29
2.1.2.1 Die relative Verknappung des Warenangebots	29
2.1.2.2. Die Verhinderung des Kapitaltransfers	34
2.1.3. Die Analyse der Durchschnittsprofitrate	38
2.2. Der Ansatz Katzensteins	41
2.2.1. Monopol und Monopolprofit	41
2.2.2. Monopol und Durchschnittsprofitrate	43
2.3. Der Ansatz von Altvater	48
2.3.1. Die Bestimmung des Monopols	48
2.3.2. Die Analyse der Durchschnittsprofitrate	50
2.4. Zusammenfassung der theoretischen Analysen	53

II.	Die empirischen Untersuchungen zur Kapitalverwertung Westdeutschlands	57
1.	Zschockes Untersuchung der Kapitalverwertung und der Profitratenunterschiede in der Industrie	58
2.	Das Indikatorverfahren von Altvater/Hoffmann/Schöller/Semmler	70
3.	Die Branchenanalyse von Saß	81
4.	Die Größenklassenuntersuchung von Saß	85
4.1.	Die empirischen Ergebnisse	85
4.2.	Theoretische Schlußfolgerungen	90
5.	Die Untersuchung des Kapitalgesamtreproduktionsprozesses durch das PKA/SOST	92
5.1.	Methodische Ableitungen	92
5.2.	Die ursprüngliche Berechnung des Gesamt-reproduktionsprozesses	95
5.3.	Die Neuberechnung des Gesamtreproduktionsprozesses	101
6.	Tammers Verfahren zur Ermittlung der industriellen Mehrwert- und Profitrate	104
6.1.	Die Analyse der Mehrwertraten	104
6.2.	Die Analyse der Profitraten	107
7.	Die Größenklassenuntersuchung der "Arbeitsgruppe Großunternehmen"	113
8.	Zusammenfassung der empirischen Untersuchungen	123
III.	Die Untersuchung der Kapitalverwertung der westdeutschen Industriebranchen von 1950-1977	127
1.	Die Indikatoren der Untersuchung	127
1.1.	Die Kapitalproduktivität	127

	Seite
1.2.	Die Lohnstückkosten 128
1.3.	Die Kapitalrentabilität 130
2.	Daten und Messungsgrundlagen 131
2.1.	Abgrenzung der Untersuchung 131
2.2.	Die Concentration Ratios 133
2.3.	Die Bestimmung der Zeitintervalle 135
3.	Die Entwicklung der Determinanten der Kapitalverwertung von 1950-77 136
3.1.	Die Entwicklung der gesamtindustriellen Kapitalrentabilität 136
3.1.1.	Die Periode 1950-58 141
3.1.2.	Die Periode 1959-67 144
3.1.3.	Die Periode 1968-71 148
3.1.4.	Die Periode 1975-77 149
3.2.	Der Zusammenhang zwischen Kapitalkonzentration und Kapitalverwertung 151
3.2.1.	Die Rangdifferenzen aus Kapitalkonzentration und Kapitalverwertung 151
3.2.2.	Die Rangkorrelationsanalyse zwischen Kapitalkonzentration und Kapitalverwertung 154
3.2.3.	Die Kapitalverwertung während der Krisenjahre 155
3.3.	Die Stichprobenanalyse von Kapitalproduktivität und Lohnstückkosten 157
3.3.1.	Die Entwicklung der Kapitalproduktivität 157
3.3.2.	Die Entwicklung der Lohnstückkosten 163
3.4.	Die Streuung der branchenspezifischen Kapitalrentabilitäten 167
3.5.	Die Auswertung der Branchenindikatoren 169
3.5.1.	Zusammenfassung der Einzelergebnisse 169
3.6.	Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse und weiterführende Überlegungen 176

Tabelle 1:	Die Neuberechnete Industrieprofitrate nach Zschocke von 1950-1968	67
Tabelle 2:	Profitrate und Umschlagsgeschwindigkeit aufgrund der Berechnungen des PKA	98
Tabelle 3:	Nichtgenutztes Bruttoanlagevermögen von 1950-67	99
Tabelle 4:	Entwicklung der oZK der AG des warenproduzierenden Gewerbes und der sechs größten AG der BRD nach Tammer	109
Tabelle 5:	Zinsaufwendungen und Zinserträge der Aktiengesellschaften in Mio DM	111
Tabelle 6:	Lohnstückkosten in der westdeutschen Wirtschaft - Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in v.H. -	141
Tabelle 7:	Durchschnittliche Kapitalrentabilität	151
Tabelle 8:	Rangfolge der durchschnittlichen Kapitalrentabilität	153
Tabelle 9:	Rangfolge der Konzentrationsmaße der jeweils 10 größten Unternehmen der Wirtschaftszweige (CR_{10})	154
Tabelle 10:	Bereinigte Rangdifferenzen zwischen Kapitalrentabilität und Konzentrationsgrad (CR_{10})	161
Tabelle 11:	Rangfolge der Kapitalrentabilität in Krisenjahren	164
Tabelle 12:	Rangfolge der Kapitalproduktivität der einzelnen Industriesektoren	166
Tabelle 13 :	Bereinigte Rangdifferenzen zwischen Kapitalproduktivität und Konzentrationsgrad (CR_{10})	167

	Seite
Tabelle 14: Rangfolgen der Lohnstückkosten der einzelnen Industriesektoren	170
Tabelle 15: Bereinigte Rangdifferenzen zwischen Lohnstückkosten und Konzentrationsgrad (CR_{10})	172
Tabelle 16: Veränderungsraten der Rentabilität bei ausgewählten Verbrauchsgüterindustrien	175

Schaubilder

Schaubild I: Die Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Verwertungsraten der BRD	121
Schaubild II: Veränderungsraten der Kapitalverwertung der BRD	122

0.1 Einleitung

Im System der freien Marktwirtschaft spielt der Wettbewerb die zentrale Rolle. Er fungiert als Steuerungsinstrument des ökonomischen Geschehens, durch ihn wird die optimale Güterversorgung der Individuen gewährleistet. Geht man davon aus, daß die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu einer Vermachtung der Märkte führt, so folgt daraus, daß die optimale Güterversorgung durch Einschränkung des Angebots und Preisfestsetzung nicht mehr gewährleistet ist. Treffen diese Annahmen zu, wird hierdurch zugleich ein Eckpfeiler der bestehenden demokratisch-kapitalistischen Staatsideologien in Frage gestellt, die neben der politischen Freiheit die optimale Güterversorgung des Einzelnen in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen. Die in den letzten Jahrzehnten immer wieder aufflackernde Wettbewerbsdiskussion hat aus diesem Grunde immanent einen starken politischen Bezug, da bei einer starken Einschränkung oder gar Aufhebung des Wettbewerbs sich zugleich Rückwirkungen auf den ideologischen Überbau der Gesellschaft ergeben müßten.

Als unstrittig kann auf jeden Fall gelten, daß in der Bundesrepublik Deutschland mit der Entwicklung der Akkumulationsbedingungen eine starke Konzentrationsbewegung einherging. Es stellt sich hierbei die Frage, ob sich, von einer bestimmten Höhe der Kapitalkonzentration an, eine generelle Einschränkung des Wettbewerbs konstatieren läßt. Ist dies der Fall, könnten marktbeherrschende Unternehmen durch die erfolgte Wettbewerbseinschränkung höhere Preise und damit höhere Profite durchsetzen. Demgegenüber müßten sich geringer konzentrierte Kapitale durch die Wettbewerbsverzerrungen mit geringeren Profiten begnügen. Die immer stärker werdende Kapitalkonzentration hat dann "ein immer größeres Ungleichgewicht der Einkommens- und Vermögensverteilung zur Folge" (Gotthold 1975, 95). Hochkonzentrierte Kapitale

können "infolge ihrer überlegenen Marktstellung sowohl auf ihren Bezugs- als auch auf ihren Absatzmärkten ... die Preise zu ihren Gunsten ... bestimmen und damit ihre Gewinne vergrößern" (Hofmann 1969, 91). Diese Ansichten lassen sich auch im Memorandum "Alternativen der Wirtschaftspolitik" wiederfinden. Hier heißt es, "daß es gerade die Großunternehmen sind, die im allgemeinen bessere Verwertungsbedingungen und damit höhere Profitraten haben" (Memorandum 1980, 99). Mit dem Aufkommen struktureller Profitratendifferenzen wird zugleich die seit 1966 immer wieder deutlich zutage getretene Krisentendenz des westdeutschen Kapitals begründet. Da die Zementierung der Profitratenhierarchien zugleich die marktwirtschaftlichen Selbstheilungskräfte schwächt, gilt die Konzentration als entscheidende Ursache der Krisenerscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Konkurse, Inflation etc. Die Beschäftigung mit der zeitlichen Entwicklung der Profitraten nimmt aus diesem Grunde eine zentrale Stellung in der gegenwärtigen ökonomischen Analyse ein.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht daher die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Kapitalkonzentration und Profitratendifferenzierung. Diese Themenstellung deutet darauf hin, daß vor allen Dingen marxistische Theorieansätze im Vordergrund der Untersuchung stehen. Das gleiche gilt für die behandelten empirischen Arbeiten; auch sie werden von einer marxistischen Fragestellung geleitet. In den nicht-marxistischen Arbeiten wird nicht die Frage nach dem Wert der Waren gestellt, es werden hier nur die Oberflächenerscheinungen der Ökonomie wie Inflation etc. behandelt, Profitdifferenzierungen werden nicht explizit thematisiert. Sie fallen deshalb aus dem Untersuchungsrahmen. Es erfolgte eine Beschränkung auf die Untersuchungen der Kapitalakkumulation in der Bundesrepublik Deutschland. Profitratenunterschiede aufgrund der Unternehmensgrößendifferenzierung innerhalb einer Branche werden nicht behandelt. Die Ermittlung der Komponenten der

Kapitalverwertung ist ausschließlich auf den produktiven Sektor des westdeutschen Kapitals bezogen. Die Daten umfassen den Zeitraum 1950 - 1977, beschränken sich demnach nicht, wie in den meisten Branchenuntersuchungen, nur auf Stichprobenanalysen. Die bisher unausgewerteten Branchendaten wurden mir von den Mitgliedern des am Fachbereich Politische Wissenschaften der FU - Berlin existierenden "Forschungsschwerpunkt(es) Ökonomie und Politik im Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland unter dem Aspekt von Widersprüchen und Veränderungsmöglichkeiten, Unterprojekt 3: Staat, Akkumulation, Gewerkschaften" zur Verfügung gestellt. Sie sind auf der Grundlage der Berechnungen des DIW entstanden.

Die vorliegende Arbeit wird ohne den sehr umfangreichen statistischen und methodischen Anhang veröffentlicht. Meines Erachtens ergibt sich hieraus kein Mangel, da in der Arbeit zahlreiche aggregierte Tabellen enthalten sind. Bei Bedarf kann jedoch das umfangreiche statistische Material an der FU - Berlin, Institut für Wirtschaftspolitik, Fachrichtung Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie, Reichensteiner Weg 1a, 1000 Berlin 33 eingesehen werden.

0.2. Aufbau der Untersuchung

Die Arbeit gliedert sich in drei Hauptteile:

- I. Theoretische Analysen zum Verhältnis von Monopol und Profitrate,
- II. Aufarbeitung der empirischen Untersuchungen zur Kapitalverwertung der BR Deutschland,
- III. Untersuchung der Kapitalverwertung der bundesdeutschen Industriebranchen von 1950 bis 1977.

Zu I.: Wird der Zusammenhang von Kapitalkonzentration/Kapitalzentralisation und der Kapitalverwertung diskutiert, ist

es zunächst notwendig, den Begriff des Monopols, des Monopolpreises und des Monopolprofits zu bestimmen, da allein eine unpräzise Handhabung dieser Kategorien zu theoretischen Irrtümern führen kann. Durch die Existenz der Monopole ergeben sich Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Durchschnittsprofitrate. Bevor dieser Zusammenhang näher thematisiert werden kann, ist es erforderlich, das Entstehen der allgemeinen Profitrate abzuleiten. Erst im Anschluß daran ist der Zusammenhang von Monopol und Profitrate zu diskutieren.

zu II.: Es existieren mehrere Untersuchungen zur Kapitalverwertungssituation der Bundesrepublik Deutschland. Diese Modelle werden auf ihre empirische Validität hin überprüft und deren Ergebnisse diskutiert.

Zu III.: Vor dem Hintergrund der hier gewonnenen Erkenntnisse wird die Untersuchung der Kapitalverwertung der westdeutschen Industriebranchen durchgeführt. Sie soll Aufschluß über den Zusammenhang zwischen Kapitalkonzentration und

- Kapitalrentabilität,
- Kapitalproduktivität,
- Lohnstückkosten

erbringen. Ferner soll ermittelt werden, ob bei den Branchenrentabilitäten langfristig eine Tendenz zur Angleichung oder zur Auseinanderentwicklung besteht.

I. DIE THEORETISCHEN ANALYSEN

1. Monopol und Monopolprofit

1.1. Bestimmung des Monopols

Auf eine ausführliche Herausarbeitung eines Monopolbegriffs soll im Rahmen dieser Arbeit verzichtet werden, da genügend Literatur zu diesem Thema vorliegt. Hier wird auf den Ansatz von Altvater zurückgegriffen. Als Monopole werden jene Einzelkapitale bezeichnet, die in der Lage sind, über mehrere Perioden hinweg einen überdurchschnittlichen Profit zu erzielen, ohne daß dieser gesellschaftlichen Ausgleichsbewegungen zur Durchschnittsprofitrate unterworfen ist (vgl. Altvater, 1975, 131). Es wird vorausgesetzt, daß trotz wachsender Konzentration und Zentralisation des Kapitals sich weiterhin die Prozesse, die den Profitratenausgleich herbeiführen, Geltung verschaffen. Daher kommt es immer wieder zur Aufhebung von Monopolsituationen. Es ist möglich, daß von den Ausgleichsbewegungen zur Durchschnittsprofitrate langfristig jene Kapitale verschont bleiben, deren Dominanzpositionen auf Monopolisierung der Natur basiert. Diese Monopole entstehen "erst auf der Grundlage der abgrenzbaren Naturkraft bei Nicht-Substituierbarkeit" (Jordan, 1974, 159), d.h. sie bestehen nur, solange diese beiden Voraussetzungen gegeben sind (vgl. ebd.). Ist hingegen eine Ersatzmöglichkeit vorhanden, wird sich trotz hoher Konzentration und Zentralisation¹⁾ des Kapitals keine überdurchschnittliche Profitrate in diesen Bereichen einstellen. Dies trifft z.B. augenblicklich in der BRD für den Bergbau zu. Der hohe Konzentrationsgrad ist hier nicht mit einer hohen Profitrate korreliert, er

1) Die Kapitalkonzentration ist als Ausdehnung der Produktion aufgrund des Akkumulationsprozesses zu verstehen (erweiterte Reproduktion oder internes Wachstum). Die Zentralisation des Kapitals ist zu bestimmen als Konzentration bereits gebildeter Kapitale (externes Wachstum).

dient vor allen Dingen dazu, einem entsprechend hohen Profitratenfall entgegenzuwirken. Die hohe Konzentrationsrate ist im Bergbau nicht mit einer entsprechend hohen Marktmacht verknüpft, deshalb liegt in diesem Bereich keine Monopolsituation vor.

Marx schreibt zum Monopol:

"Die freie Konkurrenz ist ... die adäquate Form des produktiven Prozesses des Kapitals" (Marx, Grundrisse, 544). Das Monopol ist aber nicht als kapitalinadäquate Form anzusehen, sondern vielmehr als Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung zu begreifen. "Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangener oder mit seinem Erscheinen vergehender Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken weg und bewegt sich seinen eigenen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind" (ebd., 544 f.).

Wie diesen Ausführungen zu entnehmen ist, macht sich im Monopol die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Entwicklung geltend, zugleich behindert und beschleunigt es die Entwicklung der Produktivkräfte (vgl. Lenin, 1970), je nach der besonderen konkreten Situation. Damit ist das Monopol als das Ergebnis jeweils konkret-historischer Bedingungen zu bestimmen (vgl. Jordan, 1974, 160). Aus diesem Grunde läßt es sich nicht allein aus der wachsenden Kapitalkonzentration und -zentralisation herleiten.

Nach Hilferding war die Anhäufung großer Kapitalmassen in wenigen Betrieben, insbesondere die des fixen Kapitals, die Voraussetzung für die Ausschaltung der freien Konkur-

renz (vgl. Hilferding, 1974, 255). In Krisensituationen trat bei diesen Industriekapitalen durch die hier vorherrschende hohe organische Zusammensetzung des Kapitals (oZK) ein starker Fall der Profitrate ein. Durch Bildung monopolistischer Vereinigungen, welche preisbestimmend auf den Markt wirkten, wurde in Branchen mit hoher oZK dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegengewirkt (vgl. ebd., 266). Aus diesem, für den Anfang des 20. Jahrhunderts konkret-historisch zu konstatierenden Zusammenhang leiten heutzutage Theoretiker das Monopol durch Übernahme dieser Prämissen z.B. folgendermaßen ab:

"Das Monopol ist somit eine Form der Zentralisation, deren Konstituierung sich aus dem tendenziellen Fall der Profitrate entwickelt" (Ellwardt/Paetau, 1976, 45). Es "entsteht aus dem Zusammenwirken von Kapitalkonzentration, kapitalistischer Vergesellschaftung und der Monopolisierung des Marktes" (Autorenkollektiv, 1972, 348).

Diese Monopolableitungen sollen hier exemplarisch für eine Vielzahl von Arbeiten stehen. Sie verallgemeinern die spezifischen historischen Bedingungen, die sowohl Hilferding als auch Lenin vor Augen hatten, ohne daß eine Überprüfung der theoretischen Prämissen von Lenin und Hilferding stattgefunden hat. Ein Rückgriff auf diese Prämissen abstrahiert von deren entstehungsgeschichtlichem Hintergrund, wenn die hier vorgefundenen analytischen Raster einfach auf die Gegenwart übertragen werden. Die theoretischen Ansätze von Hilferding und Lenin sind vor dem Hintergrund des zu Beginn des 20. Jahrhunderts vorherrschenden staatlichen Protektionismus entstanden. Die nationalen Kapitale wurden damals z.B. durch starke Zollschränken oder Importverbot in ihrer Entwicklung begünstigt (vgl. Leisewitz, 1972). Diese Idylle des Kapitalismus ist von einem relativ offenen Welthandel abgelöst worden. Eine Abschottung des nationalen Kapitals vom Weltmarkt ist daher nicht mehr in dem damals vorherrschenden Umfang möglich. Die

Bestimmung des Monopols ist also vor dem Hintergrund des Weltmarktes zu vollziehen, da die gegenüber dem Anfang des 20. Jahrhunderts veränderten Konkurrenzbedingungen bei einer Monopolanalyse mit zu berücksichtigen sind.

In der vorliegenden Arbeit wird der Monopolbegriff branchenweise verwendet. Damit soll angedeutet werden, daß die Konkurrenz in der betreffenden Produktionssphäre weitgehend außer Kraft gesetzt ist. Diese Bestimmung würde etwa dem bürgerlichen Oligopolbegriff entsprechen, der aber hier selten Anwendung findet, da sich in der marxistischen Literatur der Begriff des Monopols durchgesetzt hat. Der Monopolbegriff wird hier erweitert, weil damit auch mittelständisch organisierte Kartelle¹⁾ erfaßt werden können. Die Kartellierung muß dann den Einzelkapitalen einen überdurchschnittlichen Profit einbringen. Die den Monopolen zugehörigen Einzelkapitale werden im folgenden als monopolistische Einzelkapitale bezeichnet. Dies geschieht zur besseren Differenzierung gegenüber dem Terminus "Monopol", der in der Literatur einerseits als Synonym für ein monopolistisches Einzelkapital und andererseits als Synonym für die monopolistische Struktur ganzer Produktionssphären verwandt wird.

Im Ergebnis der Monopolisierung muß sich bei den monopolistischen Einzelkapitalen ein überdurchschnittlicher Profit einstellen. "Erlischt der überdurchschnittliche Profit, vergeht damit gleichzeitig die Monopolsituation, das Monopol verliert jetzt jeden ökonomischen Sinn" (Oelßner, 1960, 69).

1) So wurde 1975 vom Bundeskartellamt in der primär mittelständisch organisierten Bauindustrie ein Kartell mit 336 Unternehmen und 1983 ein Kartell mit 100 Unternehmen aufgedeckt (vgl. "Handelsblatt" vom 10. Juni 1975 und "Der Tagesspiegel" vom 7. September 1983)

1.2. Monopolpreis und Monopolprofit

Marx definierte den Monopolpreis als einen Preis, der über dem Produktionspreis der Waren liegt und zeitweise nicht den Ausgleichsprozessen der Konkurrenz unterworfen ist. Durch den Monopolpreis findet eine Wertübertragung zugunsten des existierenden Monopols statt (vgl. MEW 25, 868 f.). Oelßner hat diesen Sachverhalt präzisiert, wenn er den Monopolpreis als Produktionspreis plus Monopolprofit definiert, wobei der Monopolprofit einen Aufschlag über den Durchschnittsprofit hinaus darstellt (Oelßner, 1960, 82). Die Realisation der Monopolprofite wird dabei in der Literatur unterschiedlich abgeleitet, so definiert z.B. Mattik:

"Der monopolistische Profit wird nicht in der Produktion, sondern in der Zirkulation gewonnen. Kapitalistische Extraprofite ergeben sich selbstverständlich auch aus Vorgängen in der Produktionssphäre durch überdurchschnittliche Erhöhungen in der Produktivität der Arbeit ... Diese Art von Extraprofit verliert sich wieder durch die Verallgemeinerung der produktiveren Produktionsmethoden. Der Monopolprofit unterscheidet sich von solchen dauernd auftretenden und wieder verschwindenden Extraprofiten durch die erreichte Aufhebung der Konkurrenz" (Mattik, 1976, 158).

Der Autor scheint hier ein Zirkulationsmonopol vor Augen zu haben, wenn er davon ausgeht, daß der Monopolprofit ausschließlich in der Zirkulationssphäre gewonnen wird. Damit würde der Monopolpreis und nicht der Monopolprofit zur zentralen Kategorie des Monopols erhoben werden. Hier ist zu beachten, "daß der Monopolpreis nicht das einzige Mittel zur Erlangung von Monopolprofit ist" (Oelßner, 1960, 68). Andere Quellen des Monopolprofits könnten sich aus der Existenz dauerhafter Vorteilspositionen ergeben, wenn monopolistische Einzelkapitalien längerfristig die Möglichkeit der Verhinderung der Verallgemeinerung des technischen Fortschritts besitzen (z.B. durch das Patentwesen).

"Der Monopolpreis ist ein durch die Macht der Monopole festgelegter Preis, der über dem Marktpreis steht, wie er durch die Konkurrenz bestimmt wurde. Aber auch Monopole unterliegen den objektiven ökonomischen Gesetzen. Sie müssen die Aufnahmefähigkeit des Marktes berücksichtigen ... Sie müssen auch die Konkurrenz anderer monopolistischer Kapitale im nationalen und internationalen Rahmen in Rechnung stellen" (Autorenkollektiv, 1973, 155 f.).

Nach dieser Definition sind die Preissetzungsmöglichkeiten monopolistischer Einzelkapitale durch die vorhandene Konkurrenz begrenzt. Fraglich ist hierbei der per definitionem eingeführte Machtaspekt, da nicht hergeleitet wird, unter welchen Bedingungen sich die Macht entfalten kann. Hier wird die konstatierte Macht bei den Autoren zu einem subjektiven Moment. Mit dieser Definition werden trotz vorhandener Konkurrenz und begrenzter Absorptionsfähigkeit des Marktes doch subjektive Gründe für die Höhe des Monopolpreises angeführt.

Folgende Ansicht ist exemplarisch für praktisch alle Monopoltheoretiker:

"Der Monopolpreis wird ... auf der Grundlage des Mehrwertgesetzes realisiert, und der Monopolprofit hat seine wichtigste Quelle im Mehrwert" (Wygodski, 1972, 12 f.). Zugleich wird die Frage gestellt, ob die Definition der Monopolpreise als die Summe der Produktionskosten plus Monopolprofit brauchbar ist. "Den Monopolpreis ... mit Hilfe des hohen Monopolprofits zu bestimmen, bedeutet, eine Unbekannte mit Hilfe einer anderen Unbekannten ermitteln zu wollen. Wenn der Durchschnittsprofit eine bestimmte festumrissene Größe darstellt, ... so kann man das vom hohen Monopolprofit nicht behaupten" (ebd., 143). Nach dieser Argumentation sind die Grenzen des Monopolpreises durch Marktwert und Durchschnittsprofit bestimmt und gehen nicht über eine normale Umverteilung qua Extraprofit hinaus. "Die Summe der Monopolpreise (das heißt sowohl der

hohen Monopolpreise als auch der monopolistisch bestimmten Niedrigpreise) ist auf diese Weise gleich der Summe der Werte, der Summe der Produktionspreise und ebenso gleich der Summe des Mehrwerts und des Durchschnittsprofits" (ebd., 147).

Letztendlich zieht sich Wygodski hier auf die altbekannte Gleichung zurück, nach der die Summe der Preise der Summe der Werte entspricht. Damit hat er es geschafft, das Problem der Bestimmung von Monopolpreisen wegzudefinieren, denn in seiner Definition des Monopolpreises geht jedes Spezifikum des monopoltypischen Preises verloren. Wygodski geht von einer veränderten Wertbildung im Monopolbereich aus, dies führt zu dem Ergebnis, daß die Monopole die Waren weiterhin zu ihrem Wert verkaufen. Nach seiner Meinung stellt der Monopolpreis keine Abweichung vom Wert dar, sondern ist "ein Ergebnis der Modifikation des Wertes selbst, eine spezifische Erscheinungsform des Wertgesetzes unter den Bedingungen des Monopolkapitalismus. Wert, Produktionspreis und Monopolpreis, sofern er auf einem modifizierten Marktwert und Produktionspreis beruht, sind Funktionsstufen des Wertes, die den Übergang von der einfachen Warenproduktion zur kapitalistischen und den Übergang in ihr höchstes Stadium, in das Stadium des Monopolkapitalismus widerspiegeln" (ebd., 206 f.). Die Möglichkeit zur Fixierung des Monopolprofits wird nun zum dauerhaften Privileg der Monopole (vgl. 212). Völlig widersprüchlich zu den eben angeführten Feststellungen heißt es bei ihm an anderer Stelle: "Der Monopolpreis, der eine Form des Marktpreises darstellt, kann nichts anderes bedeuten als eine Abweichung vom Produktionspreis" (ebd., 157). Diese These steht bei ihm dann allerdings völlig entgegengesetzt zu seiner vorherigen Bemerkung, nach der der Monopolpreis selber durch den Produktionspreis bestimmt wurde. Ferner ist sie zu ungenau, um das Spezifikum des Monopolpreises zu erfassen.

Abweichungen vom Produktionspreis finden praktisch permanent durch spezifische Marktbedingungen statt, es bedarf also nicht erst des Monopolpreises. Die Marktwerte haben Regulierungsfunktion gegenüber den Marktpreisen. "Wenn die Zufuhr der Waren zu dem Durchschnittswert, also zu dem mittleren Wert der Masse, die zwischen den beiden Extremen liegt, die gewöhnliche Nachfrage befriedigt, so realisieren die Waren, deren individueller Wert unter dem Marktwert steht, einen Extramehrwert oder Surplusprofit, während die, deren individueller Wert über dem Marktwert steht, einen Teil des in ihnen enthaltenen Mehrwerts nicht realisieren können. ... Was hier vom Marktwert gesagt, gilt vom Produktionspreis, sobald er an die Stelle des Marktwerts getreten. ... Er aber ist wieder das Zentrum, worum sich die täglichen Marktpreise drehen und wozu sie sich in bestimmten Perioden ausgleichen" (MEW 25, 188).

Dies heißt mit anderen Worten: Es findet für die Produzenten immer eine Abweichung vom Produktionspreis statt mit der Ausnahme, daß ein Kapitalist zu den mittleren Bedingungen produziert, die den Produktionspreis bestimmen. Aufgrund dieser Bestimmung des Produktionspreises wird erst die Realisierung von Extraprofiten bei Einzelkapitalen möglich.

Der Monopolpreis muß sich aus einer positiven dauerhaften Abweichung gegenüber dem Produktionspreis ergeben. "Ein Monopolpreis liegt also dann vor, wenn aufgrund der monopolistischen Bedingungen der Produktion und des Marktes ein durchschnittlicher Marktpreis ... fixiert wird, der sowohl über dem Produktionspreis wie dem (gesellschaftlichen) Wert einer Ware liegt" (Breuer, 1975, 102). Hier müßte ergänzt werden, daß als Resultat ein Surplusprofit bei den monopolistischen Einzelkapitalen vorhanden ist, denn eine positive Abweichung vom Wert (Marktwert) könnte auch dann vorliegen, "wenn die Produzentenmasse nicht groß genug wäre, oder was dasselbe, wenn der Druck der

Konkurrenz nicht stark genug wäre, sie zu zwingen, diese Warenmasse auf den Markt zu bringen" (MEW 25, 190). Als Ergebnis dieser Ausführungen läßt sich festhalten, daß ein Monopolpreis immer dann vorliegt, wenn sich eine dauerhafte positive Abweichung gegenüber dem Produktionspreis ergibt und damit der Monopolpreis nicht den Marktpreisveränderungen unterliegt, sondern selber konstituierend die Höhe des Marktpreises festlegt.

1.3. Die Herstellung der Durchschnittsprofitrate

Im folgenden wird die Marxsche Analyse der Durchschnittsprofitrate nochvollzogen. Die Erarbeitung des materiellen Inhalts dieses Gesetzes ist notwendig, um im Anschluß daran der Frage nachzugehen, ob die Gesetzmäßigkeiten der Durchschnittsprofitrate unter den veränderten Reproduktionsbedingungen des Kapitals (Monopole) weiterhin ihre Gültigkeit besitzen.

1.3.1. Der Kostpreis

Die kapitalistische Produktion verhüllt deren Produzenten den wirklichen Ursprung des Mehrwerts. Statt dessen wird in der Vorstellung des Kapitalisten der Profit allein in der Zirkulationssphäre erwirtschaftet. Grundlage dieser Vorstellung ist die Tatsache, daß die Ware zunächst zu ihrem Kostpreis kalkuliert wird.

"Dieser Wertteil der Ware, der den Preis der verzehrten Produktionsmittel und den Preis der angewandten Arbeitskraft ersetzt, ersetzt nur, was die Ware den Kapitalisten selbst kostet, und bildet daher den Kostpreis der Ware" (MEW 25,34).

Der Kostpreis einer Ware bildet selbst keinen Mehrwert, sondern ist nur ein Äquivalent des verausgabten Kapitals.

Er steht folglich unter dem Wert der Ware (vgl. ebd., 174). Der Mehrwert entspringt nun durch den Kostpreis gemeinsam aus allen Teilen des angewandten Kapitals, "der Unterschied zwischen konstantem und variablem Kapital ist verschwunden" (ebd., 42). Der Kostpreis ist nur Ersatzwert für das verausgabte konstante und variable Kapital (ebd., 42). Demnach steht der Kostpreis der Ware unter ihrem Wert (ebd., 175). Der Kostpreis bildet selbst keinen Mehrwert, sondern ist nur ein Äquivalent für das vorgeschossene angewandte Kapital (ebd., 45f). Der Kapitalist erwartet gleichen Vorteil auf alle Teile des vorgestreckten Kapitals (ebd., 46). Aus diesem Grunde erhalten "gleich große Kapitalmassen, wie immer zusammengesetzt, gleich große Anteile (aliquote Teile) der Totalität des vom gesellschaftlichen Gesamtkapitals erzeugten Mehrwerts" (ebd., 183).

Ein Kapitalist kann eine Ware "mit Profit verkaufen, obgleich er sie unter ihrem Wert verkauft. Solange ihr Verkaufspreis über ihrem Kostpreis, wenn auch unter ihrem Wert steht, wird stets ein Teil des in ihr enthaltenen Mehrwerts realisiert, also stets ein Profit gemacht ... Das Gesetz, welches die allgemeine Profitrate und die durch sie bestimmten sog. Produktionspreise regelt, beruht ... auf dieser Differenz zwischen Wert und Kostpreis der Ware und der daher entspringenden Möglichkeit, die Ware mit Profit unter ihrem Wert zu verkaufen" (ebd., 47).

Der Zirkulationsprozeß bietet daher die Möglichkeiten zur Erwirtschaftung von Extraprofiten (vgl. ebd., 147). Diese können sich zum Beispiel durch günstige Standortwahl, günstigen Einkauf von Rohstoffen und Maschinen, durch Kartellierung von Produktionssphären etc. ergeben. Dies ergibt sich aus der quantitativen Inkongruenz von Wert und Preis (vgl. MEW 23, 117). Geht der vom Wert abweichende Kostpreis in andere Waren ein, finden Modifikationen in der Bestimmung des Kostpreises statt. In diesem Fall steht der Kostpreis über oder unter dem Gesamtwert des

zur Herstellung der Ware verbrauchten produktiven Kapitals (vgl. MEW 25, 175).

Da der Kostpreis unmittelbar mit dem Produktionspreis einer Ware verknüpft ist, soll nunmehr der Produktionspreis untersucht werden.

1.3.2. Der Produktionspreis

Der Produktionspreis läßt sich als Kostpreis plus Durchschnittsprofit bestimmen (ebd., 167). So ist der dem Kostpreis zugeschlagene Profit zur Bestimmung der Produktionspreise zu untersuchen. Der dem jeweiligen Kostpreis einer Ware zugeschlagene Profit richtet sich "nicht nach der Masse Profit, die von diesem bestimmten Kapital in dieser bestimmten Produktionssphäre während einer gegebenen Zeit produziert wird, sondern nach der Masse Profit, die auf jedes angewandte Kapital, als aliquoter Teil des in der Gesamtproduktion angewandten gesellschaftlichen Gesamtkapitals, während eines gegebenen Zeitraums im Durchschnitt fällt" (ebd., 168).

Zugleich erhalten "gleich große Kapitalmassen, wie immer zusammengesetzt, gleich große Anteile (aliquote Teile) der Totalität des vom gesellschaftlichen Gesamtkapital erzeugten Mehrwerts" (ebd., 183).

Wenn die Ware zu ihrem Produktionspreis verkauft wird, entspricht der Profitzuschlag dem gesamtgesellschaftlichen Durchschnittsprofit (vgl. ebd., 169). Ist eine allgemeine Profitrate in den verschiedenen Produktionssphären erst einmal gegeben, fällt nur noch zufällig der in jeder Produktionssphäre erzeugte Mehrwert mit dem durch den Warenverkaufspreis realisierten Profit zusammen. "In der Regel sind Profit und Mehrwert, und nicht bloß ihre Raten, nun wirklich verschiedene Größen" (ebd., 177).

Dieser Prozeß setzt sich hinter dem Rücken der Produzenten durch. Durch den Größenunterschied von Mehrwert und Profit bleibt der Ursprung des Profits verhüllt. Mit der Verwandlung der Werte in Produktionspreise wird die Grundlage der Wertbestimmung verdeckt. Jetzt erscheint der Profit als außerhalb "des immanenten Werts der Ware Stehendes ... , indem der zum Kostpreis zugeschlagene Profit in der Tat, wenn man die besondere Produktionssphäre betrachtet, nicht durch die Grenzen der in ihr selbst vorgehenden Wertbildung bestimmt, sondern ganz äußerlich dagegen festgesetzt ist" (ebd., 178).

1.3.3. Die Durchschnittsprofitrate

Ein Plus an Profit bei einer Ware muß seine Entsprechung in einem Minus bei einer anderen finden. Im Ergebnis dieses Prozesses kommt es bei den einzelnen Waren zu Wertabweichungen, die sich in ihrer Gesamtheit auf der gesellschaftlichen Ebene jedoch wieder ausgleichen. Die Summe der Produktionspreise entspricht hier der Summe der produzierten Werte (vgl. ebd., 169). Voraussetzung der Produktionspreise ist wiederum die Existenz einer allgemeinen Profitrate, welche als gewogener Durchschnittswert aller besonderen Branchenprofitraten anzusehen ist. Unterschiedliche Kapitalumschlagszeiten und organische Kapitalzusammensetzungen bewirken ein unterschiedliches Branchenprofitratenniveau. Bei gleich großen Kapitalen führt eine abweichende organische Zusammensetzung - also das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital - zu unterschiedlichen Aneignungsquoten bei unbezahlter Mehrarbeit bzw. Profit. Verschiedene Kapitalumschlagszeiten haben hingegen Auswirkungen auf die Höhe des vorzuschießenden Kapitals und berühren folglich die Profitrate (vgl. ebd., 167). Änderungen im Arbeitstag, Arbeitslohn und in der

Arbeitsintensität tangieren die angeeignete Mehrarbeit und deshalb zugleich die Profitrate (vgl. ebd., 62).

Unter vereinfachten Annahmen führt eine Steigerung der organischen Zusammensetzung - z.B. durch wachsenden Wertumfang des konstanten Kapitals - zu einem Sinken der Profitrate. In diesem Fall verringert sich das variable Kapital im Verhältnis zum vorgeschossenen Gesamtkapital, was zugleich zu einem relativen Sinken der angeeigneten Mehrarbeit in Bezug auf das Gesamtkapital führt. Findet umgekehrt eine Reduzierung der organischen Zusammensetzung - z.B. durch Wertminderung der Elemente des konstanten Kapitals - statt, steigt die Profitrate, da die angeeignete unbezahlte Mehrarbeit im Verhältnis zum Gesamtkapital gestiegen ist. Indes ist die Wirklichkeit komplizierter, denn eine Veränderung der organischen Zusammensetzung kann sich durch eine Vielzahl von Kombinationsmöglichkeiten ergeben.

Nach Schmitt-Rink läßt sich die organische Zusammensetzung als Verhältnis von Kapitalintensität (als wertmäßiger Einsatz von Kapital je Arbeitseinheit) zu Reallohnniveau bestimmen. Danach sinkt die organische Zusammensetzung

- a) bei konstanter Kapitalintensität und steigendem Reallohn,
- b) bei konstanten Reallöhnen und sinkender Kapitalintensität,
- c) bei steigender Kapitalintensität und rascher steigendem Reallohn,
- d) bei sinkender Kapitalintensität und konstantem, langsamer sinkendem oder steigendem Reallohn.

Hingegen steigt die organische Zusammensetzung unter folgenden Voraussetzungen:

- a) bei konstanter Kapitalintensität und sinkendem Reallohn,
- b) bei konstantem Reallohn und steigender Kapitalintensität,

- c) bei steigender Kapitalintensität und langsamer steigendem Reallohn,
- d) bei sinkender Kapitalintensität und schneller sinkendem Reallohn (Schmitt-Rink, 1967, 140 ff.).

Hinzuzufügen wäre noch, daß bei langfristigen Änderungen der Kapazitätsauslastung und der daraus resultierenden Änderung des variablen Kapitals sich ebenfalls Änderungen in der organischen Zusammensetzung ergeben. Die organische Zusammensetzung wird steigen, wenn infolge von Unterauslastung (Krise) Arbeitskräfte entlassen werden; sie wird fallen, wenn in Boomphasen mehr Arbeitskräfte an der gleichen Maschinerie beschäftigt werden (z.B. durch Umstellung auf Mehrschichtsystem oder Produktion über dem Normalauslastungsgrad). Die organische Zusammensetzung bleibt konstant, wenn kompensatorische Bewegungen ihrer Größen entstehen.

Bei der Entwicklung der organischen Zusammensetzung kommt es zu teilweise widersprüchlichen Bewegungen. Wenn zum Beispiel bei konstanter Kapitalintensität der Reallohn steigt, hat dies eine Senkung der organischen Zusammensetzung zur Folge. Durch die Abnahme eines Teils der unbezahlten Mehrarbeit korrespondiert die geringere organische Zusammensetzung jedoch nicht mit einer Steigerung der Profitrate, sondern es tritt das Gegenteil ein: die Profitrate sinkt. Der umgekehrte Sachverhalt liegt vor, wenn bei konstanter Kapitalintensität infolge einer Senkung des Reallohns die organische Zusammensetzung steigt. Dieser Prozeß wird jedoch von einer gestiegenen Mehrwertrate begleitet, die ihrerseits zu einer Profitratenerhöhung führt. Demnach können Rückschlüsse auf die Profitratentendenz nicht allein aus der Entwicklungsrichtung der organischen Zusammensetzung gezogen werden, sondern bei ihrer Interpretation muß die Veränderung des konstanten oder variablen Kapitals Beachtung finden. Erst die gesamtheitliche Betrachtung der einzelnen Faktoren läßt gesicherte Aussagen über einen

Profitratentrend zu, während die Beschränkung auf die Anschauung der organischen Zusammensetzung zu Irrtümern führen kann.

Die Wichtigkeit der Umschlagsgeschwindigkeit ergibt sich daher, daß sich durch Beschleunigung der Kapitalumschlagszeit die Profitrate vergrößern läßt. Dies macht es notwendig, beim Vergleich verschiedener Profitraten nicht nur die eines Umschlags heranzuziehen, sondern die Gesamtheit der Profitraten einer bestimmten Periode. Hier ist die Jahresprofitrate die geeignete Größe, welche die Anzahl der Umschläge des variablen Kapitalteils innerhalb eines Jahres mißt, und damit die Masse des innerhalb eines Jahres produzierten Mehrwerts bzw. Profits erfaßt (vgl. MEW 25, 84). Des weiteren werden die Profitraten der einzelnen Branchen durch verschiedene Entwicklung der Rohstoffpreise und durch den Weltmarkt unterschiedlich beeinflusst (ebd., 117).

Die eben genannten Faktoren deuten darauf hin, daß die Profitraten der einzelnen Produktionssphären permanent eine unterschiedliche Größe aufweisen werden. Aus dem Sachverhalt, daß gleich große Kapitale infolge unterschiedlicher organischer Zusammensetzung ungleich hohe Profite erzeugen, folgt, daß in den verschiedenen Sphären unterschiedliche Profitraten vorhanden sind. Nur innerhalb einer Produktionssphäre, d.h. bei gleicher organischer Zusammensetzung, verhalten sich die Profitmassen proportional zur Masse des angewandten Kapitals. "Daß die Profite ungleich großer Kapitale im Verhältnis ihrer Größen sind, heißt überhaupt nichts, als daß gleich große Kapitale gleich große Profite abwerfen oder, daß die Profitrate für alle Kapitale gleich ist, welches immer ihre Größe und ihre organische Zusammensetzung" (ebd., 159).

Unabhängig von ihrer jeweiligen organischen Zusammensetzung erhalten die Einzelkapitale den Profit entsprechend

ihrer absoluten Größe in Form des Durchschnittsprofits. "Der Profit, der entsprechend dieser allgemeinen Profitrate auf ein Kapital von gegebener Größe fällt, welches immer seine organische Zusammensetzung, heißt der Durchschnittsprofit" (ebd., 167). Der Profit wird in Form eines Zuschlags auf das gesamte vorgeschossene Kapital bezogen. Vermittelt wird dieser Sachverhalt über den Produktionspreis, der sich aus der Summe von Kostpreis und Durchschnittsprofit ergibt. Indem die Verwandlung der Werte in Produktionspreise stattfindet, wird zugleich die Grundlage der Wertbestimmung verdeckt. Es scheint auf einmal, als ob der Profit allen Kapitalteilen gleichmäßig entspringt (vgl. ebd., 177 f.). Nur zufällig fällt der in einer Produktionssphäre erzeugte Mehrwert mit dem im Kaufpreis einer Ware enthaltenen Profit zusammen, was daraus resultiert, daß Profit und Mehrwert in der Regel wirklich verschiedene Größen sind (vgl. ebd., 177).

Aus diesem Grunde weichen die einzelnen Branchenprofitraten voneinander ab, ihr gewogener Durchschnittswert ergibt die allgemeine oder Durchschnittsprofitrate. Kurzfristige Wechsel der Branchenprofitraten berühren nicht das allgemeine Profitratenniveau, da auf gesamtwirtschaftlicher Ebene zugleich kompensatorische Bewegungen entstehen (vgl. ebd., 179). Sind hingegen die Profitratenveränderungen langfristiger Natur, hat dies Rückwirkungen auf die Durchschnittsprofitrate. Die unterschiedlichen Branchenprofitraten sind das Resultat voneinander abweichender

- Kapitalumschlagzeiten,
- Kapitalintensität,
- Arbeitsintensität,
- Lohnniveaus,
- Konkurrenzsituationen.

Diese Faktoren entwickeln sich in den einzelnen Branchen unterschiedlich, die Profitratendifferenzen sind deshalb strukturell bedingt. Durch zwischenzweiglichen Kapital-

transfer setzt sich die Tendenz zum Profitratenausgleich durch. Jedoch lassen sich hieraus nicht identische Branchenprofitraten ableiten, vielmehr bleiben auch weiterhin zwischenzweigliche Profitratendifferentiale bestehen. Die Durchschnittsprofitrate existiert unter diesen Bedingungen nur als eine Tendenz ewiger Schwankungen, ohne daß die einzelnen ökonomischen Sphären tatsächlich die Durchschnittsprofitrate realisieren. Kapitalwanderungen verändern das Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr innerhalb der einzelnen Sektoren und bewirken im langfristigen Trend, daß sich deren Profitraten angleichen. Dies gelingt jedoch nur tendenziell und setzt grundsätzlich die Mobilität von Arbeitskraft und Kapital voraus. Bedingung hierfür ist die "völlige Handelsfreiheit im Innern der Gesellschaft und Beseitigung aller Monopole, außer der natürlichen ..." (ebd., 206).

Wenn Kapitale in bestimmten Produktionssphären nicht dem Ausgleich unterworfen sind, berechnet sich der Durchschnittsprofit nur auf den Teil des Gesamtkapitals, der in den Ausgleichsprozeß eingeht (ebd., 183). Surplusprofite entstehen dann, "wenn gewisse Produktionssphären in der Lage sind, sich der Verwandlung ihrer Warenwerte in Produktionspreise und daher der Reduktion ihrer Profite auf den Durchschnittsprofit zu entziehen" (ebd., 209).

Hier wurde nur die Möglichkeit angedeutet, daß sich Einzelkapitale dem Profitratenausgleich entziehen können, ohne daß dabei eine dauerhafte Situation des Nichtausgleichs in Betracht gezogen wurde. Auch Engels hatte in seinen Fußnoten zum dritten Band des "Kapitals" nur vorübergehende Vorteilspositionen von Kartellen bzw. Monopolen vor Augen (vgl. ebd., 130, 177). Mit der Auflösung der Kartelle bzw. Monopole stellen sich die Ausgleichstendenzen wieder her.

Marx selber konkretisiert später, welche Kapitale nicht dem Profitratenausgleich unterliegen. Es sind Kapitale, die "obgleich in große produktive Unternehmungen gesteckt ... nur große oder kleine Zinsen, sogenannte Dividenden abwerfen, z.B. in Eisenbahnen. Sie gehen also nicht in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate ein, da sie eine geringere als die Durchschnittsprofitrate abwerfen. Gingen sie ein, so sänke diese viel tiefer" (ebd., 250). Die Aktienkapitale verwerten sich geringer als der gesellschaftliche Durchschnitt. Ihre niedrige Profitrate ist in erster Linie das Ergebnis ihrer hohen organischen Zusammensetzung (vgl. ebd., 250). Es lassen sich hingegen bei Marx und Engels keine Hinweise finden, daß - mit Ausnahme von natürlichen Monopolen - Kapitale sich dauerhaft den Ausgleichstendenzen zur Durchschnittsprofitrate entziehen können. Zugleich ist aber auch umgekehrt fraglich, ob heutzutage unter der ökonomischen Dominanzposition von Kapitalgesellschaften sich Aktiengesellschaften auch weiterhin unterdurchschnittlich verwerten, wie z.B. von den sozialistischen Studiengruppen hervorgehoben wird (vgl. SOST, 1979).

Aus diesen Ausführungen läßt sich die Fragestellung ableiten, ob unter modifizierten Verwertungsbedingungen die Tendenz zur Durchschnittsprofitrate noch immer ihre Gültigkeit besitzt. Dies soll am Beispiel der folgenden Arbeiten erörtert werden.

2. Die Kapitalreproduktion unter monopolistischen Bedingungen

In der Literatur werden aus der Existenz von Monopolen Modifikationen des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses abgeleitet. Im folgenden werden die Ansätze von Altvater, Huffs Schmid und Katzenstein zur Monopolproblematik analysiert. Trotz der Beschränkung auf diese Autoren

werden nach Meinung des Verfassers alle neueren, für diesen Problemkreis wichtigen Arbeiten berücksichtigt.

Im Unterschied zur Kritik des Monopolansatzes durch Jorden (1974), Winkelmann (1974) und des PKA (1975) werden hier nicht allgemeine methodologische Probleme in den Vordergrund der Analyse gestellt. Die vorliegenden theoretischen Ansätze werden hauptsächlich an den vorhandenen empirischen Analysen zur Kapitalverwertung der BRD gemessen; dabei werden die Monopolableitungen vor allen Dingen mit empirischen Ergebnissen konfrontiert.

2.1. Der Ansatz von Hufschmid

Die Monopolableitung von Jörg Hufschmid hat die Monopoldiskussion in der BRD nachhaltig beeinflusst, deshalb scheint eine ausführliche Auseinandersetzung mit diesem Ansatz angebracht zu sein. So wurde z.B. die Größenklassenuntersuchung der "Arbeitsgruppe Großunternehmen" mit dem Ziel durchgeführt, seinen monopoltheoretischen Ansatz empirisch zu verifizieren (vgl. Flieshard u.a., 1976, 130). Da viele der hier aufgeführten Prämissen sich auch bei anderen Monopoltheoretikern auffinden lassen, werden sie bei der Diskussion der Hufschmid'schen Thesen exemplarisch mitbehandelt.

2.1.1. Das Verhältnis von Monopol und Monopolprofit

Ein bei einzelnen Kapitalen historisch zufällig entstandener Produktivitätsvorsprung ist nach Hufschmid Grundlage der heute vorherrschenden Monopolisierung (Hufschmid 1975, 29). Die Funktionsmechanismen der kapitalistischen Akkumulation bewirken, daß diese exogen vorgegebenen Konkurrenzvorteile von den betreffenden Einzelkapitalen endogenisiert werden, d.h. der Produktivitätsvorsprung wird

systematisch aufrechterhalten (ebd., 31). Eine stärkere besondere Akkumulationskraft gegenüber anderen Kapitalen ist Folge dieses Vorteils (ebd., 29). Durch Konzentration und Zentralisation des Kapitals wird dieser sich selbst verstärkende Konkurrenzvorteil gefestigt. Er ist Grundlage einer längerfristigen überdurchschnittlichen Profitrate und macht zugleich die Basis der Bestimmung des Monopols aus (ebd., 30). Es entsteht ein "modifizierender Einfluß der Monopole auf den gesamten Reproduktionsprozeß der Gesellschaft, der bei fortgeschrittener Ausdehnung und Bedeutung der monopolistischen Kapitale rechtefertigt, von einer eigenständigen Phase des Monopolkapitalismus zu sprechen" (ebd., 41).¹⁾

Zunächst lassen sich aus den Aussagen Huffschmids zwei Kernpunkte der Monopolableitung herauskristallisieren:

1. Einmal errungene Konkurrenzvorteile führen langfristig zur Monopolisierung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses.
2. Das monopolistische Einzelkapital wird durch eine langfristig überdurchschnittliche Profitrate bestimmt.

Zu 1.: Folgt man den Aussagen Huffschmids, so hätten sich schon in der Frühphase des Kapitalismus bei einzelnen Kapitalen dauerhafte Konkurrenzvorteile stabilisieren müssen. Wenn bestimmte Bereiche dauerhaft dem Ausgleich entzogen werden, sind in diesen die Bewegungsgesetze des Kapitals außer Kraft gesetzt. Die Ausgleichsbewegungen zur Herstellung der Durchschnittsprofitrate werden damit auf die Ebene der logischen Abstraktion verlagert und erweisen sich als unbrauchbar zur Erklärung der Realität. Huffschmid, der mit seinen Überlegungen zeigen will, "daß und wie der Be-

1) Zur Kritik an einer Phaseneinteilung des Kapitalismus vgl. Altvater, 1975, 146 ff. und ders., 1980, 288 ff.

griff des Monopols in der Marxschen Analyse des Kapitalismus angelegt ist und sich aus ihr entwickeln läßt, und zwar nicht als Nebenbestimmung, sondern als zentralen Begriff der politischen Ökonomie des Kapitalismus" (ebd., 4), steht mit diesem Ansatz deutlich jenseits der Analyse von Marx, der den immer wiederkehrenden Ausgleich der Produktionsvorsprünge als ein bestimmendes Element des Kapitalismus ansah.

Selbst wenn man Huffschmids Argumentation als schlüssig akzeptiert, ist es immerhin zweifelhaft, ob es gerechtfertigt wäre, von einer "eigenständigen Phase des Monopolkapitalismus" zu sprechen. Da dauerhafte systematische Konkurrenzvorteile als Wesensmerkmal des Kapitalismus gelten müssen, kann Huffschmid nicht die strukturellen Bedingungen des qualitativen Umschlags vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus angeben.

Für die These von der systematischen Strukturdifferenzierung läßt sich nach einer empirischen Untersuchung von Woll kein signifikanter Nachweis erbringen (Woll 1980, 140). Der technische Fortschritt wird in der BRD nicht durch den Konzentrationsgrad einer Branche allein bestimmt, sondern durch eine Reihe anderer Faktoren - wie branchenspezifische Besonderheiten, Qualifikation der Lohnabhängigen etc. Zwar ist ein Zusammenhang zwischen Konzentration und technischem Fortschritt vorhanden, jedoch sind die ausgewiesenen Produktivitätsfortschritte nicht so groß, daß es für die Einteilung in monopolistische und nicht-monopolistische Bereiche mit einer jeweils spezifischen Produktivität Gründe geben könnte (vgl. ebd., 141).

Zu 2.: Anfänglich diente eine langfristig überdurchschnittliche Profitrate als Basis der Bestimmung des Monopols bei Huffschmid. Später wird dieser Zusammenhang von Huffschmid aufgelöst, wenn er definiert:

"Das Wesen des Monopols ist nicht der Monopolprofit, sondern die sich im Verlaufe der krisenhaften Akkumulationsprozesse herausbildende Herrschaft einzelner Kapitale über die entscheidende Masse der Produktionsbedingungen und damit über ganze Produktionszusammenhänge. Der Monopolprofit ist eine Folge und ein Ausdruck dieses Wesens, eine Erscheinungsform, die sich als Tendenz in der konkreten Entwicklung durch alle Oszillationen und Schwankungen durchsetzt und festigt" (Huffschnid 1975, 45). Es ist für diesen Zusammenhang entscheidend, "daß der Profit monopolistischer Kapitale über einen längeren Zeitraum hinweg über dem Durchschnitt liegt" (ebd., Fußnote 53).

Später umreißt er seine Position noch deutlicher, wenn er erklärt:

"Man muß sich allerdings dagegen wehren, wenn Monopole durch die Existenz eines Monopolprofits bestimmt werden, denn dies ist eine Position, die nichts erklärt ... Der Monopolprofit ist eine notwendige Begleiterscheinung der differenzierten Zugriffsmöglichkeiten auf die gesellschaftlichen Verwertungsbedingungen, er ist aber nicht Konstitutionsbedingung für das Monopol" (Huffschnid 1976, 27).

Der überdurchschnittliche Monopolprofit wird so bei Huffschnid zu einer "notwendige(n) und dauerhafte(n) Begleiterscheinung" (ebd.) des Monopolverhältnisses.

Huffschnids Monopolbestimmung ist auch in der SMK-Theorie umstritten. So schreibt z.B. Oelßner, daß das Wesen des Monopols der Monopolprofit ist. Für ihn gibt es "keine Monopole ohne Monopolprofit. Erlischt auf längere Dauer der Monopolprofit, dann erlischt auch das Monopol, es verliert jeden ökonomischen Sinn" (Oelßner 1960, 69). Der Monopolprofit ist "das entscheidende konstituierende Element der Begriffsbestimmung des modernen Monopols" (ebd., 55).¹⁾

1) Ähnlich formuliert Breuer (1975, 64): "Der Monopolprofit, der sowohl das treibende Motiv des Monopols wie das objektive Resultat seiner Herrschaft darstellt, ist daher die zentrale Kategorie des Monopolbegriffs."

Da Hufschmid das Monopol machttheoretisch als Herrschaft von Einzelkapitalen über eine entscheidende Masse von Produktions- und Reproduktionsbedingungen bestimmt, steht er mit seinen Ausführungen konträr zu Oelßner. Jeder Profit, den ein großes Einzelkapital realisiert, wird nun als Monopolprofit deklariert, wobei per definitionem die Monopolpreise, als Realisierungsinstanz des Monopolprofits, immer über den Produktionspreisen liegen: "Was den monopolistischen Marktpreis von anderen Marktpreisen unterscheidet, ist die Einseitigkeit als positive Abweichung - und die Dauerhaftigkeit der Abweichung vom Produktionspreis" (Hufschmid 1975, 46).

Mit dieser Analyse des Monopolprofits verwischt Hufschmid die Grenze zum "gewöhnlichen" Extraprofit. Auch der normale Extraprofit wird über eine positive Abweichung vom Produktionspreis realisiert, deshalb kommt bei Hufschmid die differentia specifica der beiden Kategorien nicht mehr zum Tragen. Da er feststellt, daß sich unter monopolistischen Bedingungen "ein Teil der Waren zu Monopolpreisen und ein anderer Teil der Waren zu Preisen tauscht, die unter dem Produktionspreis liegen" (ebd., 72), scheint er die Möglichkeit des Extraprofits bei nichtmonopolistischen Einzelkapitalen bewußt ausgeklammert zu haben. Er übersieht, daß die Bedingungen der freien Konkurrenz die unproduktiven Kapitale ebenfalls dazu zwingen, ihre Waren unter dem Produktionspreis zu verkaufen, d.h. sie müssen sich mit einem geringeren als dem Durchschnittsprofit begnügen. Die Einzelkapitale mit erhöhter Produktivkraft können hingegen längerfristig einen Extraprofit realisieren, ohne daß dieser einen Monopolprofit darstellt. Diese Prozesse werden durch den Produktionspreis reguliert, der als Kostpreis plus Durchschnittsprofit definiert ist (vgl. MEW 25, 167). Der Kostpreis jeder Ware ist dabei spezifisch (ebd., 169). Dem einzelnen Kapitalisten wird die Realisierung eines Extraprofits ermöglicht, wenn

er seine Waren auf einem überdurchschnittlich hohen Produktionsniveau herstellt. Umgekehrt erwirtschaftet er einen unterdurchschnittlichen Profit, wenn er auf einem geringeren als dem gesellschaftlich durchschnittlichen Stand der Technologie produziert. Unter diesen Voraussetzungen kann der Extraprofit theoretisch längerfristig realisiert werden, ohne daß er damit als Monopolprofit fungiert. Durch die monokausale Bestimmung des Monopolprofits als Extraprofit sind diese Prozesse mit dem Ansatz von Hufschmid jedoch nicht mehr zu erfassen.

Zudem werden mit Hufschmids Bestimmung des Monopols nicht notwendigerweise reale Prozesse erfaßt. Eine durchschnittliche oder unterdurchschnittliche Verwertung großer Einzelkapitale ist unter den von Hufschmid genannten Prämissen langfristig - d.h. über mehrere Konjunkturzyklen - ausgeschlossen. Seine Theorie impliziert ferner, daß große Konzerne gegen den Konkurs gefeit sind. Der Vergleich der Theorie mit der Realität zeigt zugleich die Schwachstelle dieses Konstruktes; denn auch hochkonzentrierte Einzelkapitale können sich langfristig unterdurchschnittlich verwerten und sind nicht vor dem Fallieren sicher. Problematisch ist bei Hufschmid ferner die Verknüpfung von Monopol und Monopolprofit. Der Monopolprofit wird hier quasi als ein Abfallprodukt der Herrschaft über Produktions- und Reproduktionszusammenhänge bestimmt. Die Machtposition des monopolistischen Kapitals basiert daher bei Hufschmid "nicht auf der Aneignung von Monopolprofit, sondern es ist genau umgekehrt - die Macht schafft den Monopolprofit" (PKA 1975, 30). Das Element der Herrschaft ist für sich allein kein Erklärungsansatz für den Monopolprofit. Die Herrschaft selbst muß wieder mit einem langfristig überdurchschnittlichen Profit als äußerer Ursache erklärt werden, da die Herrschaft ohne Extraprofit (Monopolprofit) sich nicht hätte konstituieren können. Der Monopolprofit ist somit nicht nur als Folge der Herrschaft zu be-

stimmen, sondern ist unabdingbare Voraussetzung und zugleich der adäquate Ausdruck des Monopols.

2.1.2. Die Vorteilspositionen der Monopole

Mit der Herrschaft monopolistischer Einzelkapitale sind zugleich nach Hufschmid strukturelle Vorteilspositionen verbunden, die im folgenden Gegenstand der Analyse sind.

2.1.2.1. Die relative Verknappung des Warenangebots

Monopole nehmen nach Hufschmid eine relative Verknappung des Warenangebots vor, um so die Preise und Profite erhöhen zu können (Hufschmid 1975, 49). Zur Erreichung dieses Ziels stehen zwei strategische Variablen zur Verfügung:

- Strategien der Nachfrageexpansion (z.B. durch Werbung),
- Strategien der Angebotskontraktion bei gleichbleibender oder sinkender Nachfrage.

Strategien der Nachfrageexpansion werden in der Regel auf Ausdehnung des Marktes zielen. Sollte durch entsprechende Maßnahmen (z.B. durch Werbekampagnen) ein höherer Bedarf nach einer bestimmten Ware längerfristig bestehen bleiben, ohne daß dieser von dem Anbieter gedeckt werden kann, so sind damit die Voraussetzungen für das Eindringen anderer Kapitale in den betreffenden Markt gegeben. Als Beispiel für diesen Vorgang mag die Erfindung des PAL-Farbfernsehsystems durch den AEG-Telefunken-Konzern dienen. Hier fand eine Nachfrageexpansion statt, der nicht eine entsprechende Kapazitätsausweitung des Konzerns folgte. Die daraus resultierenden anfänglich hohen Preise für Farbfernseher führten dazu, daß ausländische Konkurrenten in den Inlandsmarkt (zunächst über Versandhäuser) eindringen konnten. In der Folge unterlag sogar AEG-Telefunken

völlig der ausländischen Konkurrenz. Hieraus läßt sich ableiten, daß eine Nachfrageexpansion ohne Produktionsausweitung langfristig neue Anbieter in den Markt zieht. Damit erlischt die Monopolsituation auf dem betreffenden Markt. Dieses Ergebnis steht diametral zu den Annahmen Huffschmids, der diese Prozesse nicht erfaßt.

Strategien der Angebotskontraktion zur Erlangung von Monopolpreisen sind schon aus der Frühphase des Kapitalismus bekannt. Hierbei handelt es sich in der Regel um reine Zirkulationsmonopole, die einen gesamten Nationalmarkt beherrschten. Sie wurden durch einen staatlichen Protektionsismus begünstigt, der teilweise zur völligen Abschottung des Nationalmarktes (Autarkiepolitik) führte. Zirkulationsmonopole konnten sich nur zeitlich begrenzt halten, brachen also immer wieder auseinander. Diese nationalen und zeitlich begrenzten Zirkulationsmonopole bezieht Huffschmid jedoch nicht in seine Argumentation mit ein, der Gegenstand seiner Analyse ist demnach ein anderer. Nach Huffschmids Argumentation senkt ein industrielles Monopol seine Kapazitätsauslastung, um so eine relative Übernachfrage nach seinen Gütern zu erzeugen. Das Ergebnis dieser Angebotskontraktion soll ein dauerhaft erwirtschafteter Monopolprofit sein.

Bei einer Kapazitätsauslastung werden die monopolistischen Kapitale wegen der anfallenden konstanten Fixkosten mit höheren Stückkosten belastet. Zunächst ist es unsicher, ob diese höheren Stückkosten durch eine entsprechende Nachfrage kompensiert werden können. Dies hängt von allen Dingen davon ab, ob die Nachfragepräferenzen des Marktes preiselastisch oder preisunelastisch strukturiert sind. So hat Blair darauf hingewiesen, daß sich bei Preissteigerungen in hochkonzentrierten Bereichen die Nachfrage zunächst relativ unelastisch entwickelt. Im langfristigen Trend hingegen verhält sich die Nachfrage bei überdurchschnittlichen Preissteigerungen elastischer, da jetzt auf

billigere Substitute zurückgegriffen wird. Die Nachfrageelastizitäten sind bei den verschiedenen Gütern unterschiedlich, es kann daher keine eindeutige Grenze für die Preissetzung in hochkonzentrierten Sektoren angegeben werden (vgl. Blair 1966, 518). Real sind stärkere Nachfrageelastizitäten vorhanden, als Huffs Schmid in seinem Konzept unterstellt.

Eine andere Situation ist gegeben, wenn trotz einer Mengenreaktion auf Abnehmerseite durch Angebotsverknappung ein höherer monopolistischer Profit erwirtschaftet wird. Einer höheren Kostenbelastung steht jetzt ein höherer Profit gegenüber. Die Produktionseinschränkung wird in der Regel durch Zusammenschlüsse mehrerer Anbieter, die sich in Kartellen organisieren, vorgenommen. Indem für die einzelnen Unternehmen bestimmte Produktionsquoten festgelegt werden, wird die Angebotskontraktion vollzogen. Wenn jetzt einzelne Unternehmen in dieser Situation versteckte Mengenausweitungen über die abgesprochenen Quoten hinaus vornehmen, um so einen Extraprofit zu erwirtschaften, ist das Monopol langfristig in seiner Substanz bedroht. (Als jüngstes Beispiel mag das nur mühsam aufrechterhaltene EG-Stahlkartell gelten - vgl. Demele 1980). Hinzu kommt, daß bei einer freiwilligen Mengenbeschränkung und den damit verbundenen höheren Stückkosten sich die Marktzutrittschranken für branchenfremde Kapitale senken würden, da die etablierten hochkonzentrierten monopolistischen Einzelkapitale ihre Größenvorteile (economics of scale) nicht voll zur Geltung bringen könnten. Damit ist die Monopolsituation langfristig durch eindringende Kapitale bedroht.

Huffs Schmid scheint hingegen ein absolutes Monopol vor Augen zu haben, wie es z.B. in Deutschland zeitweilig als Zementkartell vorhanden war. Die Monopolisierung beruhte hier auf der Verfügungsgewalt über natürliche Ressourcen, die bis zur Gründung der EWG von einer staatlichen Schutzzoll-

politik begleitet wurde. Aufgrund internationaler Gebietschutzabkommen konnte die Monopolisierung bis Anfang der 70er Jahre aufrechterhalten werden (vgl. Arndt 1974, 73). Unter den Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz kann diese Art von Monopolen nur zeitweilig bestehen bleiben. Es soll mit diesen Ausführungen nicht die Existenz von Monopolen geleugnet werden, wohl aber die Möglichkeit, daß Monopole unter den Weltmarktbedingungen prinzipiell dauerhafter Natur sind und aus diesem Grunde nicht mehr den Ausgleichsbewegungen des Kapitals unterliegen.

Aus einer vorhandenen Unterauslastung von Kapazitäten läßt sich zudem für die BRD nicht die Feststellung ableiten, daß hier eine künstliche Angebotsverknappung vorliegt. So ist nach Demele zwar der Grad der Kapazitätsauslastung ein geeigneter Indikator für den Konkurrenzdruck innerhalb der Branchen (Demele 1980, 102), jedoch in einem umgekehrten Zusammenhang als ihn Huffs Schmid vermutet. Die Untersuchung ergab nämlich, daß die Erzeugerpreise dort die höchsten Steigerungsraten aufweisen, wo die Kapazitätsauslastung am besten ist. Zugleich bleiben die Erzeugerpreise am ehesten stabil oder fallen am ehesten dort, wo eine geringe Kapazitätsauslastung vorherrscht (ebd., 121). Am Grad der Kapazitätsauslastung läßt sich die Intensität des Konkurrenzkampfes innerhalb der einzelnen Branchen messen, ist er besonders stark, hat dies niedrige Kapazitätsauslastungen zur Folge.

Einen gegenteilig orientierten Test hat hingegen Jordan vorgenommen. Ihm ging es darum, die These Huffs Schmid's von der relativen Angebotsverknappung empirisch zu verifizieren (Jordan 1980, 186). Die Datenbasis ist bei Jordan ausschließlich auf das Krisenjahr 1975 bezogen. An Hand der Daten kommt er zu dem Ergebnis, daß in relativ hochkonzentrierten Branchen mit Massengutproduktion 1975 eine relative Angebotsverknappung vorlag (ebd., 187). Dieses Ergeb-

nis findet seine Unterstützung in der Auswertung von Schui (1976, 263). Schui stellte fest, daß in der Krisenphase 1974/75 in den hochkonzentrierten Bereichen die höchsten Preissteigerungsraten zu verzeichnen waren. Damit könnte die These von der relativen Angebotsverknappung zur Erlangung von Monopolprofiten gestützt werden, wenn nicht Schui für den Zeitraum von 1960-70 im hochkonzentrierten Bereich unterdurchschnittliche Preissteigerungsraten festgestellt hätte. So kann von einer generellen Preissetzungsmacht auch hier keine Rede sein. Bei Jordan hingegen dient die stärker sinkende Kapazitätsauslastung in hochkonzentrierten Sektoren während eines Krisenjahres als Beweis für die These, daß eine Verknappung des Warenangebots zu Monopolprofiten führt. Aufgrund der spezifischen Bedingungen des Jahres 1975 hat die Untersuchung Jordans kaum eine generelle Aussagekraft. Denkbar wäre zumindest, daß die hohen Preissteigerungsraten durch eine fallende Kapazitätsauslastung überkompensiert wurden und deshalb die Profitraten in den hochkonzentrierten Bereichen unter den gesellschaftlichen Durchschnitt gesunken sind. Zu den hochkonzentrierten Sektoren gehören in der Mehrzahl Investitionsgüterbranchen, welche von der Krise durch eine geringe Investitionsbereitschaft stärker als die Gesamtindustrie betroffen werden. Angesichts dieser Lage erscheint die Annahme, daß sich hochkonzentrierte Kapitale in der Krise überdurchschnittlich verwerten, unhaltbar. Gestützt wird diese Behauptung durch die eigenen empirischen Ergebnisse des Autors, die einen leicht negativen, aber nicht signifikanten Zusammenhang zwischen Kapitalkonzentration und Rentabilität für 1975 ausweisen (vgl. Kapitel III der vorliegenden Arbeit).

Die von Huffs Schmid aufgestellte These von der relativen Angebotsverknappung zur Gewinnung von Monopolprofiten läßt sich in ihrer allgemeinen Form nicht aufrechterhalten, da sie theoretisch und empirisch als nicht fundiert gelten

kann. Die Angebotsverknappung kann demnach nur unter den Bedingungen der monopolisierten Natur dauerhaft mit überdurchschnittlichen Monopolprofiten einhergehen. Aufgrund des Anspruchs von Hufschmid, mit seiner These generell ökonomische Prozesse zu erfassen, ist vor diesem Hintergrund seine allgemeine Ableitung des Zusammenhangs von Angebotsverknappung und dauerhaft überdurchschnittlichen Monopolprofiten zu verwerfen.

2.1.2.2. Die Verhinderung des Kapitaltransfers

Die zweite Bedingung zur Erwirtschaftung von Monopolprofiten ist nach Hufschmid die Verhinderung von Kapitaltransfer.

- Sie kommt einerseits durch die absolute Größenordnung der neu zu errichtenden Produktionsanlagen und der dafür benötigten Kapitalmassen zustande.
- Andererseits kann die Zuwanderung in die Monopolbereiche durch die Vorenthaltung von Rohstoffen, Verhinderung der Kreditaufnahme, Preiskonkurrenz etc. erschwert bzw. vereitelt werden (vgl. Hufschmid 1975, 50).

Als erster marxistischer Theoretiker hat Hilferding die Relevanz hoher Fixkapitalmassen für die Einschränkung der Kapitalmobilität erkannt. Für ihn bedeutete das "riesige Anschwellen des fixen Kapitals eine stets erschwerte Übertragbarkeit der einmal gemachten Kapitalanlagen" (Hilferding 1974, 250). Das fixe Kapital verbleibt daher länger im Produktionsprozeß; die Zeitdauer des Gesamtkapitalumschlags dehnt sich dabei durch den erhöhten Fixkapitalanteil aus (ebd.). Die Freizügigkeit der Kapitalwanderung wird damit automatisch beschnitten. Hieraus ergibt sich eine doppelte Konsequenz:

- Bei einer unterdurchschnittlichen Profitrate wirken die hohen Fixkapitalteile als Marktaustrittsschranke.

- Die Fixkapitalmassen wirken zugleich als Marktzutritts-schranken (ebd.).

Dieser Sachverhalt wird hingegen von Huffschmid aufgelöst, indem er nur noch einseitig den Marktzutrittsschranken Bedeutung zubilligt. Dabei übersieht er den Doppelcharakter der Mobilität in Form von Marktzutritts- und Marktaustrittsschranken. Als Austrittsschranken wirken sie z.B. durch die vergegenständlichten hohen Fixkapitalteile, Ausgaben für Forschung und Entwicklung, Kuppelproduktion etc. Aus diesem Grunde sind z.B. Klein (1976, 164) und Kühne (1976, 64) zu dem Schluß gelangt, daß Monopole sich vor allem in hochkonzentrierten Branchen mit unterdurchschnittlicher Profitrate konstituieren, um dem hier vorherrschenden Profitratenfall entgegenwirken zu können (z.B. Schiffsbau, Bergbau). Die Mobilitätsschranke wirkt hier zum Nachteil der hochkonzentrierten Einzelkapitale als Marktaustrittsschranke.

Aber auch aus einem weiteren Grund ist Huffschmids Konzeption der Marktzutrittsschranken unstimmg. Die Monopolprofite, die auf der Existenz von Marktzutrittsschranken basieren, erscheinen zugleich nicht mehr als das Ergebnis von Marktmacht, sondern sind jetzt das objektive Resultat veränderter Reproduktionsbedingungen (vgl. Semmler, 1980a, 245). Auch ist die Auffassung, die aus der Existenz von hohen Kapitalanteilen per se Mobilitätsschranken ableitet, in der Literatur nicht ohne Widerspruch geblieben. Weinstein geht z.B. von der These aus, daß Kosten und Produktionsvorteile der eingesessenen Großunternehmen den Marktzutritt neuer Kapitale zwar behindern, aber nicht unmöglich machen. Entscheidend für die Rolle der Kapitalmobilität sei a) die Rolle der Banken bei Investitionsentscheidungen, b) der Akkumulationsprozeß der Einzelkapitale selbst und c) die Entstehung diversifizierter Großunternehmen (Weinstein 1975, 35 ff.).

Über die Rolle der Banken äußern Huffs Schmid und Weinstein gegensätzliche Einschätzungen. Während nach Huffs Schmid die Banken aufgrund ihrer finanzkapitalistischen Verflechtungen durch Nichtvergabe von Krediten den Kapitaltransfer verhindern, setzten sie nach Weinstein durch Kreditvergabe weiterhin die Kapitalmobilität durch. Auch heutzutage befinden sich die verschiedenen Bankkapitalgruppen in einem gegenseitigen Konkurrenzverhältnis. Bei Huffs Schmid erscheint das Bankkapital als ein monolithischer Block, der systematisch den Zutritt branchenfremder Kapitale zu verhindern sucht. Der Wettbewerb ist bei ihm im Banksektor aufgehoben, es existiert hier eine Art Supermonopol. Huffs Schmid unterschätzt hier den Grad der Konkurrenzintensität im gegenwärtigen Kapitalismus. Zugleich abstrahiert er völlig von der Weltmarktkonkurrenz. Zumindest in der BRD wird der Wettbewerb stark durch die ausländischen Importe stimuliert. So lag nach einer Untersuchung von Müller/Hochreiter (1975, 86) für 1964, 1967 und 1973 in 14 von 31 untersuchten Industriebranchen und -märkten der Anteil der Einfuhrartikel höher als 30 % und in weiteren vier Branchen um oder über 50 %. Der Warenimport stellt daher einen wichtigen Korrekturfaktor zur inländischen Kapitalkonzentration dar, dies hat zugleich Auswirkungen auf die Angebotsstruktur und auf die Profitraten.

Neben den Banken werden bei Weinstein als weitere Bedingungen der Kapitalmobilität der Akkumulationsprozeß der Kapitale selbst und die Existenz von Konglomeraten aufgeführt. Diese Komponenten stellt auch Semmler in den Vordergrund seiner Analyse. Nach seiner Argumentation haben Konglomerate zunehmend große Massen von Geldkapital in ihrer Verfügungsgewalt, mit denen sie in fremde Anlagesphären eindringen. Nach Semmler bewirken daher Konzentration und Zentralisation nicht automatisch eine Einschränkung der Kapitalmobilität, vielmehr nimmt unter

diesen Bedingungen die Kapitalmobilität, insbesondere des Geldkapitals, zu (Semmler, 1980a, 257). Die Kapitalmobilität wird hier nicht mehr im Verhältnis von Kleinkapital zu Großkapital beurteilt, sondern die Großunternehmen sind jetzt selber Träger der Kapitalmobilität. Im Unterschied zur Frühphase des Kapitalismus fließt dabei der Kapitalstrom sowohl in Branchen mit hoher, als auch mit niedriger organischer Zusammensetzung des Kapitals. Es kann somit auch von Kapitalmobilität gesprochen werden, wenn die Mobilität der kleinen Kapitale eingeschränkt ist und das Privileg der Kapitalwanderung nur noch hochkonzentrierten Kapitalen vorbehalten bleibt (vgl. Maya 1979, 63 f.).

Die Bedeutung des Kapitaltransfers wird hingegen von Hufschmid völlig anders eingeschätzt. Für ihn ist der Kapitaltransfer nur eine zusätzliche Aktionsvariable zur Erlangung von Monopolprofiten. Er wird erst dann durchgeführt, wenn in den bereits monopolisierten Bereichen eine Kapitalanlage nicht mehr möglich ist. Die Kapitalwanderung verläuft nur noch in die Richtung der gering konzentrierten Branchen. Die Kapitalwanderung in hochkonzentrierte Bereiche wird deshalb unterlassen, da nach Etablierung neuer Kapitale sich hier das Profitratenniveau senken würde (vgl. Hufschmid 1975, 52). Dieses Argument ist nicht schlüssig, da auch unter den Bedingungen der freien Konkurrenz Kapitalwanderungen in Branchen mit hoher Profitrate dort langfristig zum Profitratenfall führten. Demnach hätte auch unter diesen Voraussetzungen die Kapitalwanderung unterbleiben müssen. Hufschmid übersieht in seiner Argumentation, daß sich diese Prozesse hinter dem Rücken der Produzenten durchsetzen, und erst deshalb den materiellen Inhalt der Durchschnittsprofitrate ausmachen. Dieser Sachverhalt kann auch für den heutigen Kapitalismus gelten, die Konkurrenz zwischen den hochkonzentrierten Kapitalen bleibt weiterhin bestehen. Hufschmid hingegen leugnet diese Vorgänge, indem er den monopolisti-

schen Einzelkapitalen ein rationales Verhalten unterstellt, welches als Basis das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln benötigt und damit dem Wesen des Kapitalismus fremd ist.

Zwar räumt auch Huffschmid ein, daß Einzelkapitale in hochkonzentrierte Branchen eindringen können. Diese Prozesse führen aber nicht zur Vernichtung von Monopolstrukturen, sondern nur zur Vernichtung einzelner Kapitale (ebd., 53). Abgesehen davon, daß er hier hohe Kapitalkonzentration mit Monopolstrukturen gleichsetzt, übersieht er, daß es gerade diese Prozesse sind, die vorhandene Monopole schwächen oder auflösen, und damit von der Tendenz her die Durchschnittsprofite durchsetzen. Vor diesem Hintergrund sind die Aussagen Huffschmids zur Durchschnittsprofitrate zu überprüfen.

2.1.3. Die Analyse der Durchschnittsprofitrate

Nach Huffschmid ist der Monopolprofit eine "notwendige und dauerhafte Begleiterscheinung des Monopols" (Huffschmid 1976, 27). Er folgert daraus, daß das Prinzip des Produktionspreises und des Durchschnittsprofits nicht mehr zur Anwendung kommt, da die Marktpreise hauptsächlich durch Monopolpreise und Monopolprofite reguliert werden (ebd., 27 f.).

Der von Huffschmid konstruierte Zusammenhang, der die Durchschnittsprofitrate unter den Bedingungen der Monopolisierung für obsolet erklärt, ist theoretisch konsistent; es wäre inkonsequent, unter diesen Bedingungen weiterhin die Gültigkeit der Durchschnittsprofitrate zu postulieren. Nun folgt aus einer formallogisch konsistenten Theorie aber nicht, daß damit notwendigerweise auch reale Prozesse erfaßt werden. Der These von den überdurchschnittlichen Monopolprofiten stehen zumindest für die BRD zahlreiche em-

pirische Arbeiten entgegen, die eher auf einen negativen Zusammenhang zwischen Höhe der Kapitalkonzentration und der Profitrate hinweisen.

Neben den noch zu besprechenden Arbeiten von Saß (1975, 1978) und Zschocke (1974) weisen vor allen Dingen die Arbeiten von Altvater/Hoffman/Maya (Altvater u.a. 1980a) und Semmler (1980) in diese Richtung. Untersuchungen, die hingegen einen positiven Zusammenhang zwischen Kapitalkonzentration und Profitratenhöhe nachweisen, sind die weiter unten ausführlich dargestellten Arbeiten der "Arbeitsgruppe Großunternehmen" (Flieshard u.a. 1976, 1977) und von Tammer (1978).

Aufgrund der Auswertung empirischer Arbeiten kommt Semmler (1979, 1980a) zu dem Schluß, daß die Höhe der Profitraten nicht von der Marktmacht der Unternehmen abhängt, sondern vielmehr von der Effektivität der einzelnen Produktionsfaktoren. Bei der Untersuchung dieses Zusammenhangs am Beispiel der westdeutschen Industrie kommen Saß (1975, 1978) und Semmler (1980a) zu einem ähnlichen Ergebnis. Wesentliche Elemente der geringeren Profitraten in den obersten Unternehmensgrößenklassen sind nach den vorliegenden Aussagen eine schlechtere Nutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren und aus den hohen Fixkapitalanteilen resultierende Mobilitätsschranken (Marktaustrittsschranken).

Dieser Zusammenhang wird jedoch in einem Aufsatz von Brosius/Huffschmid/Schulz nicht akzeptiert. Es sei vielmehr zu erklären, warum in der BRD gerade in der Krise kleinere Unternehmen insolvent werden. "Dies wäre wohl kaum der Fall gewesen, wenn sie ebenso rentabel wie Großunternehmen gewirtschaftet hätten" (Brosius u.a. 1980, 193).

Hier soll nicht bestritten werden, daß in der Krise vor allen Dingen kleinere Unternehmen zahlungsunfähig wurden.

In den Krisenjahren 1974/75 hatten hauptsächlich die Unternehmen der niedrig konzentrierten Branchen die meisten Insolvenzen vorzuweisen. Fusionen kamen vor allen Dingen häufiger in den hoch- und mittelkonzentrierten Branchen vor (vgl. Maya, 1979, 248). Trotzdem läßt sich aus diesem Zusammenhang nicht ableiten, daß hochkonzentrierte Branchen durch überdurchschnittliche Profite indirekt für die anschwellenden Konkurse während der Krisenjahre verantwortlich sind. Dies ergibt sich jedenfalls aus der vorliegenden Untersuchung des Verfassers (vgl. Kapitel III). Maya hat darauf hingewiesen, daß Unternehmen der mittleren Größenklasse¹⁾ mit verhältnismäßig weniger Investitionen gegenüber oberen Größenklassen ihr Produktionspotential ausweiten können (Maya, 1979, 94). Das Ergebnis scheint auch durch die Analyse von Müller/Hochreiter gedeckt. Die beiden Autoren kamen zu dem Schluß, daß die mindestopimalen Betriebsgrößen nicht so hoch angesiedelt sind, "daß aus Effizienzgründen eine hohe Unternehmenskonzentration gerechtfertigt wäre" (Müller/Hochreiter, 1975, 205). Dies erklärt, warum die Großunternehmen sich in ihrer Gesamtheit nicht überdurchschnittlich verwerten. Die geringeren Profitraten könnten hier durch die höheren Profitmassen wieder kompensiert werden. Besonders dann, wenn diese Profitmassen stetig akkumuliert werden und auch in Krisensituationen nicht starken Schwankungen unterworfen sind. Vor diesem Hintergrund kann der Hinweis, daß gerade die gering konzentrierten Kapitale in der Krise besonders stark der Gefahr des Konkurses ausgesetzt sind, nicht als Beleg für die These von den überdurchschnittlich hohen Profitraten in den hochkonzentrierten Branchen dienen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die von Hufschmid zur Begründung des Monopolbegriffs herangezogenen

1) Diese Größenklasse umfaßt bei Maya 50-499 Beschäftigte. Wegen der enormen Schwankungsbreite innerhalb dieser Klasse ist zu vermuten, daß das Investitionsverhalten hier erheblich differiert (vgl. Maya, 1979, 95).

Argumente in ihrer Gesamtheit einer näheren Überprüfung nicht standhalten. Dies bezieht sich sowohl auf die theoretische Stichhaltigkeit der Argumentation, als auch auf die empirische Validität der Theoreme.

2.2. Der Ansatz von Katzenstein

Da die Monopolanalyse Katzensteins sich in mehreren Punkten von dem Ansatz Huffschmids unterscheidet, erscheint eine eigenständige Behandlung von Katzensteins Veröffentlichungen gerechtfertigt. Viele der bei Huffschmid zu Tage getretenen Kritikpunkte treffen auch bei Katzenstein zu, deshalb werden sie hier entweder ausgelassen oder nur noch verkürzt dargestellt. Bei Katzenstein soll im wesentlichen der von Huffschmid abweichende Begründungszusammenhang herausgearbeitet werden.

2.2.1. Monopol und Monopolprofit

Die Überlegungen von Marx zum Bodenmonopol sind Grundlage der Monopolableitung Katzensteins. Aus dem Bodenmonopol leitet Katzenstein jedoch nur Analogieschlüsse zum modernen Monopol ab, ohne damit beide Monopolformen gleichzusetzen.¹⁾ Gegenüber Huffschmid wird zunächst die Monopolanalyse differenzierter eingeleitet. Die "Ausschließlichkeit der Verfügungsgewalt" über Bedingungen des Reproduktionsprozesses ist das wesentliche Moment der Monopolableitung Katzensteins (1975a, 97). Monopole werden deshalb als "ökonomische Machtpositionen des Kapitals, die auf der Beherr-

1) Die Kritik des PKA (1975, 117 ff.) geht deshalb auch am Kern der Sache vorbei, wenn dargelegt wird, daß Katzenstein einem falschen Grundrentenbegriff aufsitzt und daher zu einem falschen Monopolbegriff kommt. Die PKA-Kritik übersieht hier den Analogiecharakter der Argumentation Katzensteins (vgl. Katzenstein, 1975a, 93).

schung bestimmter Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses beruhen, und die es ... ermöglichen, sich Monopolprofite anzueignen", definiert (ebd., 97 f.).

Dabei stehen zunächst das Monopol und der Monopolprofit in einem engen Wechselverhältnis zueinander, es ist der überdurchschnittliche Monopolprofit, der das Monopol bestimmt. Der Monopolprofit unterscheidet sich gegenüber dem gewöhnlichen Extraprofit durch die Quelle seiner Aneignung: "die Herrschaft über bestimmte Zusammenhänge des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses" (ebd., 98).

Der Zusammenhang zwischen Monopol und überdurchschnittlichem Monopolprofit wird jedoch aufgelöst, wenn es weiter heißt: "Jeder Profit, wie immer er auch produziert wird, ist stets Monopolprofit wenn ... diese Macht der ausschließlichen Verfügungsgewalt über Produktionsbedingungen oder Reproduktionszusammenhänge die Grundlage seiner Aneignung ist" (ebd., 98). Es ist gleichgültig, ob dieser Profit hoch oder niedrig ist (vgl. Katzenstein, 1975b, 58).¹⁾

Da Katzenstein den Monopolprofit nicht als strukturell überdurchschnittlich auffaßt, ist dieser Punkt der Monopolableitung formal eleganter als bei Huffschmid entwickelt. Katzenstein kann so seine Aussagen mit der in der Realität vorfindlichen unterdurchschnittlichen Verwertung großer Einzelkapitale besser in Übereinstimmung bringen. Andererseits führt er mit dieser Aussage seine Definition des Monopolprofits ad absurdum, da in diesem Fall kein Zusatzprofit mehr vorhanden ist. Der Begriff des Monopolprofits enthält bei Katzenstein eine inhaltliche Beliebigkeit, wenn ihm eklektisch verschiedene In-

1) Das PKA kritisierte an dieser Monopolableitung: "... so braucht man sich auch nur noch an diese Herrschaftsverhältnisse zu halten ..., ohne sich weiter um die Entwicklung von Masse und Rate des Profits der Monopole zu sorgen" (PKA, 1975, 141).

halte zugeordnet werden; er ist daher als theoretisch inkonsistent anzusehen.

An den Aussagen Katzensteins bleibt unklar, ob sich monopolistische Einzelkapitale auch mittelfristig oder langfristig unterdurchschnittlich verwerten können, oder ob die Möglichkeit der unterdurchschnittlichen Verwertung nur für kurze Perioden gilt. Würde der Monopolprofit (definiert als überdurchschnittlicher Profit) über längere Zeit hinweg erlöschen, wäre gleichzeitig die Monopolposition aufgehoben.

2.2.2. Monopol und Durchschnittsprofirate

Katzenstein wendet sich ebenfalls auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gegen die Existenz eines Profiratenausgleichs. Die Aufhebung des Profiratenausgleichs wird aus den wachsenden Fixkapitalteilen abgeleitet. Es werden nicht wie bei Huffs Schmid dauerhaft überdurchschnittliche Monopolprofite für den Begründungszusammenhang herangezogen. Heutzutage wird nach Katzenstein durch das wachsende Fixkapital "die Kapitalanlage selbst zum Monopol der Großkapitale" (1975a, 94). Die aus den hohen Fixkapitalanteilen resultierenden Mobilitätsschranken faßt Katzenstein doppelseitig als Marktzutrittsschranken und als Marktaustrittsschranken auf (ebd., 111). Mit dieser Differenzierung wird er eher der Realität sich unterdurchschnittlich verwertender hochkonzentrierter Branchen gerecht, als es vom Ansatz her Huffs Schmid möglich ist.

Die Mobilitätsschranken ergeben für Katzenstein, daß die Tendenz zur Durchschnittsprofirate ihre Gültigkeit verloren hat. Bei dieser Argumentation übersieht er, daß durch die Konkurrenz der hochkonzentrierten Kapitale die Durchschnittsprofirate von der Tendenz her weiter existiert, auch wenn sich hier die Anpassungszeit durch den

hohen Konzentrationsgrad und die Mobilitätsschranken erheblich verlängert. Da das Eindringen des fremden Kapitals in hochkonzentrierte Sektoren zu einer Umwälzung der Produktionsbedingungen und deshalb gleichzeitig zum Fall der Profitrate in diesen Sphären führt, findet nach Katzenstein kein Kapitaltransfer in hochkonzentrierte Sektoren mehr statt (Katzenstein, 1974, 101). Er argumentiert hier nicht machttheoretisch, sondern begründet den Nichtausgleich der Profitraten mit den stofflichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses. Das einen Produktionszweig beherrschende Monopolkapital müßte sich "selbst Konkurrenz machen, um eine vergleichbare Bewegung der Profitraten hervorzurufen" (ebd.). Diese Situation tritt manchmal ein, wenn Kapitale einer Monopolgruppe in ein gegenseitiges Konkurrenzverhältnis treten, dies ist ein Vorgang, der aber eine Ausnahme darstellt (ebd.).¹⁾

Katzenstein macht hier den Fehler, daß er einen hohen Konzentrationsgrad mit einem Monopolgrad gleichsetzt; er übersieht dabei, daß wenige Anbieter in einem starken Konkurrenzkampf zueinander stehen können. Zur Begründung des Nichtausgleichs der Profitraten wird neben den Mobilitätsschranken der unterlassene brancheninterne Konkurrenzkampf herangezogen. Die innerzweigliche Konkurrenz wird damit zu einem bestimmenden Element des Profitratenausgleichs.

Dem kann entgegengehalten werden, daß für die Herstellung der Durchschnittsprofitrate der zwischenzweigliche Kapital-

1) Dazu Katzenstein (1975a, 120): "Man müßte schon annehmen, daß die Konzerne sich selber Konkurrenz machen, wenn man daraus auf die Ableitung einer Durchschnittsprofitrate schließen wollte." In diesem Fall sind die Kategorien Konzern und Monopol bei Katzenstein identische Begriffe. Die Unterscheidung zwischen Monopolgruppe und den dazu gehörenden Einzelkapitalen, wird hier zugunsten eines undifferenzierten Monopolbegriffs aufgegeben.

transfer von Wichtigkeit ist. Der Grad der Konkurrenzintensität setzt für sich allein die Durchschnittsprofite nicht durch. Katzensteins Ableitung des Profitratennichtausgleichs ist an diesem Punkt nicht schlüssig.

Ausgangspunkt seiner Beweisführung ist eine mehr oder weniger abgeschlossene Volkswirtschaft. Diese Annahme ist unter den Bedingungen des Weltmarktes¹⁾ wenig brauchbar, da hierdurch die Konkurrenzintensität innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften unterschätzt wird. Durch Erwähnung der Tatsache, daß sich monopolistische Einzelkapitale durchschnittlich, unterdurchschnittlich oder sogar negativ verhalten (ebd., 98)²⁾, muß auch Katzenstein indirekt einer starken Konkurrenzintensität in hochkonzentrierten Sektoren Rechnung tragen. Es sind demnach gerade die Weltmarktbedingungen, die weiterhin die Durchschnittsprofitrate durchsetzen.

Nach Katzenstein hingegen muß man das kapitalistische Monopol in seiner Absolutheit ganz allgemein gelten lassen; "und keine Weltmarktbewegung des Kapitals kann etwas daran ändern, daß es Monopolprofit an sich zieht, solange es besteht" (1975a, 115). Diese Beweisführung Katzensteins ist tautologisch, da sie immer wahr ist. Es stellt sich nicht die Frage, ob ein Monopol unter den Bedingungen der

-
- 1) So ist z.B. der in der Kunststoffherzeugung und in dem Stahlsektor vorhandene starke Konkurrenzkampf ein Resultat weltweiter Überkapazitäten. Vom Ergebnis her werden die Profitraten in diesen hochkonzentrierten Sektoren dadurch stark gedrückt.
 - 2) Bezeichnenderweise führt Katzenstein als Ursprung des deutschen Eisenmonopols die drei- bis vierfachen Überkapazitäten im Verhältnis zum Inlandsbedarf an. Die daraus resultierenden Versuche der Kartellierung sind jedoch im allgemeinen nicht dauerhafter Natur, da das monopolistische Einzelkapital unter diesen Bedingungen bestrebt sein wird, durch versteckte Produktionsausweitung seinen Profit zu erhöhen. Als jüngstes Beispiel dieses Prozesses mag das vom Auseinanderbrechen bedrohte EG-Stahlkartell gelten.

Weltmarktkonkurrenz Monopolprofit erwirtschaften kann, sondern vielmehr ist die Fragestellung zu untersuchen, ob unter den Weltmarktbedingungen das Monopol sich als Produktionsverhältnis verallgemeinern kann. Diese Bestimmung zur Konkurrenz wäre demnach unabhängig von "nationalen und temporären Besonderheiten" (PKA, 1975, 16) zu treffen, wobei zusätzlich die Rohstoffmonopole auszuklammern sind.

Widersprüchlich ist Katzensteins These, daß trotz des postulierten Nichtausgleichs der Profitraten nach wie vor die Kräfte weiterwirken, die im vormonopolistischen Kapitalismus zum Ausgleich der Profitraten führten (ebd., 120).

"Die Verwertungsbedingungen für das Kapital in den verschiedenen Zweigen sind unterschiedlich, und wenn man rein rechnerisch eine Durchschnittsprofitrate für das gesellschaftliche Gesamtkapital bildet, so schwanken die individuellen Profitraten um dieses durchschnittliche Niveau ... In diesem Sinne kann man durchaus noch davon sprechen, daß sich das Gesetz der Durchschnittsprofitrate durchsetzt; aber es sind doch gegenüber früher sehr verschiedene Formen" (Katzenstein, 1974, 101).

Katzenstein hat zwei sich widersprechende Positionen vereinigt, wenn er feststellt, daß die Durchschnittsprofitrate real sich nicht mehr durchsetzt, aber unter Formveränderungen dennoch weiterwirkt. Werden Inhalt und Form als unzertrennbare Einheit gesehen, kann es nicht zu einem alleinigen Formwechsel gekommen sein, ohne daß der Inhalt des Gesetzes tangiert wurde. Wenn durch veränderte Reproduktionsbedingungen sich die Durchschnittsprofitrate nicht mehr durchsetzt, kann sie nicht weiterhin Gesetzesfunktion behalten. Unter diesen Bedingungen wirken weder die Durchsetzungsformen noch das Gesetz der Durchschnittsprofitrate weiter. Nicht die Formen der Durchsetzung haben sich demnach verändert, sondern die Unmöglichkeit des Wirkens der Durchschnittsprofitrate hat ihren Gesetzescharakter aufgehoben.

Bei der Begründung seines Ansatzes operiert Katzenstein mit zweifelhaften empirischen Angaben. Als Beleg für den allgemeinen Monopolbegriff werden immer wieder die erdöl-erzeugenden und -verarbeitenden Bereiche und der Bergbau herangezogen (z.B. Katzenstein 1975a, 119, 121). Dies sind jedoch Sektoren, denen durch die hier zugrundeliegende Monopolisierung von Natur eine Sonderstellung im kapitalistischen Produktionsprozeß einzuräumen ist. Da das Monopol nach Katzenstein "schlechthin als Form des Kapitalverhältnisses" (ebd., 114) zu fassen ist, stellt sich die Frage, ob er damit der ökonomischen Totalität gerecht werden kann, denn er argumentiert weiter:

"Es ist eine völlig andere Frage, ob eine solche Monopolstellung nicht für einzelne Unternehmen oder für ganze Zweige ausgehöhlt und schließlich aufgehoben werden kann. Das sind Prozesse auf einer anderen Ebene der Abstraktion ... Die Vernichtung einzelner Konzerne oder die Aushöhlung der Verwertungskraft des Monopolkapitals ganzer Zweige kann nicht ausreichender Grund sein, um das Monopol selbst in Frage zu stellen, sondern sie werfen die Frage nach den Grenzen des Monopols auf" (ebd., 116).

Katzenstein geht differenzierter als Hufschmid an die Analyse des Monopols heran, wenn er die Frage nach den Grenzen des Monopols stellt. Er kann Vorgänge der Realität besser mit der Monopoltheorie in Übereinstimmung bringen, als es Hufschmid vom Ansatz her möglich ist. Allerdings sind dann Katzensteins Folgerungen inkonsistent, wenn er das Monopol "als Form" und nicht nur als eine Form des heutigen Kapitalverwertungsverhältnisses bestimmt. Hiermit wird das Monopol zur einzigen adäquaten Form des heutigen Kapitalverhältnisses deklariert. Dieser Kapitalbegriff wird durch seine Ausschließlichkeit fragwürdig. Die nichtmonopolistischen Kapitale bekommen in der heutigen Reproduktionsstruktur den Charakter einer Nichtadäquanz bescheinigt. Erkennt man - wie Katzenstein - die Tatsache an, daß es auch gegenwärtig zur Aushöhlung monopolistischer Strukturen kommen kann, so ist der hier verwendete

Monopolbegriff nicht schlüssig, weil nach dem Zusammenbruch eines Monopols in diesem Sektor tendenziell die freie Konkurrenz wiederhergestellt ist. Da Katzenstein diese Tatbestände nicht deutlich erkennt, hat auch seine Monopolableitung wesentliche Mängel.

2.3. Der Ansatz von Altvater

2.3.1. Die Bestimmung des Monopols

Altvater hält im Gegensatz zu den anderen in dieser Arbeit angeführten Autoren einen als überdurchschnittlich bestimmten Monopolprofit für das Wesen des Monopols. "Als Monopole werden nur diejenigen Einzelkapitale bezeichnet, die in der Lage sind, über längere Perioden einen Profit zu erzielen, der nicht den Ausgleichsbewegungen der gesamtgesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate unterliegt" (Altvater, 1975, 131). Es kann "bei einem Einzelkapital nur dann vom Monopol gesprochen werden ..., wenn es aufgrund besonders günstiger Umstände seiner Verwertung einen monopolistischen, d.h. überdurchschnittlichen Profit beziehen kann (ebd., 167). Wenn der Monopolprofit verschwindet, fungiert daher das Einzelkapital nicht mehr als Monopol, sondern es existiert jetzt weiter als großer Konzern. "So liegt dem gesamten Aufsatz die uns wichtig erscheinende Unterscheidung zwischen dem Einzelkapital als Monopol und als großer Konzern zugrunde" (ebd., 131), das Identischsetzen von Monopol und großen Kapitalen führt dazu, daß die grundlegenden ökonomischen Bewegungsabläufe verkannt werden (vgl. ebd., 173).

Gegen die im Ansatz Altvaters festgelegte Interdependenz von überdurchschnittlicher Profitrate und Monopolsituation wurde im Memorandum eingeworfen, daß sich das Monopol mit einer solchen eindimensionalen Definition nicht fassen läßt. So ist diese Bestimmung zwar "von hoher Präzision,

aber auf der anderen Seite zu abstrakt, als daß der hier gemeinte Untersuchungsgegenstand erfaßt werden könnte. Nach Altvaters Monopolbegriff würde die bekannte Marx'sche Wassermühle mit einem Ölmulti in eine Kategorie gepackt werden" (Memorandum, 1980, 95).

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob unter den heutigen entwickelten kapitalistischen Produktionsbedingungen die Wassermühle noch als Monopol gelten würde. Damit soll nicht die Möglichkeit der Monopolisierung von Natur (etwa Erdöl, Gold etc.) in Frage gestellt werden, doch in dem vorliegenden Fall geht es gleichzeitig um die Substituierbarkeit der Natur. So könnte die Wassermühle durch andere Energieträger substituiert werden, deshalb würde sie heutzutage wohl kaum als Monopol gelten. Unsere Wassermühle könnte aus einer besonderen regionalen Situation heraus dauerhafte Extraprofite erwirtschaften, die aber insgesamt mit anderen Kostenstrukturen parallel laufen müßten (z.B. geringe Transportkosten zur Mühle oder geringe Lohnkosten), um diesen Vorteil dauerhaft zu sichern. Die Wassermühle könnte zwar regionale Standortvorteile besitzen, jedoch ist auch dort, durch Entwicklung des Transport- und Kommunikationswesens, ihre Macht nicht allumfassend.¹⁾ Es ist vielmehr anzunehmen, daß sie einen geringeren Kostpreis durch den kostenlosen Bezug der Energie hat als ihre Konkurrenten und bei Veräußerung ihrer Waren zu Marktpreisen dauerhaft einen Extraprofit realisieren kann, ohne dabei als Monopol zu fungieren. Zudem kann es nicht darum gehen, die Altvatersche Definition deshalb abzulehnen, weil mit ihr auch ein zufällig vorhandenes, regional begrenztes Monopol erfaßt werden kann. Unter den Bedingungen der wachsenden Konzentration und Zentralisation von Kapital sind diese Monopole für die

1) Der Preisaufschlag könnte nur so hoch sein, daß noch immer eine Differenz zu den Transportkosten des nächsten Konkurrenten vorhanden wäre.

Gesamtwirtschaft nicht relevante Einzelercheinungen, die insgesamt keinen Einfluß auf die gesellschaftlichen Reproduktionsbedingungen ausüben, daher kann von ihnen abgesehen werden. Im Ergebnis läßt gerade die Eindeutigkeit des Monopolbegriffs von Altvater diesen operational erscheinen.

2.3.2. Die Analyse der Durchschnittsprofirate

Nach Altvater werden durch die Monopole die Ausgleichsprozesse zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofirate nicht aufgehoben, wohl aber entscheidend modifiziert (vgl. Altvater, 1975, 131). Diese Modifikationen kommen durch die immer wieder entstehenden Mobilitätsschranken zustande (vgl. ebd., 137). Im Ergebnis können die Prozesse zur Durchsetzung der Durchschnittsprofirate länger als ein Konjunkturzyklus dauern (vgl. ebd., 161). Altvater faßt deshalb das Monopol "als ein spezifisches Moment der Konkurrenz auf ... Da die Konkurrenz nicht aufhört zu wirken, wenn einzelne Kapitale als Monopole existieren, wird das einzelkapitalistische Streben nach ... Monopolstellungen ... immer wieder durch die Ausgleichsbewegungen der Einzelkapitale konterkariert. Monopol und Konkurrenz sind daher auf der Ebene der Ausgleichsbewegungen ... nichts qualitativ Verschiedenes oder gar Ausschließendes" (ebd., 158). Das Streben nach Monopolstellungen stellt nichts anderes dar, als ein Moment der Konkurrenz (vgl. ebd., 159).

Dieser Ansatz wird von Huffs Schmid kritisiert, wenn er schreibt:

"So ist auch die Ausgleichsbewegung der Profitraten nicht Deduktion aus der Kapitaleigenschaft der Kapitale als Kapitale - wie Altvater unterstellt -, sondern eine bestimmte, auf reale Strukturen und Kräfteverhältnisse zurückgehende Bewegung von Einzelkapitalen ... Wenn die Struktur des gesellschaftlichen Gesamtkapitals nicht mehr durch die prinzipiell ... gleichartige Konkurrenzposition und

gleichen Zugriffsmöglichkeiten aller-Kapitale, sondern unumkehrbar durch die Existenz und Dominanz des Monopolkapitals geprägt ist, findet der Ausgleich der Profitraten nicht mehr statt ..." (Huffs Schmid, 1976, 29 f.).

Bei dieser Kritik handelt es sich weniger um eine Auseinandersetzung mit den Thesen Altvaters, sondern hier wird noch einmal die Grundposition Huffs Schmidts dargelegt. Es ist zwar logisch konsistent, Dominanzpositionen der Monopole als entscheidend für den Nichtausgleich der Profitraten herzuleiten, aber es ist fraglich, ob damit materielle Prozesse der Kapitalproduktion erfaßt werden. Nach Altvater ist "die Konkurrenz allgemein und nicht erst die freie Konkurrenz konstitutiv für die Bewegungsgesetze des Kapitalismus" (Altvater, 1975, 161). In dem Zusammenhang des Handelns der Einzelkapitale als Teil des Gesamtkapitals "ergibt sich die Bedeutung der Kategorie der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate. Denn der Bezug zur Durchschnittsprofitrate ist ein Ausdruck des gleichen Verhaltens und Verhältnisses eines jeden Einzelkapitals zu sich als Teil des Gesamtkapitals." Da jeder Kapitalist nach Maximalprofit strebt, wird er als Teil des Gesamtkapitals "... daher letztlich lediglich auf den Durchschnittsprofit kommen" (ebd., 161 f.).

An dieser Argumentation wurde kritisiert, daß Altvater "ein nicht mehr umstoßbares, gewissermaßen absolutes Einzelmonopol vor Augen hat, anstatt der monopolistischen Struktur" ganzer Branchen (Jung, 1976, 131). So erscheint das Monopol "als Kapital, das sich subjektiv gegen die objektiven Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus durchsetzt" (Beyreuther, 1978, 46). Es wird weiter kritisiert, daß hier das Monopol als "isoliertes Einzelkapital unter vielen" gesehen wird (ebd.). Damit wird der Prozeß der Vergesellschaftung nicht erfaßt, der auf der "Beherrschung und Kontrolle von Bedingungen des Reproduktionsprozesses auf hoher Stufenleiter der Produktion und damit auf die daraus resultierenden Bedingungen von Profitproduktion

und -realisierung" basiert (Jung/Schleifstein, 1979, 140). Es existiert wohl weiterhin Konkurrenz, diese ist aber als monopolistische Konkurrenz "die Verkehrsform der Monopolkapitale untereinander und gegenüber den nichtmonopolistischen Kapitalen und Produzenten. Sie ist die Synthese von Monopol und Konkurrenz auf bestimmten Gebieten und die Beibehaltung auf anderen" (ebd., 148).

Diese Kritiker verkennen, daß Altvater gerade von den Prämissen wachsender Vergesellschaftung der Produktion ausgeht, nicht aber von der Idylle eines jungfräulichen Kapitalismus. In der Kritik wird übersehen, daß auch unter den Bedingungen hoher Konzentration die Konkurrenz als oligopolistische Konkurrenz weiterhin bestehen bleibt. Zwar kann in gesellschaftlichen Teilbereichen zeitweise durch monopolistische Zusammenschlüsse die Konkurrenz ausgeschaltet werden, was im Ergebnis die Wirkungsweise des Wertgesetzes tangiert. Jedoch lösen sich diese Monopolsituationen im Regelfall immer wieder auf, so daß sich trotz hoher Vergesellschaftungsprozesse langfristig immer wieder die Wirkungsweise des Wertgesetzes durchsetzt. Nach Auflösung der Monopolsituation werden die Kapitale tendenziell wieder einen Durchschnittsprofit realisieren, d.h. sie wirken jetzt als große Einzelkapitale und nicht mehr als Monopole weiter. Auch hochkonzentrierte Einzelkapitale können sich daher nicht dem Wertgesetz entziehen, sie wirken allenfalls in Richtung der Modifikation der Ausgleichsformen und Durchsetzungsweisen der grundlegenden ökonomischen Bewegungsgesetze (vgl. Altvater 1975, 166). In diesem Zusammenhang ist nochmals die Tatsache zu erwähnen, daß die Weltmarktbewegungen des Kapitals als wichtiger Exekutor dieser Bewegungsgesetze wirken, jegliche Abstraktion hiervon unterschlägt ein entscheidendes Moment der Konkurrenz.

2.4. Zusammenfassung der theoretischen Analysen

Wie anhand der Analysen des Kostpreises, des Produktionspreises und der Durchschnittsprofitrate gezeigt wurde, sind Profitratendifferenzen ein Wesensmerkmal kapitalistischer Wirtschaftsordnungen. Sie sind nicht allein für den gegenwärtigen Kapitalismus bestimmend, sondern kommen aufgrund der unterschiedlichen organischen Zusammensetzungen der Einzelkapitale zustande und sind somit strukturell bedingt. Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist als Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital definiert und hat u.a. Auswirkungen auf die Höhe der angeeigneten unbezahlten Mehrarbeit resp. auf den Profit. Dies gilt ebenfalls für unterschiedliche Arbeitsintensitäten und Längen des Arbeitstages. Unabhängig von ihrer besonderen organischen Zusammensetzung beziehen die Einzelkapitale den Profit entsprechend dem vorgeschossenen Gesamtkapital, d.h. gleich große Kapitale trachten nach gleich großen Profitmassen. Nur ausnahmsweise entspricht deren organische Zusammensetzung der gesellschaftlichen Durchschnittszusammensetzung, was zugleich auch für die Realisierung der Durchschnittsprofitrate gilt. Hingegen ist die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate der gewogene Mittelwert der speziellen Branchenprofitraten, welche ihrerseits das Ergebnis der einzelkapitalistischen Profitraten sind. Sie existiert nur als Tendenz ewiger Schwankungen, ohne tatsächlich realisiert zu werden. Indem Kapitale aus Produktionssphären mit geringer Profitrate in solche mit hoher transferiert werden, setzt sich die gesellschaftliche Durchschnittsprofitrate durch. Einzelne Sektoren können langfristig überdurchschnittliche Profitraten realisieren, wenn eine Existenz dauerhafter Vorteilspositionen aufgrund

- a) der ununterbrochenen Anwendung technologisch fortschrittlicher Innovationen (in sog. Wachstumsbranchen),

b) des Zusammenschlusses zu marktbeherrschenden Vereinigungen (wie Kartelle oder Monopole) gegeben ist.

Es stellt sich die Frage, ob die Anwendung von neuester Technologie hauptsächlich von einer bestimmten Mindestkapitalgröße abhängig ist und deshalb ausschließlich von Großkapitalen wahrgenommen werden kann, wodurch die allgemeine Verbreiterung von technischem Fortschritt unterbunden wird. Tatsächlich führt ein dauerhaft überdurchschnittlicher Profit zum Eindringen branchenfremder Kapitale in die betreffenden Produktionssphären. Träger dieser Entwicklung sind vor allen Dingen wiederum selbst Großkapitale, die entweder als Konglomerate ihr überschüssiges Geldkapital in fremden Produktionssphären anlegen oder mit Hilfe von Bankverbindungen genügend Geldmittel aufnehmen können, um in den Genuß von Größenvorteilen (economics of scale) zu kommen. Großkapitale und Bankkapitale dürfen nicht als monolithischer Block angesehen werden, der das Geldkapital nur in Konkurrenz zu gering konzentrierten Kapitalen anlegt. Vielmehr treten Großkapitale untereinander in Konkurrenz und verallgemeinern somit technischen Fortschritt. Durch das Weiterwirken der Konkurrenz bleiben zugleich die Wirkungsmechanismen der gesellschaftlichen Durchschnittsprofirate bestehen.

Die Existenz von Großkapitalen läßt nicht auf Aufhebung der Konkurrenz schließen. Ein hoher Konzentrationsgrad deutet demnach nicht auf einen hohen Monopolgrad hin, wie häufig fälschlicherweise abgeleitet wird. Trotz hoher Konzentrationswerte kann weiterhin eine starke Konkurrenz bestehen bleiben. Der Grad des Konkurrenzkampfes ist deshalb nicht am Branchenkonzentrationsgrad abzulesen.

Wettbewerbsbeschränkende Vereinigungen (wie Monopole oder Kartelle) sind genauso alt wie der Kapitalismus selbst. Diese existieren jedoch nur als zeitlich begrenzte Phänomene aufgrund geographischer und politischer Besonderhei-

ten. Die zu Anfang des 20. Jahrhunderts von Hilferding und Lenin vorgenommene Ableitung der Monopole als allgemeine Herrschaftsform des Kapitals muß unter dem Aspekt des zu diesem Zeitpunkt existierenden nationalstaatlichen Protektionismus gesehen werden. Unter den Bedingungen des Welthandels sind diese theoretischen Ansätze nicht auf die gegenwärtige Situation des Kapitalismus zu übertragen. Nationale Kartelle oder Monopole sind durch die Weltmarktkonkurrenz permanent von der Auflösung bedroht, es sei denn, daß Natur monopolisiert bzw. kartelliert wird. Die Einschränkung der Konkurrenz kann unter Weltmarktbedingungen nicht dauerhaft vollzogen werden.

Wesentlich ist für diesen Zusammenhang die Ableitung eines stringenten Monopolbegriffs. Entsprechend der Definition Altvaters werden in der vorliegenden Arbeit als Monopole jene Einzelkapitale bezeichnet, die in der Lage sind, über längere Zeiträume hinweg einen überdurchschnittlichen Profit zu erzielen, der nicht den Ausgleichsbewegungen der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate unterliegt. Sobald der überdurchschnittliche Profit auf ein durchschnittliches Niveau absinkt, erlischt die ökonomisch legitimierte Monopolsituation. Hingegen erklärt Huffschmid, daß große Einzelkapitale aufgrund ihrer Marktmacht permanent überdurchschnittlichen Profit realisieren und dadurch als Monopole fungieren. Aufgrund der vorhandenen unterdurchschnittlichen Verwertung hochkonzentrierter Einzelkapitale oder Branchen können die Aussagen Huffschmids keine empirische Validität beanspruchen. Das Problem der unterdurchschnittlichen Verwertung von Großkapitalen wird hingegen von Katzenstein erkannt. Er faßt den Monopolbegriff allgemeiner als Huffschmid und rückt den Monopolprofit in den Vordergrund seiner Monopolableitung. Jeder Profit, den ein großes Einzelkapital realisiert, wird bei Katzenstein zum Monopolprofit. Der Monopolprofit wird nicht als strukturell überdurchschnittlich gesehen; es bleibt unergründlich, warum

Katzenstein zur Erklärung üblicher Marktprozesse neue Definitionen einführt. Mit Katzensteins Ansatz wird nicht das Eigentümliche des Monopols herausgearbeitet. Deshalb eignet er sich zur Realitätserklärung nicht in ausreichendem Maße.

II. DIE EMPIRISCHEN UNTERSUCHUNGEN ZUR KAPITAL- VERWERTUNG IN WESTDEUTSCHLAND

Vor dem Hintergrund der eben dargestellten Monopolableitungen sollen im folgenden die Messungen der westdeutschen Kapitalverwertung behandelt werden. Aus den in diesen Arbeiten vorhandenen theoretischen und empirischen Schwachstellen sollen zugleich Konsequenzen für die eigene Untersuchung des Verfassers hergeleitet werden.

Mehrere Autoren sprechen sich gegen die empirische Untersuchung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten aus. Breuer argumentiert z.B., daß ökonomische Gesetze zwar die Bewegungstendenz der Kapitalakkumulation bestimmen, "nicht aber unmittelbar alle Erscheinungen an der Oberfläche des Reproduktionsprozesses" (Breuer, 1975, 120). Dieser Auffassung ist entgegenzuhalten, daß eine langfristige Veränderung der ökonomischen Gesetze sich ebenso in den Oberflächenerscheinungen äußern muß. Verändern sich diese dauerhaft, lassen sich Rückschlüsse auf die zugrunde liegende Wertbewegung ableiten. Diese Rückschlüsse, die sich dem Kern der objektiven Prozesse nähern sollen, enthalten durch das vorhandene Datenmaterial immer ein starkes prognostisches Element und sind daher mit einer gewissen Unsicherheit verbunden. Trotzdem ist diese Vorgehensweise notwendig, um die Erkenntnisse über Teilaspekte der Realität zu erweitern. Ist die politische Ökonomie nicht in der Lage, reale Prozesse empirisch zu erfassen, besteht die Gefahr, daß sie einen wesentlichen Teil ihrer Wissenschaftsfunktion verliert.

1. Zschockes Untersuchung der Kapitalverwertung und der Profitratenunterschiede in der Industrie

Zschocke (1974)¹⁾ geht bei seiner Untersuchung von der Hypothese aus, daß das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate auch unter heutigen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus weiterhin seine Gültigkeit besitzt. Dieses Gesetz versucht er "mit der konkreten Entwicklung in einem geografisch, zeitlich und sektoral genau abgegrenzten Bereich der Realität zu konfrontieren, wobei davon auszugehen ist, daß ein ökonomisches Gesetz die Wirklichkeit zwar nicht im Detail widerspiegelt, aber doch wesentliche im Leben vorhandene Zusammenhänge und Widersprüche ausdrückt und demzufolge belegt werden kann" (S.8). Er untersucht dabei die Entwicklung der Kapitalverwertung der west-deutschen Industriebranchen²⁾ für die 50er und 60er Jahre.

Nach Zschocke findet der tendenzielle Profitratenfall seine Entsprechung in einer tendenziell zunehmenden Bedeutung des relativen Kapitalüberschusses, d.h., "daß zusätzlich akkumuliertes Kapital keinen oder minimalen Zusatzprofit abwirft und in diesem Sinne überflüssiges Kapital darstellt (S.14).³⁾ "Infolge der ungleichmäßigen

-
- 1) Die im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich in diesem Kapitel auf die hier besprochenen Veröffentlichungen.
 - 2) Da sich Zschocke ausdrücklich auf die Untersuchung der Industrieprofitraten beschränkt, ist die Kritik des PKA verfehlt, daß er "die Struktur der Verwertungsbe-
wegung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals ... auf deren produktiven Bestandteil reduziert (PKA, 1978, 40).
 - 3) Dieser Gedankengang entspricht im wesentlichen dem Überakkumulationstheorem von Altvater u.a., welches folgendermaßen formuliert wurde: "Wenn aber die Profitrate so sehr fällt, daß aus der wachsenden Profitmasse keine Zusatzkapitale mehr zur bisherigen Profitrate angelegt werden können, dann erscheint Kapital als überschüssig, als 'überakkumuliert'" (Altvater u.a. 1974b, 140).

Verteilung des Kapitalüberschusses entwickelt sich die privatmonopolistisch realisierte und die gesamtgesellschaftliche Profitrate ... unter quantitativ und qualitativ unterschiedlichen Bedingungen" (S.18).

Im Verlauf der weiteren Arbeit bleibt jedoch undurchsichtig, wie die dauerhaft überdurchschnittlichen Monopolprofite und der damit verbundene Prozeß des Profittransfers empirisch sichtbar gemacht werden sollen, da nur der Kapitalverwertungsprozeß auf der Branchenebene untersucht wird. Ökonomische Strukturunterschiede, wie sie sich aus den vorhandenen Konzentrations- und Zentralisationsprozessen ergeben, sind daher nicht Gegenstand der Analyse Zschockes. Die zu diesem Problemkomplex getroffenen Thesen haben deshalb bei ihm rein spekulativen Charakter.

Die Interpretation seiner empirischen Ergebnisse nimmt er vor dem Hintergrund der folgenden Ausgangshypothese vor:

"Maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung von Profitraten und -massen haben die konkreten Wachstumsbedingungen selbst. Im Mittelpunkt steht dabei die technische Zusammensetzung des Kapitals in ihrem Verhältnis zum Produktionsvolumen. Wächst das Produktionsvolumen schneller als der Index der technischen Zusammensetzung, dann bedeutet das unter sonst gleichen Umständen, daß auch Umsatz und Profite schneller zunehmen als die organische Zusammensetzung des Kapitals. Der Fall der Profitrate kann unter diesen Umständen durch die schnell wachsende Profitmasse kompensiert oder überkompensiert werden, was stimulierend auf Akkumulation und Produktionswachstum zurückwirkt. Der gegenteilige Fall wäre dann gegeben, wenn das Wachstum der Produktion hinter dem der technischen Zusammensetzung zurückbleibt. Unter diesen Umständen fällt die Profitrate besonders schnell, während die Profite nur langsam zunehmen oder sogar sinken, was ein schnelles Wachstum weder anregt noch materiell ermöglicht" (S.22).

Im ersten Schritt der empirischen Untersuchung berechnet Zschocke die technische Zusammensetzung des Kapitals (tZK).¹⁾ Diese wuchs zwischen 1950 und 1968 um 134 %, was

1) Die technische Zusammensetzung wurde nach folgender Formel, preisbereinigt auf das Jahr 1962 bezogen, berechnet:

einer jährlich durchschnittlichen Steigerung von 4,8 % entspricht. Dabei ist eine deutliche Beschleunigung des Wachstums der tZK in den 60er Jahren festzustellen. In Preisen von 1962 kamen 1950 auf jeden Beschäftigten Produktionsmittel in Höhe von 18 000,- DM, 1968 betrug dieser Wert fast 42 000,- DM (vgl. S.27). Ein branchenmäßiger Vergleich der Arbeitsmittelausstattung pro Beschäftigten ergab, daß hier Abstände von über 1 000 % im Jahre 1969 in den einzelnen Sektoren vorhanden waren.¹⁾

Bei der Interpretation der Entwicklungsrichtung der westdeutschen Nachkriegskonjunktur konstatiert Zschocke, daß in den 50er Jahren bessere Kapitalverwertungsbedingungen als in den 60er Jahren herrschen. Die Entwicklung weist auf eine deutliche Verschlechterung der Akkumulationsbedingungen hin; woraus folgt, daß sich in den 60er Jahren ein realer Profitratenfall einstellte (vgl. S.71). Dieses Ergebnis stimmt im wesentlichen mit dem von Altwater u.a. überein. Hier wurden diese beiden Zeitabschnitte

Bruttoanlagevermögen (Arbeitsmittel) plus Materialbestand (Arbeitsgegenstände) minus der nichtgenutzten Anlagevermögen, dividiert durch die Anzahl der Arbeitskräfte (vgl. S.26). Bei der Rechnung zu festen Preisen werden Qualitätsveränderungen im Anlagevermögen nicht erfaßt, die Entwicklung der technischen Zusammensetzung wird daher auf diesem Weg nicht korrekt wiedergegeben. Hinzu kommt, daß bei Zschocke alle Arbeitskräfte (also auch die unproduktiven) zur Ermittlung der technischen Kapitalzusammensetzung herangezogen werden. Da die unproduktiven Arbeiter aber realiter die technische Zusammensetzung nicht tangieren, aber seine Untersuchung der technischen Zusammensetzung wesentlich beeinflussen, können hier seine Zahlenreihen nur illustrativen Charakter haben, ohne daß sie dabei die reale Entwicklung korrekt widerspiegeln; für die Darlegung grober Trends scheint diese Vorgehensweise jedoch brauchbar.

- 1) So entfiel 1969 in der Erdölgewinnung ein Bruttoanlagevermögen je Beschäftigtem von 488 293,- DM, gefolgt von der Mineralölverarbeitung mit 238 414,- DM. Wenn man diese Sektoren als Sonderfälle ansieht, ergeben sich trotzdem beträchtliche Abstände zwischen den Sphären. Diese Größe betrug in der Mühlenindustrie 116 636,- DM, hingegen in der Bekleidungsindustrie nur 10 387,- DM (vgl. Tab.5, S. 30 f.).

in die Phasen der "extensiv erweiterten Produktion" und der "intensiv erweiterten Produktion" eingeteilt (vgl. Altvater u.a., 1979, 101).

Nach der Untersuchung der stofflichen Bedingungen der Produktion wurde die wertmäßige Ebene des Produktionsprozesses, d.h. die oZK und der Verwertungsgrad der Industrie analysiert. Bei der Ermittlung der produktiven Bestandteile des Kapitals deflationiert Zschocke - im Gegensatz zu Altvater u.a. - nicht die Zahlenreihen, da "die Ausschaltung von Preisänderungen keineswegs auf den Wert zurück(-führt)" (S.72). Zschocke bezieht sich hier anscheinend indirekt auf das Problem der "relativen Inflation", d.h. er geht davon aus, daß durch vorhandene Produktivitätsveränderungen auch deflationierte Zahlenreihen Abweichungen im Wert-Preis-Verhältnis aufweisen. Er geht von der These aus, "daß prinzipiell der Zusammenhang zwischen Werten und Preisen trotz Inflation erhalten geblieben ist" (S.72). In diesem Sinne betrachtet er "die nominellen Angaben als Ausdruck der Wertgrößen" (S.73).

An dieser Vorgehensweise wurde kritisiert, daß er "undiskutiert einen Zusammenhang von Wert und Preis unterstellt, ohne die darin enthaltenen Probleme zu benennen" (Altvater u.a., 1976a, 197). Auch hier kommt es zu Verzerrungen auf der Wertseite, da die Inflation "die einzelnen Kapitale und die einzelnen Branchen ungleichmäßig" trifft (dies., 1976b, 12). Letzteres bejaht auch Zschocke, wobei er aber ableitet, daß sich in Zweigen mit hohem Produktivitätsanstieg "ein starker Rückgang der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit je Erzeugnis in nur langsam steigenden Preisen" äußert, während umgekehrt "für Zweige mit geringem Produktivitätsfortschritt besonders rasche Preiserhöhungen typisch sind" (S.73). Somit wird seiner Meinung nach das Wert-Preis-Verhältnis durch die Daten der Statistik ziemlich korrekt wiedergegeben. Diese Annahme deckt sich mit den Untersuchungsergebnissen von

Demele (1980). Am Beispiel der westdeutschen Industriebranchen wies Demele nach, daß in Branchen mit geringen Produktivitätsfortschritten die Preiserhöhungen am deutlichsten ausfallen und umgekehrt (vgl. ebd., 106).

Zschocke zog das Nettoanlagevermögen als Index für die organische Zusammensetzung des Kapitals heran. Es wurde zugleich um die Abschreibungen der Gebäude und Ausrüstungen bereinigt. Geht man davon aus, daß die organische Zusammensetzung der wertmäßige Ausdruck der technischen Zusammensetzung ist (MEW 23, 640), wird Zschockes Vorgehensweise fragwürdig, da die ausgewiesenen Abschreibungen langfristig die organische Zusammensetzung verändern. "Abschreibungen stellen bestenfalls Modifikationen der Wertzusammensetzung des Kapitals dar, welche die technisch determinierte oZK überlagern" (Heinrich/Mendner, 1976, 5). Abschreibungen reduzieren nicht den zur Errechnung der oZK benötigten Kapitalvorschuß, sondern stellen nur einen Formwandel des Kapitals dar, wobei dieses Kapital i.d.R. über den Reservefonds vor der Totalabschreibung der Produktionsmittel in den Produktionsprozeß wieder eingegliedert wird. Dieser Prozeß der erweiterten Reproduktion des Kapitals taucht in der betriebswirtschaftlichen Literatur als der sog. Lohmann/Ruchti-Effekt auf. Dadurch, daß Zschocke diesen Sachverhalt nicht berücksichtigt, erscheint hier der Kapitalvorschuß für die Berechnung der organischen Zusammensetzung als zu gering angesetzt.

Die von Zschocke vorgenommene Ermittlung des Anlagevermögens zu Wiederbeschaffungspreisen (d.h. nicht zu den ursprünglichen Anschaffungspreisen - vgl. S.74), stellt einen erheblichen methodischen Verstoß gegen sein Postulat Preise = Werte dar. Auch aus einem anderen Grunde ist diese Vorgehensweise unzulässig: In der Preisentwicklung des Anlagevermögens sind kapitalintensivierende Elemente des technischen Fortschritts enthalten. Werden die Wiederbeschaffungspreise des Nettoanlagevermögens erfaßt, wird

die den Marktpreisen zugrundeliegende Produktivkraftentwicklung (Intensivierung der Arbeit) monetär bewertet. Bei Zschocke wird das Nettoproduktionsvolumen in diesem Fall künstlich aufgebläht. Inwieweit dieser Berechnungsmodus durch die vorher ausgewiesenen Abschreibungen kompensiert wird, kann nicht beurteilt werden.

In die Berechnungen bezieht Zschocke den Umschlag des zirkulierenden Kapitals (konstantes zirkulierendes und variables Kapital) mit ein. Er unterstellt dabei, daß Umsatz und Bruttoproduktion fast identisch sind. Die Profitrate wird auf das vorgeschossene produktive Kapital bezogen. Mit der gleichzeitigen Trennung von Kapitalkosten, welche wertmäßig die Höhe des während eines Jahres verbrauchten Kapitals aufzeigen, und Kapitalvorschuß, welcher identisch mit dem konstanten zirkulierenden Kapital ist (vgl. S.74), nimmt Zschocke eine wesentliche Unterscheidung vor, die in anderen Profitratenuntersuchungen häufig vernachlässigt wurde.

Zur Errechnung des konstanten zirkulierenden Kapitals benötigt Zschocke die Kapitalumschlagszahl, die er nach den offiziellen Angaben aufgrund der Formel

$$\text{Kapitalumschlag} = \frac{\text{Verbrauch}}{\text{Vorrat}}$$

ermittelt (S.75). Um zu der Umschlagszahl des variablen Kapitals zu gelangen, geht er von der Hypothese aus, daß die beiden zirkulierenden Kapitalteile den gleichen Umschlag vollziehen.¹⁾ Da der Umschlag bei Material, Roh-

1) Bei dieser Argumentation glaubt sich Zschocke in Einklang mit Marx, auf dessen folgendes Zitat er sich bei seiner Argumentation stützt: "Wie verschieden die Arbeitskraft sich also auch sonst, mit Bezug auf die Wertbildung, zu den kein fixes Kapital bildenden Bestandteilen des konstanten Kapitals verhält, diese Art des Umschlages ihres Wertes hat sie mit ihnen gemeinsam im Gegensatz zum fixen Kapital. Diese Bestandteile des produktiven Kapitals ... stehn durch diesen ihren gemeinschaftlichen Charakter des Umschlages dem fixen Kapital

stoffen etc. von anderen Faktoren abhängt (Stand der Produktionstechnologie, Betriebsorganisation etc.) als beim variablen Kapital (Zahlungsweise, Lohnsysteme etc.), gibt es keine plausiblen Gründe für die Gleichheit der Umschläge der zirkulierenden Kapitalbestandteile (vgl. Heinrich/Mendner, 1976, 6). Bei der Berechnung der Profitrate dürfte diese Unstimmigkeit jedoch nur untergeordneter Natur sein.

Zschocke ermittelt die Profitrate, indem er den industriellen Profit (vor Abzug der Steuern) durch das vorgeschossene produktive Kapital dividiert. Sie weist eine langfristig fallende Tendenz auf. Von 1950 - 1960 sank sie nur geringfügig um insgesamt drei Prozent, während sich von 1960 - 1968 ein Profitratenfall um insgesamt 13 Prozent bemerkbar machte (S.84). Diesen Profitratenfall erklärt Zschocke mit Hemmungen des Wachstums von Akkumulation und Produktion (S.86), d.h. er argumentiert zirkulär, indem er die Wirkungen (die von ihm konstatierten Wachstumshemmungen) gleichzeitig für die Ursachen des Profitratenfalls hält. Zu den entgegenwirkenden Ursachen des Profitratenfalls lassen sich der Anstieg der Mehrwertrate und der enorme Anstieg der Umschläge des zirkulierenden Kapitals zählen.¹⁾

Während die organische Zusammensetzung in dem Untersuchungszeitraum um das 1,5-fache stieg, wuchs die technische Zusammensetzung in dem gleichen Zeitabschnitt um das 2,3-fache

als zirkulierendes oder flüssiges gegenüber" (MEW 25, 165, Hv. M.N.). Es wird deutlich, daß Marx hier nur den gemeinsamen Charakter der zirkulierenden Kapitalbestandteile hervorhebt, es ist aber keineswegs die Rede davon, daß für beide Teile eine gleiche Umschlagszahl pro Jahr gegeben ist.

- 1) Die Zahl der Umschläge des zirkulierenden Kapitals stieg von 3,86 Umschläge im Jahr 1950 auf 5,10 Umschläge im Jahr 1968. Dabei sank der Anteil des zirkulierenden Kapitals am vorgeschossenen Gesamtkapital von 33 % (1950) auf 21 % (1968) (S.88).

(S.93). Dieser Wachstumsunterschied wird mit der Wertminderung der Elemente des konstanten Kapitals, also mit technischem Fortschritt erklärt (S.94). Dabei nahmen von 1950 - 1968 die Preise für Produktionsmittel im Jahresdurchschnitt um 2,9 Prozent zu, während sich der vorzuschießende Kapitalbedarf für die Arbeitskraft um jährlich 5,75 Prozent erhöhte. Der Lohn stieg in diesem Zeitraum sogar um 7,4 Prozent. Infolge erhöhter Umschlagsgeschwindigkeit des zirkulierenden Kapitals wuchs jedoch der für das variable Kapital benötigte Kapitalvorschuß nicht in dem gleichen Maße wie die Lohnhöhe (S.96). Bei gleichzeitig sinkenden Rohstoffpreisen ergibt sich für Zschocke, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals langsamer als die technische Zusammensetzung zunahm (S.95).

Mit diesem Interpretationsmuster wird gleichzeitig der Unterschied zu dem Indikatorverfahren von Altvater u.a. sichtbar. Zschockes Indikatoren sind so ausgelegt, daß eine Erklärung der Ursachen der Profitratenentwicklung aus der Berechnungsweise nicht unmittelbar hervorgeht. Daher muß er ex-post-Interpretationen "durch Plausibilitätserwägungen mit Hilfe der oZK, der Kapitalumschlagszahl und der relativen Faktorpreisentwicklung nachliefern. Diese Vorgehensweise unterscheidet sich von Altvater et al., die bereits durch die Berechnungsformel der Profitrate die verursachenden Faktoren expliziert haben" (Heinrich/Mendner, 1976, 7).

Im nächsten Schritt berechnet Zschocke die Mehrwertraten der Industrie. Er kommt nach ihrer Ermittlung zu dem Schluß:

"Maßgeblich für die Wirkung auf die Profitrate ist nicht das Verhältnis des Mehrwerts zu dem während des gesamten Jahres angewandten, sondern zum vorgeschossenen variablen Kapital, das nicht nur wesentlich kleiner ist, sondern auch infolge der steigenden Umschlagsgeschwindigkeit des zirkulierenden Kapitals bedeutend langsamer wuchs. Diese Jahresmehrwertrate zeigte dann während des gesamten Zeitraums eine ansteigende Tendenz, die sich in den 60er Jahren aber nur noch schwach durchsetzte ... Der Fall der

Profitrate in den 60er Jahren wurde durch die nur noch minimal zunehmende Jahresmehrwertrate faktisch nicht mehr abgebremst" (S.100).

Als Konsequenz ergibt sich für Zschocke, daß die organische Zusammensetzung für sich allein nicht genügt, um die Profitratenentwicklung zu erklären, vielmehr ist der Verwertungsgrad des Kapitals das Ergebnis der Gesamtheit der sich gegenseitig beeinflussenden Verwertungsfaktoren (S.101).

Gegen die Ermittlung der Mehrwertrate ist von Altvater u.a. (1979, 92) eingewandt worden, daß aufgrund des vorhandenen Datenmaterials keine realen Mehrwertraten berechnet werden können, solange die offizielle Statistik nicht zwischen produktiven und unproduktiven Lohnarbeitern trennt. Diesem Einwand ist zuzustimmen. Zschockes Zahlen haben deshalb illustrativen Charakter. Seine Profitratenberechnung ist angreifbar, da sie von den eigenen Ergebnissen nicht gedeckt wird. Wird die Profitrate nach der Marxschen Formel

$$p' = \frac{m}{c+v} = \frac{m}{C}$$

berechnet, dann kommt folgendes Ergebnis zustande, wenn man anstelle des Mehrwerts den industriellen Profit¹⁾ als Bezugsgröße nimmt:

1) Diese Vorgehensweise erscheint praktikabel, weil Zschocke den industriellen Profit als "in der Industrie realisierten Teil des Mehrwerts vor Abzug der Steuern" (S.83) definiert. Der Profit stellt sich nur als die verwandelte Form des Mehrwerts dar.

Tabelle 1: Die Neuberechnete Industrieprofitrate nach
Zschocke von 1950 - 1968

Jahr	Profit	Produktives Kapital (c+v)	Profitrate $p' = p/c+v$
1950	18,9	40,8	0,463
1951	25,7	56,4	0,456
1952	28,1	64,8	0,434
1953	29,5	68,8	0,429
1954	31,9	75,4	0,423
1955	38,1	90,6	0,421
1956	40,4	103,4	0,391
1957	42,1	113,3	0,372
1958	41,9	118,2	0,354
1959	50,3	128,3	0,392
1960	57,4	148,1	0,388
1960*	61,2	156,3	0,392
1961	66,3	175,1	0,379
1962	69,9	191,0	0,366
1963	68,1	201,5	0,338
1964	77,7	223,5	0,348
1965	81,8	244,0	0,335
1966	78,1	253,6	0,308
1967	75,6	249,8	0,303
1968	95,7	272,4	0,351

* ab 1960 einschließlich Berlin-West und Saarland.
Berechnet nach Zschocke 1974, Tab.16 u. 18, S.83 u. 92

Entgegen den Berechnungen Zschockes zeigen überraschenderweise auch schon die 50er Jahre einen signifikanten Profitratenfall an, der sich nur in den 60er Jahren fortsetzt, ohne daß er sich dabei erheblich beschleunigt.¹⁾

Im letzten Untersuchungsschritt werden die unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen der einzelnen Industriebranchen analysiert. Nach Zschocke ist

"die Kenntnis von Höhe und Entwicklungstendenz branchenspezifischer Profitraten und ihrer Bestimmungsfaktoren ... von erheblicher Bedeutung für das Aufdecken von Konflikt-herden zwischen den Kapitalen und die Analyse der konkreten Richtung ökonomischer Aktivitäten des Staates" (S.104).

Vorab kann festgestellt werden, daß Zschocke diesem Anspruch nicht gerecht werden kann. Die Vermittlung von branchenspezifischer Kapitalverwertung und dem daraus resultierenden Staatsinterventionismus konnte von ihm nicht geleistet werden, da er den Profitratenberechnungen nur allgemeine Betrachtungen über die staatlichen ökonomischen Aktivitäten gegenüberstellte. Die Berechnungen der branchenspezifischen Profitraten wurden von Zschocke ausschließlich auf das Jahr 1962 bezogen. Bei Ermittlung der organischen Zusammensetzung reichte die Bandbreite von 174 DM konstantem Kapital je 1 DM variablen Kapitals bis zu einem Verhältnis von lediglich 3,1:1 (S.104). Dabei schlägt in Branchen mit hohem Fixkostenanteil das produktive Gesamtkapital besonders langsam um. Den Spitzenwert erreichte der Bergbau, hier dauerte der Umschlag des Warenkapitals 44,4 Monate. Wird der fixe Kapitalanteil geringer, desto stärker bestimmen die Umschlagsbedingungen des zirkulierenden Kapitals den Kreislauf des Gesamtkapitals. Deshalb braucht in Branchen mit niedrigem Fixkapitalanteil das Gesamtkapital nicht einmal besonders schnell umzuschlagen.

1) Zu dem gleichen Ergebnis auf der Basis von Zschockes Jahresmehrwertrate kommen mit einer anderen Berechnungsgrundlage Heinrich/Mendner, 1976, 10.

Zugleich stellt der Unterschied im Umschlag des zirkulierenden Kapitals die Hauptursache für die von Zschocke konstatierte hohe Profitratenstreuung dar (vgl. S.105). Branchen mit relativ niedrigem technischen Stand weisen eine überdurchschnittliche Profitrate auf, während umgekehrt Branchen mit einer hohen organischen Zusammensetzung im allgemeinen niedrige Profitraten realisieren (S.108). Dieses Ergebnis wird auch durch die Untersuchungen von Saß (1975) und Semmler (1980b) gedeckt, die ebenfalls konstatieren, daß die hohe organische Zusammensetzung eine Hauptursache für geringe Profitraten in hochkonzentrierten Bereichen sei.

Problematisch erscheint an Zschockes Untersuchung, daß dieser die Datenerfassung auf das Jahr 1962 beschränkt hat. Sollen wirklich empirisch gesicherte Branchen-Profitraten ausgewiesen werden, ist sein Untersuchungszeitraum zu knapp bemessen. Dem Anspruch, die Wirkungsweise von ökonomischen Gesetzen empirisch zu erfassen, genügt auch eine mittelfristig angelegte Untersuchung (d.h. ein Konjunkturzyklus) nicht. Vielmehr bedarf es einer Untersuchung über mehrere Konjunkturzyklen hinweg, um ökonomische Gesetzmäßigkeiten unter den heutigen veränderten Konkurrenzbedingungen nachzuweisen. Der von Zschocke für ein Jahr berechnete Durchschnitt sagt somit nichts über eine von ihm konstatierte Veränderung der Gesetzesbedingungen aus; seine theoretischen Schlußfolgerungen sind aufgrund seiner schmalen Datenbasis zu weitreichend.

Zschockes Untersuchungsergebnisse widersprechen gleichzeitig diametral der von ihm vertretenen Variante der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Geht man von der These aus, daß die hochkonzentrierten Branchen (nach Zschocke die Monopolbranchen) in der Regel auch die höchste organische Zusammensetzung des Kapitals aufweisen, dann folgt aus der Feststellung Zschockes, daß eine negative Korrelation zwischen der organischen Zusammensetzung des

Kapitals und der Profitrate zu verzeichnen ist, daß sich die Marktmacht großer Einzelkapitale nicht in einer entsprechend hohen Profitrate niederschlägt. Um die Ergebnisse in Übereinstimmung mit der von ihm vertretenen Theorie zu bringen, mußte Zschocke die These formulieren, daß heutzutage die branchenspezifischen Faktoren die Kapitalverwertung bestimmen, wobei es auf der Branchenebene zu einer Differenzierung von monopolistischen (sich überdurchschnittlich verwertenden) und nichtmonopolistischen (sich unterdurchschnittlich verwertenden) Kapitalen kommt (S.116).

Diese Schlußfolgerung wird jedoch nicht durch seine empirische Untersuchung abgedeckt. Sie ist der Versuch, seine Ergebnisse mit der von ihm vertretenen Monopoltheorie in Übereinstimmung zu bringen. Stattdessen wäre es zuträglich gewesen, die These von den überdurchschnittlich hohen Monopolprofiten zu hinterfragen.

2. Das Indikatorverfahren von Altvater/Hoffmann/Schöllner/Semmler

Die Autorengruppe Altvater/Hoffmann/Schöllner/Semmler hat sich zum Ziel gesetzt, die allgemeinen Bedingungen der Kapitalakkumulation für Westdeutschland aufzuzeigen. Insbesondere sollen die Verhältnisse erfaßt werden,

"die der Bewegung der Profitrate zugrunde liegen. Dabei interessieren ... nicht die (zufälligen) Bewegungen der Profitraten der Einzelkapitale, die branchenspezifischen Unterschiede, sondern die allgemeinen Bedingungen der Akkumulation des Kapitals. Diese allgemeinen Bedingungen der Kapitalverwertung und ... Kapitalakkumulation finden ihren sozusagen synthetischen Ausdruck in der Bewegung der Profitrate" (1974c, 242).

Die Autoren gehen von den Daten der Statistik aus, d.h. sie analysieren die Oberflächenerscheinungen der Gesellschaft. Diese Vorgehensweise ist nicht ohne grundlegende Schwierigkeiten:

"Da Werte nicht erscheinen, und quantitativ meßbar nur das ist, was erscheint, sind Werte statistisch prinzipiell nicht meßbar und nur ihre Erscheinungsform als Preis ist faßbar. Die äußerliche Kategorie des Marktpreises liegt also den statistischen Daten, mit denen wir es in der historischen Analyse zu tun haben, zugrunde. ... Von den Marktpreisen, deren Tendenz und aktuelle Höhe einer Vielzahl von je besonderen Bedingungen geschuldet sind, kann daher nur unter der Annahme auf die zugrundeliegende Wertbewegung rückgeschlossen (werden - M.N.), daß über eine bestimmte Zeitspanne kalkuliert deren Tendenzen von der Bewegung des Wertes bzw. des Produktionspreises reguliert wird und daher sich in den Marktpreisen die Produktionspreise reflektieren." Der Marktpreis wird "'benutzt', um Entwicklungstendenzen der Reproduktionsstruktur des Kapitals zu dokumentieren" (1974a, 107 f.).

Von den Oberflächenerscheinungen der bürgerlichen Statistik wird geschlossen, daß diese Oberflächenerscheinungen die Wertbewegungen "irgendwie" ausdrücken (vgl. 1974a, 112). Die Wertbewegungen können durch die statistischen Daten nur veranschaulicht werden, wobei die empirischen Materialien allein die Trends der Oberflächenerscheinungen darstellen können. Da aber die Autoren von der Bewegung des Marktpreises auf die Bewegung der Werte rückschließen, sind sie sich des - in dieser Vorgehensweise begründeten - "methodischen Mangels" (1974a, 113) bewußt. Entsprechend diesem Ansatz wurde versucht, "in der bürgerlichen Statistik den Marxschen Begriffen analoge Kategorien aufzufinden" (1974a, 118).

Für die Determinanten der Profitrate

$$p' = \frac{m}{c+v} = \frac{\frac{m}{v}}{1 + \frac{c}{v}}$$

wurden entsprechende Kennziffern der Statistik herangezogen. Die Kapitalrentabilität wurde als entsprechender Indikator für die Profitrate ausgewählt. In der Formel der Kapitalrentabilität

$$\pi = \frac{\frac{Y}{L} (1-w)}{\frac{K}{L}}$$

ist das Nettoproduktionsvolumen Y der Indikator für die Wertbewegung, das Bruttoanlagevermögen bzw. der Kapitalstock K der Indikator für das vorgeschossene Kapital, die Kapitalintensität als Quotient aus Bruttoanlagevermögen und eingesetzten Arbeitsstunden (K/L) ist der Indikator für die technische Zusammensetzung, die Arbeitsproduktivität Y/L ist der Indikator für die Produktivkraft, die Lohnquote w der Anteil der Löhne und Gehälter am Nettoproduktionsvolumen.

Die entscheidenden Größen der Kapitalrentabilität sind dabei die Arbeitsproduktivität (Y/L), die Kapitalintensität (K/L) und die Lohnquote (w) (alles 1974a, 124).

Die erste Untersuchung umfaßte den Zeitraum von 1950-1970. Sie erbrachte das Ergebnis, daß sich für die wirtschaftshistorischen Entwicklungsbedingungen der Kapitalakkumulation der BRD zwei Phasen unterscheiden lassen, "die ungefähr den beiden Jahrzehnten der 50er und 60er Jahre entsprechen" (1976b, 87).

Die 50er Jahre waren gekennzeichnet durch ein hohes Niveau und einen Anstieg der Kapitalverwertung, die von folgenden Faktoren bestimmt wurde:

- Durch ein niedriges Konsumniveau der Lohnabhängigen und durch eine hohe Mehrwertrate.
- Durch Produktivitätssteigerungen, die unabhängig von der Kapitalintensivierung erfolgten, d.h. der Kapitalstock pro Erwerbstätigen wurde nicht erhöht.
- Durch lange Arbeitszeiten und die Eingliederung zusätzlicher Arbeiter (vgl. 1974b, 106).

Bis Ende der 50er Jahre stieg die Arbeitsintensität schnell-

ler als die Kapitalintensität; gleichzeitig erhöht sich die Profitrate.

In den 60er Jahren verändern sich die Akkumulationsbedingungen für das Kapital entscheidend. Der Kapitalaufwand pro Arbeitsplatz ist enorm gestiegen, damit geht die Erhöhung des Mehrwerts bei Intensivierung der Arbeit einher. Die Kapitalintensität steigt in diesem Zeitraum schneller als die Arbeitsproduktivität. Der technische Fortschritt in den 60er Jahren erwies sich vor allen Dingen als arbeitsparend, Arbeitskräfte wurden durch fixes Kapital ersetzt (1974b, 123). Bei gleichzeitiger Steigerung der Lohnquote fiel die Profitrate in diesem Jahrzehnt beschleunigt, nur in der Krise 1966/67 machten sich dem Profitratenfall entgegenwirkende Tendenzen kurzfristig geltend, ohne dabei die Grundtendenz dieses Akkumulationsprozesses langfristig aufheben zu können (1974b, 128). Ab 1970 wird ein weiterer Verfall der Kapitalrentabilität festgestellt.

Neben einer Reihe von methodischen Einwänden¹⁾, die sich vor allem auf das empirische Verfahren bezogen, galt die Kritik vor allem dem Rückschlußverfahren. So führten Diefenbach u.a. (1976) aus:

"Die Annahme einer Parallelität in der Entwicklung von Marktpreisgrößen der Statistik und der Bewegung ist - von den Autoren nicht im geringsten begründet worden -, und unterliegt erheblichen Zweifeln ..." (ebd., 180). "Mit der Entscheidung für das Rückschlußverfahren hat man es sich auf jeden Fall erspart, die Frage zu untersuchen, ob die Durchsetzung der Wertbewegung in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des westdeutschen Kapitalismus durch Erscheinungen der Monopolisierung, der staatlichen Regulierung usw. modifiziert sind (ebd., 177).

Solange keine Lösungsmodelle für eine empirische Wert-Preis-Transformation vorhanden sind, lassen sich mit die-

1) Die Kritik wurde unter anderem in folgenden Veröffentlichungen vorgetragen: Blechschmidt (1974), Diefenbach, u.a. (1976), PKA (1976b), Adey (1977, 210 ff.), Goldberg (1978, 122 ff.).

sen Einwänden alle Untersuchungsmodelle, die mit marxistischer Intention die Kapitalverwertungsbedingungen analysieren, verwerfen. Die marxistische Theorie wäre dann nur noch Lieferant für rein formallogische Kalkülmodelle, die keinen Beitrag mehr zur Erfassung der Realität - als Summe der empirischen Einzelercheinungen - leisten könnte. Die Erwiderung der Autorengruppe Altvater/Hoffmann/Semmler ist dabei von jenem Pragmatismus gekennzeichnet, der nötig ist, um empirische Untersuchungen nicht von vornherein zu verwerfen:

"Um die Entfaltung von gesellschaftlichen Widersprüchen aufzudecken, ... kommen wir um eine vermittelte Darstellung von Wertbewegung und in Marktpreisen erscheinender Bewegung nicht herum. ... Erst in der Reflexion der empirischen Verhältnisse auf die Kategorien der Kernstruktur der bürgerlichen Gesellschaft wird es möglich, diese in ihrem Gesamtzusammenhang zu begreifen" (1976a, 196).

Die methodischen Vorbehalte (zusammengefaßt in 1976a, 196 ff., 202 f.) gegen ihre 1974 vorgelegten Berechnungen sind 1976 für Altvater u.a. Ausgangspunkt ihrer Neuberechnungen der Determinanten der Kapitalverwertung.

Die Formel der Kapitalrentabilität wurde so erweitert, "daß die zusätzlichen Einflüsse bei einer genaueren Berechnung quantifizierbar werden" (1976a, 204). In der Neuberechneten Kapitalrentabilitätsformel wird das Nettoproduktionsvolumen um die Abschreibungen bereinigt, die industrielle Lohnquote deflationiert und nur noch aus der Lohn- und Gehaltssumme der geschätzten produktiven Arbeiter berechnet, ferner wird das fixe Kapital als Nettoanlagevermögen berechnet und das zirkulierende konstante und variable Kapital wird - entsprechend dem Schätzverfahren Zschockes - mit einbezogen. Im Gegensatz zu der vorigen Untersuchung beschränken sie sich hier und in einer späteren Veröffentlichung "auf den Bereich der Industrie, da dieser als Kernbereich der Kapitalakkumulation gelten kann" (1979, 84).

Die Neuberechnungen weisen folgende Ergebnisse aus:

1. "Der Trend der Kapitalrentabilität bleibt trotz der eingeführten Verbesserungen in der Berechnung sowohl für die 50er Jahre als auch für die 60er Jahre erhalten ...
2. Es zeigt sich, daß die steigende Kapitalzusammensetzung ... und das seit Mitte der 50er Jahre abfallende Profit-Lohnverhältnis das Absinken der Kapitalrentabilität bestimmen ..."

Damit "zeigt sich, daß auch in dieser verbesserten Version offenbar jene Trends durchschlagen, die in unserer ersten Näherungsformel erfaßt waren" (1976a, 205).

Die letzte Aussage wird nach Meinung Goldbergs durch die Ergebnisse nicht gedeckt. Es ist für den konkreten Verlauf nicht gleichgültig, ob die ausgewiesene Kapitalrentabilität von 1960-68 um 9,7 Prozent oder wie in der alten Berechnung um 24,8 Prozent fällt (Goldberg, 1978, 126). Diese erheblich differierenden Zahlen weisen darauf hin, wie relativ geringfügig Abweichungen in den Berechnungsmodalitäten zu erheblichen quantitativen Verschiebungen führen können. Da es letztlich auch bei umfangreichen ökonometrischen Modellen nicht möglich ist, alle beeinflussenden Variablen zu berücksichtigen, kommt es vor allen Dingen auf die Trends der Kapitalverwertungsbedingungen an. Exakte Ergebnisse werden daher auch in Zukunft nicht möglich sein.

1979 veröffentlichten Altvater/Hoffmann/Semmler eine weitere Analyse der Akkumulationsbedingungen der Industriesektoren der BRD, diesmal für den Zeitraum von 1950-1977. Ausgangspunkt ist wiederum ihr Konzept der deflationierten Größen, wobei sie sich auf ihr ursprüngliches, 1974 vorgelegtes Akkumulationsmodell¹⁾ stützen. Damit werden die Kapitalumschlagszeiten wegen der Schwierigkeiten, dafür geeignete Indikatoren zu finden, wiederum nicht berücksichtigt. Unstimmigkeiten der Analyse ergeben sich vor al-

1) Also
$$p' = \frac{\frac{m}{v}}{\frac{c}{v} + 1} \quad \frac{Y/L (1-w)}{K/L} \quad (1979, 53).$$

lem daher, daß für die Größe des Kapitalstocks der Bruttokapitalstock anstelle des bereinigten Nettokapitalstocks verwendet wurde (vgl. 1979, 56). Trotzdem werden nach Meinung der Autoren die berechneten Trends annähernd die Verwertung widerspiegeln, da mit der Arbeitsproduktivität, Kapitalintensität und Lohnquote die wesentlichen Variablen der Profitrate quantifiziert wurden.

Die ermittelten Ergebnisse bestätigen die Schlüsse der vorherigen Arbeiten, weisen aber in ihrer absoluten Höhe wiederum andere Ergebnisse aus und sind - da die Analyse breiter angelegt ist - auch differenzierter. Folgende These bildet die Grundlage zur Interpretation der Daten der Kapitalakkumulation:

"In den 50er Jahren ist die Akkumulationsquote aufgrund hoher und bis Mitte der 50er Jahre sogar steigender Kapitalrentabilität sehr hoch, was sich auch in hohen Investitionsquoten ausdrückt. Seit Anfang der 60er Jahre ist die fallende Tendenz der Kapitalrentabilität eindeutig ... Die Akkumulationsquote, die Wachstumsrate des Kapitalstocks sowie die Wachstumsrate des Sozialprodukts werden trendmäßig rückläufig. Dieser Prozeß verstärkt sich noch in den 70er Jahren" (1979, 85).

Die Auswirkungen der Lohn- und Arbeitskräfteentwicklung auf die Akkumulationsbedingungen sind zunächst positiv, da das vom Faschismus übernommene niedrige Lohnniveau in den Anfängen der 50er Jahre stagniert. Erst im Zyklus 1954-1958 steigt die Lohnquote real an, ohne dabei jedoch die Profitrate wesentlich zu senken, da gleichzeitig die Arbeitsproduktivität stark ansteigt (1979, 98 f.). Die Kapitalakkumulation wird in dieser Zeit auf "extensiver" Grundlage durchgeführt, es kommt in dieser Zeitperiode nicht zu einem allgemeinen, die Arbeitskraft substituierenden, technischen Fortschritt. Durch Absorption der verfügbaren Arbeitskräfte im Produktionsprozeß und der daraus resultierenden "Lohnverhandlungsmacht der Gewerkschaften" (1979, 99), wurden dieser Form der Akkumulation

ab Mitte der 50er Jahre Schranken gesetzt. Die Ausweichstrategie des Kapitals bestand darin, daß verstärkt die Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt ("intensive" Grundlage) erhöht wurde (vgl. 1979, 101).

Für die 60er Jahre kann aus einem absoluten Sinken des Arbeitsvolumens geschlossen werden, daß die Werteproduktion jetzt nicht weiter ausgedehnt wird.¹⁾ Die Mehrwertrate kann zunächst noch gesteigert werden bzw. sinkt nicht. Gleichzeitig macht sich eine steigende gesamtgesellschaftliche Lohnquote bemerkbar, die in den 60er Jahren auf einen steigenden Anteil der unproduktiven Arbeiter hinweist. Als Ursache für die Senkung der Mehrwertrate in den 70er Jahren werden sowohl Lohnerhöhungen als auch ein zugleich zurückgehender Produktivitätszuwachs genannt (1979, 101).

Entsprechend des Verhältnisses von Lohnquote und Kapitalakkumulation entwickelte sich auch das Verhältnis von Kapitalstock und Arbeitsproduktivität. Anfang der 50er Jahre genügten "relativ kleine Investitionen, um große Massen exploitabler Arbeitskraft in den Produktionsprozeß zu integrieren" (1979, 108). Die Produktionstechnologie war demnach in den Anfängen der BRD nicht sehr kapitalintensiv. Bereits ab Mitte der 50er Jahre verändern sich die Produktionsstrukturen, von nun an klaffen die Steigerungsraten der Kapitalintensität und der Arbeitsproduktivität auseinander. Wesentliche Steigerungen der Arbeitsproduktivität konnten ab ca. 1955 nur mit einem zunehmenden Kapitaleinsatz erkaufte werden (1979, 110 f.). Gegenüber den 50er Jahren war in den 60er Jahren eine Verlangsamung der absoluten Zuwachsraten des Kapitalstocks zu verzeichnen. Da in dieser Zeit das Arbeitsvolumen abnimmt, ist der verlangsamte absolute Anstieg des Kapitalstocks zugleich mit einer beschleunigten Zunahme der

1) Trotzdem wird durch die Erhöhung der Produktivkraft eine Erhöhung der Gebrauchswertmenge initiiert (vgl. 1979, 103).

Kapitalintensität verknüpft. Dies ist das Ergebnis des "technischen Fortschritts" der 60er Jahre (1979, 112).

Für die 70er Jahre läßt sich eine weiterhin verstärkte Tendenz zur Kapitalintensivierung feststellen; zwischen 1970 und 1975 weist die Kapitalintensität Steigerungsraten auf, die mehr als doppelt so hoch sind wie die der Arbeitsproduktivität. Von der zweiten Hälfte der 60er Jahre an zeigt sich ein starker, deutlich durch zyklische Einflüsse geprägter Abfall der Kapitalrentabilität, der Akkumulationsquote, der Bruttoinvestitionsquote und eine absinkende Wachstumsrate des Kapitalstocks. Während die Bruttoinvestitionen abnehmen, erhöht sich der Anteil der Abschreibungen am Bruttosozialprodukt, folglich gehen die Nettoinvestitionen zurück (1979, 114 f.).

Das Indikatorverfahren von Altvater u.a. zeigte demnach in allen drei vorgelegten Untersuchungen der allgemeinen Akkumulationsbedingungen die gleichen Trends auf. Auf der allgemeinen Ebene weisen diese Untersuchungen die gleiche Entwicklungsrichtung der Arbeiten von Zschocke (1974), des PKA (1976a) und Saß (1975) auf. Die vorliegenden Untersuchungen lassen auch gleichzeitig erkennen, daß Variationen in der Berechnungsgrundlage der Daten und Indikatoren erhebliche absolute quantitative Verschiebungen mit sich bringen. Aufgrund der gegenwärtigen Datenlage sind diese Abweichungen jedoch nicht zu vermeiden.

Im Gegensatz zu den 1974 und 1976 vorgelegten Untersuchungen verließen Altvater u.a. in einem weiteren Untersuchungsschritt die Aggregationsebene "Gesamtkapital" bzw. "Gesamtindustrie", um anhand ausgewählter Industriegruppen der Frage nachzugehen, ob sich der Trend der Gesamtindustrie in den einzelnen Industriegruppen weiter fortsetzt. In den wichtigsten Branchen und Sektoren der westdeutschen

Industrie¹⁾ wurde dazu gleichfalls die Entwicklung der Komponenten der Kapitalrentabilität (Arbeitsproduktivität, Kapitalintensität und Lohnquote) im Zeitraum von 1950-1977 betrachtet (1979, 117). Bei der Berechnung der Trends der Kapitalrentabilität wurden diese nur aufgrund der Daten der zwei Eckzahlen von 1960 und 1971 ermittelt. Diese geringe Datenbasis ist auch nach Ansicht der Autoren problematisch (vgl. 1979, 123).

Der Verlauf der Kapitalrentabilitätsentwicklung weist in der Gesamtindustrie zuerst einen ansteigenden Trend auf, der später von einem fallenden Trend abgelöst wird. Die Kurven der Kapitalrentabilität sind dabei stark konjunkturabhängig, wobei der zyklische Verlauf der Kurven um so ausgeprägter ist, je "konsumferner" die einzelne Industriegruppe ist. Die Kapitalrentabilitätskurven weisen auf unterschiedliche Verwertungsbedingungen der einzelnen Sektoren hin (1979, 117). Die Kapitalrentabilität ist dabei insgesamt im Produktionssektor höher als in dem Konsumgütersektor (vgl. 1979, 131 f.). Die fallenden Kurven der Kapitalrentabilität nähern sich zwar im langfristigen Trend einander an, differieren aber so stark, daß nicht von einem allgemeinen Profitratenausgleich gesprochen werden kann. Dies wirft zugleich die Frage nach existierenden Mobilitätsschranken auf (1979, 132). Erst wenn die Daten weiter disaggregiert würden, ließen sich Aussagen zum Profitratenausgleich treffen (1979, 125).

Insgesamt erbrachte dieser Teil der Untersuchung, daß

1. in nur drei Branchen (Chemieindustrie, Mineralölverarbeitung, Kunststoffverarbeitende Industrie) sich seit den 60er Jahren die Kapitalrentabilität verbesser-

1) Untersucht wurden die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, die Verbrauchsgüterindustrie, die Investitionsgüterindustrie, die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie (alles verarbeitendes Gewerbe) und der Bergbau.

te. Diese Branchen nahmen aufgrund ihrer hohen Konzentration, hoher Wachstumsraten oder der Herstellung relativ neuartiger Produkte eine Sonderstellung innerhalb der verarbeitenden Industrie ein (1979, 124 f.).

2. In fast allen Branchen, die im Jahre 1960 noch eine überdurchschnittliche Kapitalrentabilität vorweisen konnten und die sich im Jahre 1971 nur noch unterdurchschnittlich verwerteten, lag eine ähnliche Konstellation vor:

"Die Kapitalintensität und die Arbeitsproduktivität liegen unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie, die Kapitalproduktivität ist überdurchschnittlich hoch aber ebenso auch die Lohnquote, mit dem Resultat, daß die Kapitalrentabilität im Verlauf der 60er Jahre niedriger als der Durchschnitt geworden ist ... Wenn man noch diejenigen Industriezweige dieser Gruppe hinzuzählt, deren Kapitalproduktivität unterdurchschnittlich ist, die daher auch schon 1960 unter dem Durchschnitt der Gesamtindustrie lagen ..., dann haben wir eine relevante Gruppe von Industriebranchen, deren Kapitalrentabilität überdurchschnittlich stark gefallen ist, weil die Lohnstückkosten sehr hoch lagen" (1979, 125).

Damit wird die Lohnhöhe der einzelnen Branchen zu einer entscheidenden Determinante der Kapitalverwertung. Dieses Ergebnis der Autoren deckt sich auch mit der Untersuchung von Saß (1975), die eine negative Korrelation von einem hohen branchenspezifischen Lohnniveau und hoher Branchenprofitrate zum Ergebnis hatte.

3. In einer Reihe von Industriebranchen erfolgte eine Senkung der Kapitalrentabilität aus unterschiedlichen Gründen - wegen einer hohen und steigenden Lohnquote, sich sehr rasch entwickelnder Kapitalintensivierung oder zu langsam steigender Arbeitsproduktivität (1979, 125).

3. Die Branchenanalyse von Saß

Saß (1975) analysiert zunächst die Entwicklung der Branchenprofitraten der westdeutschen Industrie für den Zeitraum von 1950-67, ohne daß er dabei noch eine grundsätzliche theoretische Ableitung des Untersuchungsgegenstandes vornimmt. Diese Vorgehensweise wird damit begründet, daß auf theoretischer Ebene die Untersuchung der branchenspezifischen Profitratenunterschiede als abgeschlossen gelten kann; lediglich in der empirischen Erfassung der Profitraten bestehen noch Defizite (S.2). Aus diesem Grunde ist seine Vorgehensweise eine rein empirische. Hieraus scheinen viele seiner - noch zu behandelnden - theoretischen Irrtümer zu resultieren.

So werden bei Saß die Begriffe "Profitrate" und "Rentabilität" synonym benutzt. Unter Profit wird das gesamte Besitzeinkommen, das den Produktionsmittelbesitzern zufließt, verstanden (S.4). Diese Annahme ist an sich problematisch: Wird die Marxsche Profitrate im Verhältnis von Mehrwert zu konstantem und variablem Kapital bestimmt, also

$$p' = \frac{m}{c+v} = \frac{m}{C} \quad ,$$

so definiert Saß den Rentabilitätsquotienten in Anlehnung an Gillmann (1969) als

$$\text{Sachvermögensrentabilität} = \frac{\text{Unternehmer-} + \text{Fremdkapital-}}{\text{Anlage-} + \text{Lagervorräte}} \frac{\text{gewinn}}{\text{vermögen} \quad \text{zinsen}}$$

Mit dieser Konstruktion hat Saß den variablen Kapitalteil, ein Teil des Gesamtkapitals, völlig eliminiert. Dies liegt wohl darin begründet, daß Saß die Profitrate als "Verhältnis zwischen der Profitsumme und dem Wert der eingesetzten produzierten Produktionsmittel (d.h.

unter Ausschluß des Bodens)" (S.4) bestimmt; hier findet ebenfalls der variable Kapitalteil keine Berücksichtigung. Da nach Saß der Profit "das gesamte Besitzeinkommen" (S.4) und damit auch die Übertragungsprofite einschließt, wird hier ein weiterer wesentlicher Unterschied zur marxistischen Theorie deutlich, da Saß mit Einbeziehung der Übertragungsprofite die Ebene der Wertschöpfung verläßt.¹⁾

Ausgangspunkt der Berechnungen der "Sachvermögensrentabilität" sind die Industriesektoren, wobei die Energieerzeugung, die Bauproduktion und Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten (S.7) und, aufgrund statistischer Besonderheiten, die Mineralölverarbeitung und der Luftfahrzeugbau (S.19 ff.) nicht in die Analyse einbezogen wurden.

Die errechnete Sachvermögensrentabilität basiert auf den Daten des "industriellen Bruttoprodukts zu Faktorkosten", das aus der Differenz der amtlichen Daten des "Bruttoinlandsprodukts zu Marktpreisen" minus der indirekten Steuern (abzüglich der Subventionen) ermittelt wurde. Das Bruttoinlandsprodukt zu Faktorkosten wird um die Lagervorräte erweitert. Bei der Berechnung der Arbeitseinkommen geht Saß davon aus, daß für die Gruppe der Selbständigen und Mithelfenden ein kalkulatorisches Entgelt²⁾ zu berücksichtigen ist, was noch einmal zeigt, daß er den Profitratenbegriff anders als Marx abgrenzt. Der so ermittelte Wert wird zur Berechnung der Sachvermögensrentabilität oder Profitrate herangezogen. Durch die Nichtunterscheidung von Kapitalkosten (d.h. die Höhe des jähr-

1) Marx, MEW 25, 46: "Der Profit ... ist also dasselbe, was der Mehrwert ist, nur in seiner mystifizierten Form ...".

2) Da nach Tammer (1977, 14, Fußnote) der Anteil der Selbständigen am industriellen Wertschöpfungsprozeß lediglich 0,8 % beträgt, scheint der Nutzen des damit verbundenen Rechenaufwands jedoch zweifelhaft.

lich verbrauchten fixen Kapitals) und Kapitalvorschüssen (d.h. das konstante zirkulierende Kapital) ergeben sich Verzerrungen in der ermittelten Profitrate.

Da Saß den konjunkturellen Einfluß¹⁾ auf den Profitratenvergleich ausschließen will, bildet er Durchschnittswerte, die er an Hand willkürlich gebildeter Zeitintervalle ermittelt, seine Vorgehensweise ist damit eine rein ökonometrische. Die Ergebnisse zeigen auf, daß sich - bedingt durch einen zunehmenden Arbeitskräftemangel - eine deutliche Abnahme der Profitraten ab 1960 vollzieht. Zugleich macht sich eine wachsende Ungleichheit der Profitraten zwischen den Branchen bemerkbar. Es wird die Schlußfolgerung gezogen, daß Mobilitätsschranken vorhanden sind (S.25), da die Daten nicht auf einen tendenziellen Profitratenausgleich hindeuten (S.26). Die Profitratenhierarchie bleibt langfristig stabil (S.49).

Bei dem Vergleich der Zeitreihen von Saß und Zschocke fällt auf, daß - trotz der unterschiedlichen Berechnungsweise beider Autoren und unabhängig von der absoluten Größe - die Profitraten langfristig die gleichen Entwicklungstrends aufweisen.

Ein von Saß vorgenommener Vergleich der Unternehmenskonzentration auf Grundlage von Daten der Konzentrationsenquôte für den Konzentrationsgrad 10 des Jahres 1964

1) Nach Saß unterliegt "die zeitliche Entwicklung der Profitrate eines Industriezweiges ... einer Vielzahl von Einflüssen. Zu diesen Einflüssen gehört auch die Konjunkturbewegung ..." (S.21). Diese Aussage demonstriert noch einmal das Dilemma seiner rein empirischen Vorgehensweise; Ursache und Wirkung werden in diesem Fall auf den Kopf gestellt. Im Gegensatz zu Saß' Überlegungen ist vielmehr mit den Grundannahmen der "Überakkumulationstheorie" davon auszugehen, daß die Profit- und Akkumulationsrate die entscheidende Größe des Konjunkturzyklus darstellt, und damit diesen determiniert.

ergab eine negative Korrelation der beiden Größen. Überdurchschnittlich konzentrierte Branchen waren mit Ausnahme der Mineralölindustrie nicht in der Lage, sich Extraprofite anzueignen. Daher ist die These der allgemeinen Profitratenüberlegenheit der hochkonzentrierten Sektoren abzulehnen (S.33).¹⁾ Diese Sektoren werden relativ selten durch ein hohes Nachfragewachstum oder durch niedriges Lohnniveau begünstigt. Daher wird die Hypothese aufgestellt, daß sich eine Angebotskonzentration in Sektoren mit vergleichsweise ungünstigen Kapitalverwertungsbedingungen etabliert. "Die marktbeherrschende Position großer Firmen mag ein weiteres Absinken der Branchen-Profitraten verhindern, die Wirksamkeit der für die Profitrate negativen Faktoren wird hierdurch jedoch offensichtlich nicht kompensiert" (S.34).

Die Profitratenrangfolge (S.22) zeigt auf, daß von diesem Prozeß besonders die Investitionsgüterindustrien betroffen sind. Sie stehen in der Profitratenhierarchie hinten, während die Konsumgüterindustrien i.d.R. höhere Profitraten aufweisen.

In einem weiteren Schritt wurde der Zusammenhang von Arbeitsproduktivität und Profitratenniveau untersucht. In allen Industriebranchen - die Mineralölverarbeitung und die chemische Industrie ausgenommen - setzte sich während des Untersuchungszeitraums ein Rückgang der Kapitalproduktivität durch. Ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Arbeitsproduktivität und dem branchenspezifi-

1) Diesen Aspekt der Analyse von Saß unterschlägt der SMK-Theoretiker Goldberg (1978, 138) in seiner Besprechung der Arbeit geflissentlich bzw. verfälscht diese Aussage, wenn er angibt, "daß es zwischen Profitrate und Konzentrationsgrad keinen signifikanten Zusammenhang gibt". Bei Saß ist hingegen von einer negativen Korrelation von Branchenprofitrate und Unternehmenskonzentration die Rede.

schen Profitratenniveau ist nach dieser Untersuchung nicht festzustellen (S.37). Bei der Überprüfung von Lohnniveau und Höhe der Profitraten zeigte sich, daß Branchen mit unterdurchschnittlichem Lohnniveau einen langfristigen Profitratenvorteil realisieren konnten (S.42 ff.). Dieses Ergebnis wird auch durch Pfaffenberger gedeckt. Geht man mit Pfaffenberger (1979, 116) davon aus, daß das unterdurchschnittliche Lohnniveau vor allem in gering konzentrierten Branchen vorherrscht, so wäre dies ein Grund für die geringen Profitraten in Branchen mit hoher organischer Zusammensetzung.

Als Resümee der Arbeit läßt sich festhalten, daß nach Saß sich Branchen mit geringer Kapitalkonzentration am höchsten verwerten, da sie ein geringes Lohnniveau und eine geringe organische Zusammensetzung aufweisen. Im langfristigen Trend bleiben erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Branchen bestehen.

4. Die Größenklassenuntersuchung von Saß

4.1. Die empirischen Ergebnisse

Im Mittelpunkt einer weiteren Arbeit von Saß (1978) steht der Zusammenhang zwischen Unternehmensgröße und Kapitalrentabilität bzw. Profitrate. Es sollen dabei die Profitratenunterschiede, die innerhalb eines jeden Industriezweiges bestehen, aufgezeigt werden. Zudem wird geprüft, ob einzelne Betriebsgrößen Produktivitätsvorteile aufweisen, die in Profitratenvorsprünge umgesetzt werden können (S.15).

Saß bezieht sich mit seiner Untersuchung auf die Branchendaten des Statistischen Bundesamtes. Diese gruppiert er nach Umsatzhöhe und Beschäftigungsanteil auf die verschiedenen Unternehmensgrößenklassen um (S.17). Analog zu seiner Branchenprofitratenuntersuchung (Saß, 1975, 5)

benutzte er die Sachvermögensrentabilität als Synonym für die Profitrate¹⁾, damit bleibt der variable Kapitalteil wiederum unberücksichtigt. Saß ordnete die Daten der Aktiengesellschaften in Größenklassen und verglich diese mit den Profitratenrangfolgen der Größenklassen.²⁾

Dabei ergab die von Saß vorgenommene Überprüfung des Zusammenhangs zwischen Unternehmensgröße und Profitrate, bezogen auf das Jahr 1967, daß lediglich innerhalb der "Mineralölverarbeitung" Großunternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten innerhalb der verschiedenen Größenklassen die höchsten Profitraten aufweisen (S.58).³⁾ Gleichzeitig nahm in nur drei Industriezweigen (Mineralölverarbeitung, Ernährungsindustrie, Tabakverarbeitung) die Profitrate mit wachsender Unternehmensgröße zu, wäh-

1) Sachvermögensrentabilität =
$$\frac{\text{Besitzeinkommen}}{\text{Netto-Anlagevermögen} + \text{Lagervorräte}}$$

Dabei ist das Besitzeinkommen als Summe von Gewinnen und Fremdkapitalzinsen definiert (S.16).

- 2) Saß stellte die Größenklassen für 1967 anhand der Beschäftigten der Industrieunternehmen zusammen. Für 1962 wurde jeweils ein statistisch nicht eindeutig gesichertes Kontrollergebnis auf Basis der Umsatzzahlen der Industrieunternehmen herangezogen. Die Größenklassen haben folgende Werte (S.37):

<u>Beschäftigtenklassen (1967)</u>		<u>Umsatzgrößenklassen (1962)</u>	
Nr.	Zahl der Beschäftigten	Nr.	Umsatz
1	1000 und mehr	1	100 Mill.DM u.mehr
2	500 bis 999	2	50 bis unter 100 Mill.DM
3	200 bis 499	3	25 bis unter 50 Mill.DM
4	100 bis 199	4	10 bis unter 25 Mill.DM
5	50 bis 99	5	5 bis unter 10 Mill.DM
6	20 bis 49	6	2 bis unter 5 Mill.DM
7	10 bis 19	7	1 bis unter 2 Mill.DM
8	Restgrößen	8	unter 1 Mill.DM
		9	Restgrößen

- 3) Eine statistisch nicht eindeutig abgesicherte Kontrolluntersuchung für 1962 erbrachte ein ähnliches Ergebnis. Nur in einem Industriezweig mit einer Profitratenspitzenstellung waren Großunternehmen vorhanden. Dies bezog sich auf den Fahrzeugbau mit mehr als 100 Mill. DM Umsatz (S.58).

rend in den anderen 26 Industriezweigen eine negative Korrelation von Profitraten- und Größenklassenrangfolgen vorlag (S.60).

Nun können an den Ergebnissen folgende Zweifel angemeldet werden:

- Mit lediglich einem Jahr ist der Untersuchungszeitraum zur Leistung statistisch gesicherter Aussagen zu knapp bemessen.
- Die besondere Situation des Krisenjahres 1967 wird nicht genügend in Rechnung gestellt.¹⁾ Von der Krise ist in der Regel die hoch konzentrierte Investitionsgüterindustrie besonders stark betroffen. In diesem Sektor sinkt in der Krise der Warenabsatz stärker als im gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt. Zudem können sich hier (z.B. bedingt durch die hohen Fixkapitalanteile und durch Kuppelproduktion) höhere Fixkosten bei den Einzelkapitalen geltend machen (vgl. Sohn-Rethel, 1973). Diese Faktoren können in Krisensituationen die Profitraten der Großkapitale unter den gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt drücken.
- Die Differenzierung der Beschäftigungsgrößenklassen endet nach oben bei Unternehmen mit 1000 und mehr Beschäftigten. Diese Klasse umfaßt mehr als 50 % der Beschäftigten, deshalb kann eine spezifische Profitratenüberlegenheit sehr großer Unternehmen bei Saß nicht geprüft werden (Memorandum, 1980, 109).
- Der Kapitalbestand war nur für die Industriezweige, nicht aber für die Größenklassen ausgewiesen. Da Saß den Kapitalbestand unter Zuhilfenahme verschiedener Hypothesen den einzelnen Größenklassen zugeordnet hat, haben sich wahrscheinlich bei diesem Verfahren Verzerrungen ergeben (ebd.).

1) Dieser Einwand wird von Saß auch selber gesehen und sofort wieder verworfen, da er keine Gründe für die Plausibilität der Annahme finden konnte, daß bei Großunternehmen in Krisenjahren besonders starke Profitrateneinbußen stattfinden (S.60 f.).

Aufgrund dieser Einwände ist es fraglich, ob der Zusammenhang von industrieller Unternehmensgröße und Profitrate von Saß hinreichend aufgeklärt werden konnte.

In einem weiteren Schritt wurden die rechnerischen Einflüsse von Lohnhöhe, Lagerhaltung und Produktivität auf das Profitratengefälle untersucht (S.62). Das durchschnittliche Arbeitseinkommen war in Großbetrieben fast durchweg höher als im arithmetischen Mittel der Branchen.¹⁾ Lediglich zwei Branchen bilden hiervon eine Ausnahme, die NE-Metallgießerei und die Eisenschaffende Industrie. Da letztere praktisch nur Großbetriebe aufweist, läßt sich nur eine einzige statistisch signifikante Abweichung in einer Branche verzeichnen. Damit ist der Zusammenhang von Lohnhöhe und Unternehmensgrößenklasse eindeutig nachgewiesen (S.66).

In der vorliegenden Arbeit wird die Abhängigkeit der Profitraten von der Lagerumschlagshäufigkeit hervorgehoben. Die Lagerumschlagshäufigkeit wird definiert als Summe der Lagerabgänge dividiert durch den durchschnittlichen Lagerbestand (S.81). Dabei ist die errechnete Lagerumschlagshäufigkeit jedoch nicht identisch mit der relevanten Kapitalumschlagshäufigkeit²⁾, die in den Arbeiten von Zschocke (1974), PKA (1976a) und Tammer (1978) berechnet wurde. Bei Saß kommen völlig abweichende Werte gegenüber diesen Arbeiten zustande.³⁾ Saß vergleicht die Lagerum-

-
- 1) Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Pfaffenberger (1979, 16).
 - 2) Der Kapitalumschlag wird gebildet aus den Werten des jährlichen Verbrauchs, dividiert durch Materialvorräte (vgl. Zschocke, 1974, 75).
 - 3) Die Lagerumschlagshäufigkeit betrug bei Saß im industriellen Durchschnitt für 1954 = 11,4 und 1967 = 9,5 (S.82 f.). Die Kapitalumschlagshäufigkeit betrug bei Zschocke 1955 = 4,34 und 1968 = 5,1, beim PKA (1976a, 271) beträgt der Wert für 1954-58 durchschnittlich 4,65 und für 1964-67 4,83. Hier beschleunigt sich die Kapitalumschlagshäufigkeit, während bei Saß die Lagerumschlagshäufigkeit sich verlangsamt. Wie diese Verlangsamung zustandekommt, wird nicht erklärt.

schlagshäufigkeiten der Jahre 1954 und 1967 miteinander und stellt eine Verlangsamung des Umschlages fest. Im Ergebnis nimmt bei ansteigender Unternehmensgröße die Häufigkeit des Lagerumschlags ganz eindeutig ab. Eine Abschwächung dieser Tendenz findet lediglich 1954 in der obersten Größenklasse statt, die aber trotzdem den gesamtindustriellen Durchschnitt unterschreitet (S.82 f.).

Für Saß ergaben sich zwei eindeutige Abhängigkeiten, der Anstieg des Lohn-Gehaltsniveaus und der Rückgang der Lagerumschlagshäufigkeit bei zunehmender Unternehmensgröße (S.87). Da diese beiden Faktoren die Profitratenentwicklung der Kapitale nachhaltig beeinflussen, wird die These von der Profitratenüberlegenheit hochkonzentrierter Kapitale in Frage gestellt.

Der letzte Teil der empirischen Untersuchung wurde von der Fragestellung geleitet, ob das brancheninterne Produktivitätsgefälle von der Größenklassenstruktur der Unternehmungen abhängig ist. Dazu wurde festgestellt, daß in einer Reihe von Industriezweigen ein Modernisierungsvorsprung kleinerer und mittlerer Betriebe (Betriebe mit weniger als 500 Personen) vorhanden ist, wobei sich insgesamt innerhalb der verschiedenen Branchen ein uneinheitliches Bild abzeichnet (S.115). Saß erklärt diese Heterogenität mit größenunabhängigen Bestimmungsfaktoren, wie Organisation der Fertigung und Elastizität gegenüber Lieferanten und Abnehmern (S.119).

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Relevanz der Arbeit vor allen Dingen darin liegt, daß sie auf eine höhere Lohnquote und die geringere Lagerumschlagshäufigkeit - bezogen auf das branchenspezifische arithmetische Mittel - bei Großunternehmen hingewiesen hat. Diese Tatbestände müssen negative Rückwirkungen auf die Profitraten der Großunternehmen haben. Da Saß seine Ergebnisse gegen die "empirisch desorientierten Positionen in

der Unternehmensgrößen-Literatur" (S.119) wendet, soll im folgenden kurz auf seine theoretischen Schlußfolgerungen eingegangen werden.

4.2. Theoretische Schlußfolgerungen

Ohne weiteren Begründungszusammenhang sind nach Saß trotz der Profitratenunterlegenheit die Großunternehmen attraktiver für die Kapitalanlage als Kleinunternehmen (S.140). Denkbar wäre, daß die geringeren Profitraten der Großunternehmen stetiger verlaufen als die der Kleinunternehmen, damit also nicht so sehr konjunkturabhängig sind (vgl. Stigler, 1963): Großunternehmen bieten deshalb eine größere Sicherheit für die Kapitalanlage. Hinzu kommt, daß ein großes Kapital mit geringerer Profitrate schneller akkumuliert als ein kleines Kapital mit hoher Profitrate (vgl. MEW 25, 261); so können sich Großunternehmen gegenüber den kleineren Unternehmen schneller ausdehnen. Indem Saß die gängigen monopoltheoretischen Argumente umkehrt, stellt er fest:

"Da das Kapital im Bereich der größeren Unternehmen mobiler als zwischen dem größeren und kleineren Unternehmen ist und insofern für den Abbau der brancheninternen Profitratenunterschiede Grenzen existieren, sind größere Unternehmen häufig einem intensiveren Wettbewerb als kleinere Unternehmen ausgesetzt" (S.140). "Die Profitrate der kleineren Unternehmen ist somit einem geringeren Konkurrenzdruck als die Profitrate der größeren Unternehmen" unterworfen (S.136). Der stärkere Wettbewerb im Bereich der Großunternehmen ist das Ergebnis der höheren Kapitalmobilisierungskraft (ebd.).

An dieser Argumentationsweise verwundert, daß die Großunternehmen einander nur in ihren eigenen Größenklassen Konkurrenz machen und in den Wettbewerb nicht auch kleinere Unternehmen mit einbeziehen. Gemäß dieser Theorie wären Klein- und Mittelbetriebe ausschließlich mit anderen Produktgruppen am Markt vertreten als Großbetriebe. Ein schlüssiges Argument für die Ausschließlichkeit dieser Annahme liegt jedoch nicht vor.

Saß zählt zu den Zwei-Profitraten-Theoretikern, da er von einer geringeren Profitrate in dem hohen Größenklassenbereich und einer hohen Profitrate in dem niederen Größenklassenbereich ausgeht. Die Begründung der Profitratendifferenz wird nicht mehr mit empirisch abgesicherten Sachargumenten vorgetragen, sondern es liegt eine irgendwie geartete "Erschwerung des Kapitalzugangs zum Anlagebereich der kleineren Unternehmen" vor (S.136). Die aus den hohen Fixkapitalanteilen der Großunternehmen resultierenden Mobilitätsschranken sind nicht Gegenstand der Erörterungen von Saß. Da zudem die hohen Fixkapitalanteile mit einer großen Masse von zirkulierendem Kapital (cash-flow) gekoppelt sind, gibt es keinen Grund dafür, warum Großunternehmen nicht in geringere Größenklassen eindringen. Auch Saß konzediert, daß Großunternehmen sich schneller ausdehnen als die übrigen Unternehmen (S.137). Er übersieht aber, daß dieser Prozeß sich auf Kosten der Klein- und Mittelbetriebe vollzieht. In den letzten Jahren verstärkten sich die Zentralisationstendenzen und die Konkurse. Hiermit war ein verstärkter Rückgang an Neugründungen verbunden sowie ein schnelleres Wachstum von Großunternehmen (Altvater u.a., 1979, 142). Die Zentralisationsvorgänge werden zudem völlig von Großunternehmen beherrscht, z.B. waren 1978 bei den angezeigten 558 Unternehmenszusammenschlüssen auf der Erwerberseite die Unternehmen zu 70 % Umsatzmilliardäre (vgl. FAZ v. 23.6.1979). Die These von Saß:

"Der Verzicht der größeren Unternehmen, in den Produktions- und Absatzbereich der kleineren Unternehmen einzudringen, bildet für den unterschiedlich bedingten Profitraten-Vorsprung der kleineren Unternehmen einen wirksamen Konkurrenzschutz. Dieser Profitraten-Vorteil erfährt somit eine langfristige Bestandssicherung und muß daher aus marxistischer Sicht als Ergebnis einer strukturellen Monopol-Position betrachtet werden" (S.139)

wird aufgrund dieser Tatsachen den Realitäten nicht gerecht.

5. Die Untersuchung des Kapitalgesamtreproduktions-
prozesses durch PKA/SOST

5.1. Methodische Ableitungen

Ausgangspunkt der ersten Untersuchung des PKA ist die zentrale These, daß "durch eine systematische Kritik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ... eine vertiefte Einsicht in die Klassenstruktur der BRD zu gewinnen" sei (PKA, 1976a, 9). Die empirische Erfassung der grundlegenden Strukturen der Produktion, Distribution und Konsumtion des gesellschaftlich produzierten Reichtums hat von der Leistungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) auszugehen (vgl. PKA, Materialband, 5). Erst im Resultat der Arbeit können Untersuchungen über Modifikationen im Wert-Preis-Verhältnis angeschlossen werden (vgl. PKA, 1976a, 310).

Das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stellt das ideelle Abbild der Realität dar, es bedarf deshalb einer Umgruppierung der volkswirtschaftlichen Konten, um den Entwicklungsgrad der kapitalistischen Produktion in der BRD zu analysieren und um die Verteilung des Reichtums unter den verschiedenen Schichten zu erfassen (ebd., Umschlagstext). Probleme der Monopolisierung, des Weltmarktes und der Inflation werden in den vorliegenden Untersuchungen ausdrücklich ausgeschlossen. Dieser Tatbestand muß für sich alleine zur Verzerrung der Ergebnisse führen.

So wird z.B. das Inflationsproblem mit der Bemerkung abgetan, daß sich durch eine Geldwertänderung lediglich der Maßstab der Preise verschiebt. Dies macht den Schluß von den Preisen auf die Werte nicht unmöglich (ebd., 41). Alle Abweichungen im Wert-Preis-Verhältnis, die durch Monopole und andere Modifikationen zustandekommen, sind im Preis des Gesamtprodukts ausgeglichen (ebd., 42). Die Deflationierung von Preisreihen wird abgelehnt, da hier-

zu eine spezifische Theorie notwendig wäre (vgl. SOST, 1980, 116).

In den Untersuchungen wird immer nur das Volkswirtschaftliche Gesamtprodukt behandelt, Branchenuntersuchungen werden damit nicht geleistet. Grundlage des volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsprozesses ist die "produktive Arbeit"; hier wurden zunächst verschiedene Begriffsbestimmungen angewandt (vgl. Goldberg, 1978, 114). Einerseits wurde festgestellt:

"Der Unterschied zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit besteht ... darin, ob Arbeit gegen Geld als Geld oder gegen Geld als Kapital ausgetauscht wird" (PKA, 1976a, 114).

Andererseits heißt es kurz darauf:

"Der industrielle Kapitalist beschäftigt also produktive wie unproduktive Arbeiter, und zwar als Kapitalist, d.h. er kauft in beiden Fällen mit Geld als Kapital, variablem Kapital" (ebd., 119).

Um einen Ausweg aus dieser doppelten Bestimmung der produktiven Arbeit zu finden, wird abgeleitet, daß jede Arbeit, aus der Mehrwert geschöpft wird, als produktive Arbeit zu bestimmen ist. Es ist gleichgültig, welchen stofflichen Inhalt sie besitzt (SOST, 1980, 113). Die produktive Arbeit wird hier nicht mehr inhaltlich, sondern nur noch über den Verwertungsaspekt definiert. Sie enthält somit eine inhaltliche Beliebigkeit, da auch im tertiären Sektor aus unbezahlter Arbeit Mehrwert gezogen wird.

Im folgenden sollen weniger die theoretischen Unstimmigkeiten aufgezeigt werden, sondern vielmehr die Konsequenzen dieser Bestimmung. Der gesamte Staatssektor wird dem Bereich der unproduktiven Arbeit zugeordnet, denn nach der ökonomischen Formbestimmung der PKA bilden öffentliche Unternehmen keinen Bestandteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals (PKA, 1976a, 136).

Für die Bereiche von Bundesbahn und Bundespost muß dieser Ansatz in Frage gestellt werden. Beide sind dem Transportwesen¹⁾ zuzuordnen und gehören damit zumindest in Teilbereichen dem produktiven Sektor an. Weiterhin gibt es Unternehmen, die im ausschließlichen oder überwiegenden Eigentum öffentlich-rechtlicher Gebiets- bzw. Personenkörperschaften sind (wie z.B. BEWAG, VEBA). Daher kann von der öffentlich-rechtlichen Eigentumsform nicht automatisch auf unproduktive Tätigkeiten rückgeschlossen werden. Hieraus folgt, daß das gesellschaftliche Gesamtkapital in den vorliegenden Berechnungen zu niedrig ausgewiesen ist, die Profitrate erscheint daher zu hoch.

Gingen die Autoren anfänglich von der Prämisse Preis = Wert aus, so wird dieser Ansatz bei der Darlegung der empirischen Ergebnisse nicht eingehalten. Die Marktpreise seien jetzt nicht mehr mit den Werten der jeweiligen Jahre identisch (vgl. PKA, 1976a, 207; SOST, 1980, 141).

Der Konjunkturverlauf wird in sechs abgeschlossene 3-4-jährige Zyklen unterteilt (1950-53, 1954-58, 1959-63, 1964-67, 1968-71, 1972-75). Der erste Zyklus wird aufgrund der Besonderheiten der Nachkriegsentwicklung nicht als voller Konjunkturzyklus gewertet. Diese zeitliche

1) "Das Bringen auf den Markt gehört in den Produktionsprozeß selbst. Das Produkt ist erst Ware, erst in Zirkulation, sobald es sich auf dem Markt befindet" (Marx, Grundrisse, 529). "Die Transportindustrie bildet einerseits einen selbständigen Produktionszweig, und daher eine besondere Anlagensphäre des produktiven Kapitals. Andererseits unterscheidet sie sich dadurch, daß sie als Fortdauer eines Produktionsprozesses innerhalb des Zirkulationsprozesses und für den Zirkulationsprozeß erscheint" (MEW 24, 153). Der Tauschwert des Transportierens ist "bestimmt, wie der jeder anderen Ware, durch den Wert der in ihm verbrauchten Produktionselemente (Arbeitskraft und Produktionsmittel) plus dem Mehrwert, den die Mehrarbeit der in der Transportindustrie beschäftigten Arbeiter geschaffen hat" (MEW 24, 60 f.).

Abgrenzung scheint jedoch nicht unbedingt gerechtfertigt, wenn man die Entwicklung des Akkumulationsfonds, der Akkumulationsrate, der Mehrwertrate und Jahresprofitrate betrachtet (vgl. Anhang, Schaubilder II-VI). Die dort ausgewiesenen ausgeprägten Tiefpunkte deuten viel eher auf drei 7-8-jährige Konjunkturzyklen (1950-58, 1959-67, 1968-75) hin, die jeweils von Zwischenkrise und Zwischenaufschwung begleitet werden (vgl. Prittwitz, 1977, 67). In Abgrenzung zu der Untersuchung von Altvater/Hofmann/Semmler (1979) wird diese Zykleneinteilung mit Hinweis auf die Abnutzungsdauer des fixen Kapitals bewußt verworfen (vgl. SOST, 1980, 209).

Im folgenden werden die beiden empirischen Arbeiten von PKA/SOST nacheinander dargestellt und analysiert. Aufgrund von Neuberechnungen und methodischen Veränderungen weist die Arbeit von SOST (1980) in der absoluten Höhe einen geringfügigen Unterschied gegenüber den ursprünglichen Ergebnissen (PKA, 1976a) auf. Die Entwicklungstrends sind jedoch in beiden Arbeiten fast gleichgeblieben. Trotzdem wird in der vorliegenden Arbeit die ursprüngliche Veröffentlichung des PKA ausführlicher behandelt, da der Begründungszusammenhang und die Interpretation der Ergebnisse hier einen weiteren Raum einnehmen.

5.2. Die ursprüngliche Berechnung des Gesamtproduktionsprozesses

Zunächst wurde das Wertprodukt, welches den reproduzierten Wert des vorgeschossenen variablen Kapitals sowie den Mehrwert bildet, untersucht (vgl. PKA, 1976a, 211). Während der Jahre 1950-53 beträgt das Durchschnittswachstum des Wertprodukts 15 % und bildet damit den höchsten Wert des Untersuchungszeitraums. Dieses Ergebnis wird mit den besonderen Bedingungen der Rekonstruktionsphase des westdeutschen Kapitalismus erklärt. Von 1954-58 und von

1959-63 betragen die durchschnittlichen Wachstumsraten 9,6 % und 8,9 %. Es läßt sich aufgrund dieser Ergebnisse jetzt die Rückkehr zu einem "normalen" Reproduktionsprozeß konstatieren (S.221).

Die Zuwachsraten von 1964-67 liegen mit durchschnittlich 6,2 % erheblich unter den vorigen. Der fünfte Zyklus (1968-71) hat nach dem Krisenjahr 1967 mit Zuwachsraten von durchschnittlich 11,7 % die zweithöchste Steigerung zu verzeichnen. Selbst am Ende dieses Zyklus liegt noch eine Steigerung von 10 % vor. Im sechsten Zyklus fällt die anfängliche Zuwachsrate mit 9,0 % geringer, als im letzten Jahr des vorigen Zyklus aus. Die durchschnittliche Zuwachsrate beträgt in dieser Periode nur noch 7,5 %. Diese Entwicklung deutet darauf hin, daß es sich von 1968-75 um einen Konjunkturzyklus handelt. Dies wird vor allen Dingen dadurch deutlich, daß 1972 keine - für einen eigenständigen Konjunkturzyklus typische - Aufschwungphase vorlag, sondern der Abwärtstrend sich weiterentwickelte. Die Jahre 1968 und 1975 können daher als Anfangs- und Endpunkte eines Zyklus gelten. Zudem belegt die Entwicklungsrichtung des Wertprodukts, die von den Autoren angegriffene These der "extensiven" und "intensiven" Wachstumsphase während der jeweils drei ersten und drei letzten Zyklen.¹⁾ Das relativ hohe Wachstum der ersten drei Zyklen hängt vor allem mit der Integration zusätzlicher Arbeitskräfte zusammen, während vom vierten Zyklus an Produktivitätsfortschritte wirksam werden.

Die Mehrwertrate bleibt vom ersten Zyklus (1950-53) bis zum vierten Zyklus relativ konstant, wenn sie von 244 % auf 233 % fällt. Während des Zeitraums von 1968-71 läßt

1) Diese Kritik wurde bei der Besprechung der Arbeiten von Altwater u.a. und Zschocke vorgebracht.
Vgl. dazu PKA 1976b, 143, PKA, 1978, 49, ferner PKA, 1976a, 276.

sich eine deutliche Erhöhung auf 250 % feststellen, die im folgenden Zeitabschnitt (1972-75) mit durchschnittlich 245 % wieder abgeschwächt wird. So findet nur im Anschluß an die Krise 1966/67 eine Steigerung der Mehrwertrate gegenüber dem Zeitraum 1954-58 statt.

Bei der Entwicklung der Profitrate wird in dieser Untersuchung der kommerzielle Profit nicht gesondert ausgewiesen (PKA, Materialband, 5). Als Indikator für das vorgeschossene fixe Kapital wird das "Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen" verwendet. Da hier nicht die Anschaffungspreise des Nettoanlagevermögens Grundlage der Bewertung sind, weicht das PKA an diesem Punkt von der Prämisse Preise = Werte ab. Das Nettoanlagevermögen wird um die erfaßten Teile der Staatsbetriebe, der privaten Haushalte und der Wohnungsvermietung verringert. Der ermittelte Profit, dividiert durch den Kapitalvorschuß, ergibt die allgemeine Jahresprofitrate (S.267).

Die zirkulierenden Kapitalteile werden ebenso wie bei Zschocke (1974) zusammengefaßt, ohne daß die Gleichheit des Umschlages von dem vorgeschossenen variablen Kapital und die des konstanten zirkulierenden Kapitals zwingend gegeben ist. Als weitere Determinante der Profitrate wird die Umschlagsgeschwindigkeit des zirkulierenden Kapitals ermittelt. Beide Größen entwickeln sich im Durchschnitt folgendermaßen:

Tabelle 2: Profitrate und Umschlagsgeschwindigkeit aufgrund der Berechnungen des PKA

Zeitabschnitt	Profitrate	Umschlagsgeschwindigkeit des zirkulierenden Kapitals pro Jahr
I. 1950-53 $\bar{x} =$	36,8 %	4,44
II. 1954-58 $\bar{x} =$	37,1 %	4,65
III. 1959-63 $\bar{x} =$	33,9 %	4,77
IV. 1964-67 $\bar{x} =$	28,9	4,83
V. 1968-71 $\bar{x} =$	30,4	5,43
VI. 1972-75 $\bar{x} =$	26,9	5,43

Quelle: PKA, 1976a, 267, 271

Während der zweiten Periode ist die Profitrate durchschnittlich am höchsten. Dies zeigt, daß vom dritten Zyklus an der tendenzielle Fall der Profitrate wieder zur Geltung kommt. In die Bestimmungsfaktoren wird die Umschlagsgeschwindigkeit des zirkulierenden Kapitals einbezogen, die sich hier während des gesamten Untersuchungszeitraums beschleunigt. Sie weist vom Trend her eine ähnliche Entwicklung wie in der Arbeit Zschockes (1974, 88) auf, ohne daß die Werte identisch sind.

Die wirtschaftshistorische Entwicklung der BRD wird abweichend von den Arbeiten Zschockes und Altvaters u.a. interpretiert. Zwar fällt auch beim PKA die hohe Profitrate im ersten Zyklus mit einem hohen Niveau der Mehrwertrate zusammen, aber schon die Interpretation des nächsten Zyklus führt zu anderen Ergebnissen. Die fallende Mehrwertrate ergibt für das PKA daß jetzt die Wertzusammensetzung des Kapitals gleichgeblieben oder gefallen ist. Daher findet in diesem Zeitraum eine Neuanlage von "relativ mehr konstantem Kapital" (S.275) statt. Das PKA schlußfolgert: entweder sind die Elemente des konstanten Kapitals im Wert gefallen oder die organische Zusammensetzung hat sich in Folge von technischen Innovationen vermindert (S.275).

Da während dieses Zeitabschnitts der Anteil des zirkulierenden konstanten Kapitals am Gesamtkapital fällt, ist die Entwicklung der Produktivkräfte offenkundig. In diesem Zeitabschnitt verringern sich zugleich die Rohstoffpreise (ebd.).

Ohne Spekulation läßt sich hierzu feststellen: Die fallende Wertzusammensetzung des zweiten Zyklus resultiert teilweise aus sinkenden Rohstoffpreisen und der verstärkten Umschlagsgeschwindigkeit des zirkulierenden Kapitals. Letzteres kann mit der Verbesserung der Vertriebssysteme oder Verringerung der Lagerkapazitäten zusammenhängen, ohne daß es dabei technologischer Innovationen bedarf, dieser Aspekt wurde vom PKA nicht berücksichtigt. Bedeutsamer für die sinkende Wertzusammensetzung während des zweiten Zyklus dürfte hingegen der steigende Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten sein, der hier auf ein bis dahin einmaliges Niveau in der Geschichte der BRD anstieg. Legt man die Zykleneinteilung des PKA zugrunde, dann ergeben sich nach Zschocke in Preisen von 1962 folgende Werte für nichtgenutztes Bruttoanlagevermögen:

Tabelle 3: Nichtgenutztes Bruttoanlagevermögen von 1950-67

Zeitraum		Mrd. DM
1950 - 53	$\bar{x} =$	12,0
1954 - 58	$\bar{x} =$	6,2
1959 - 63	$\bar{x} =$	14,8
1964 - 67	$\bar{x} =$	28,8

Quelle: Zschocke, 1974, 56, eigene Berechnungen.
(Ab 1969 liegen keine Daten bei Zschocke vor.)

Die Entwicklung der Akkumulationsbedingungen deutet darauf hin, daß der Hauptteil der sinkenden Wertzusammensetzung des zweiten Zyklus der erhöhten Auslastung der Produktionskapazitäten geschuldet ist. Dieser Tatbestand ergibt, daß es sich hierbei um eine Phase der extensiv er-

weiterten Reproduktion handelte. Die Behauptung, daß im zweiten Zyklus die Wertzusammensetzung primär aufgrund kapitalsparendem technischen Fortschritts gesunken ist, wird durch dieses Ergebnis nicht gedeckt.

Auch der dritte Zyklus (1959-63) wird abweichend von Zschocke und Altvater u.a. interpretiert. Die Akkumulation von Kapital geht bei gleichzeitiger Entwicklung der Produktivkraft beschleunigt voran. Der Anteil des fixen Kapitals steigt gegenüber dem zirkulierenden deutlich an, hierdurch wird der Profitratenfall bewirkt. In dieser Situation kommt es zu Investitionen, die die Produktionskosten senken (S.227). Dem ist entgegenzuhalten, daß die für diesen Zeitraum zu verzeichnende enorme Zunahme des Bruttoanlagevermögens¹⁾ sich nicht allein mit kostensenkenden Investitionen erklären läßt, zumal während dieses Zeitraums auch der Anteil des ungenutzten Bruttoanlagevermögens wieder anstieg. Damit deutet sich vielmehr an, daß in diesem Zeitabschnitt zugleich Intensivierungen und Erweiterungen der Produktion vorgenommen wurden.

Der vierte Zyklus (1964-67) ist durch eine absolut verminderte Anzahl der produktiven Arbeiter und eine leicht zurückgehende Akkumulationsquote gekennzeichnet (S.278). Aus der damit gestiegenen Wertzusammensetzung des Kapitals ergab sich ein deutlicher Profitratenfall, der auch durch eine steigende Profitmasse nicht mehr kompensiert werden konnte (ebd., 279).

Das Ansteigen der Profitrate im fünften Zyklus (1968-71) beruht vor allem auf einer drastisch gestiegenen Mehrwert-rate und einer Beschleunigung des Umschlags des zirkulie-

1) Nach Zschocke (1974, 56) stieg das Bruttoanlagevermögen während des dritten Zyklus in Preisen von 1962 um ca. 42 % von 166,5 Mrd. DM (1959) auf 239,5 Mrd. DM (1963) an. Da ab 1960 West-Berlin und Saarland mit einbezogen wurden, ist die wirkliche Zunahme dieser Kennziffer geringer.

renden Kapitals bei einer gleichzeitig auf dem Weltmarkt stattfindenden Expansion (S.279 f.).

Der sechste Zyklus (1972-75) beginnt mit einem Profitratenfall. Dies ist primär der erhöhten technischen Zusammensetzung des Kapitals bei gleichzeitigem Fall der Mehrwertrate geschuldet. Die Profitrate weist in diesem Zyklus eine stark fallende Tendenz auf (S.282). Da dieser Zyklus mit einer fallenden Profitrate beginnt, läßt sich auch hier erkennen, daß zumindest für den Zeitraum von 1968-75 ein 7-jähriger Zyklus zugrunde gelegt werden kann.

5.3. Die Neuberechnung des Gesamtproduktionsprozesses

In der vorliegenden Neuberechnung des Gesamtreproduktionsprozesses durch die Sozialistischen Studiengruppen (SOST), 1980) wurden im Gegensatz zur vorherigen Arbeit der Zirkulationsprofit berücksichtigt. Die Profitrate wurde um die Zirkulationskosten bereinigt, da diese profitmindernd als Abzug vom Mehrwert wirken (S.131 ff.).

Die Profitrate ist aufgrund der gesondert ausgewiesenen Zirkulationskosten geringfügig niedriger als in der vorigen Untersuchung, wobei die gleiche Entwicklungsrichtung beibehalten wird. Die Profitrate fällt während des gesamten Untersuchungszeitraums. Im Anschluß an die Krise 1967 kommt es zu einer zeitweiligen Profitratenerhöhung. Damit kann nach Angaben der Autoren der tendenzielle Fall der Profitrate für die BRD als belegt gelten (S.138).

Die allgemeine Mehrwertrate fiel schon während des zweiten bis zum vierten Zyklus. Im Anschluß an die Krise 1967 läßt sich auch hier eine geringfügige Erhöhung von 5 % feststellen. Nach dem Krisenjahr 1975 kommt es zu einer deutlichen Steigerung der Mehrwertrate. Sie steigt jetzt von 202 % (1975) auf 218 % (1978). Aus diesem Ergebnis wird deutlich, daß die Mehrwertrate nicht Ursache für die

gleichzeitig zu verzeichnende Profitratenstagnation ist (S.143).

Die bis 1975 sich relativ konstant entwickelnde Mehrwert-rate deutet darauf hin, daß bei einer Steigerung des Outputs die reale Verteilungsposition zwischen den Klassen etwa konstant geblieben ist. Erst ab 1976 läßt die Steigerung der Mehrwert-rate darauf schließen, daß sich die Verteilungsposition zuungunsten der Lohnabhängigen entwickelt (S.147).

Die im nächsten Schritt ermittelte Wertzusammensetzung drückt das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital aus. Diese Größe ist nicht identisch mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals, da die Wertzusammensetzung durch Veränderungen im Preis sowie im Wert der Arbeitskraft und der Produktionsmittel berührt wird (S.135). Diese Prämissen der Autoren sind jedoch in Frage zu stellen. Die organische Zusammensetzung ist als der wertmäßige Ausdruck der technischen Zusammensetzung des Kapitals definiert (vgl. MEW 23, 640). Änderungen im Wert der Arbeitskraft oder der Produktionsmittel tangieren damit die Höhe der organischen Zusammensetzung. Hier wird zudem ein Auseinanderklaffen von Wert und Preis erkannt, was sich gegen die anfängliche Ausgangsbedingung Werte = Preise richtet.

Die Wertzusammensetzung weist zudem nach Angaben der Verfasser als Unzulänglichkeit die zu hohen Lebensdauerannahmen des Anlagevermögens auf. Die Profitrate wäre nach Korrektur der Abschreibungen insgesamt etwas höher (S.148). Hinter diesen Annahmen verbirgt sich der Versuch, absolut korrekte Ergebnisse zu ermitteln. Es wird dabei übersehen, daß Veränderungen in der Datenerfassung des Statistischen Bundesamtes zu erheblich abweichenden Ergebnissen führen können (vgl. Hamer u.a., 1977). Aus diesem Grunde ist es nach Ansicht des Verfassers nur möglich,

Trends zu ermitteln, die aufgrund der Art des vorhandenen Datenmaterials Streuungsquoten aufweisen müssen.

Die ausgewiesene Wertzusammensetzung bleibt insgesamt in den 50er Jahren weitgehend konstant, steigt ab 1968 deutlich an und fällt seit 1975 wieder deutlich ab. Der Anstieg der Wertzusammensetzung von 1950-74 beträgt insgesamt ca. 51 %. Er beruht vor allen Dingen auf der Steigerung der Produktivkraft durch verstärkte Anwendung des fixen Kapitals. Der Profitratenfall ist hauptsächlich der gestiegenen Wertzusammensetzung geschuldet (S.152).

In einem letzten Untersuchungsschritt wurden die Zirkulationsprozesse untersucht. Der Umschlag des konstanten zirkulierenden Kapitals nahm bis 1974 erheblich zu, um von 1975 wieder abzufallen. Das Sinken ab 1975 wird mit längerer Lagerhaltung durch stark schwankende Rohstoffpreise und Versorgungsunsicherheiten erklärt. Im Jahre 1950 vollzog das zirkulierende Kapital 6,9 Umschläge, dieser Wert steigerte sich auf 10,2 im Jahr 1974, fiel aber im Anschluß wieder auf 8,4 im Jahr 1978 ab. Diese Verlangsamung drückt daher von 1975 an zusätzlich auf die Profitrate.

Mit der Bestimmung der Zirkulationsfunktion (Handel, Banken, Versicherungen etc.) wird der wichtigste Faktor der Mehrwertumverteilung erfaßt. Die Zirkulationsfunktionen nehmen innerhalb des Untersuchungszeitraums stetig zu. Ihr Anteil stieg um 51 % von ca. 23 % auf ca. 36 % (S.155). Diese Zunahme drückt eine wachsende Verselbständigung der Dienstleistungen gegenüber dem Industriekapital aus. Die Zirkulationsfunktionen haben somit ein nicht zu unterschätzendes Gewicht bei der Bestimmung des allgemeinen Profitratenniveaus. Jedoch wird nach Ansicht der SOST-Autoren die Entwicklungsrichtung der Profitrate vor allen Dingen durch die Veränderung der produktiven Strukturen (Wertzusammensetzung) dominiert (S.157). Diese Schlußfol-

gerung ist aufgrund der vorliegenden SOST-Daten nicht unbedingt einsichtig. Hervorzuheben ist, daß die Wertzusammensetzung und die Zirkulationsfunktionen jeweils um ca. 50 % gestiegen sind, während gleichzeitig wegen gestiegener Rohstoffpreise die Lagerkapazitäten ausgeweitet wurden. Alle drei Faktoren beeinflussen zusammen die Profitrate und ergeben die Ursachen für den Profitratenfall. Die monokausale Erklärung des PKA bezieht sich hingegen nur auf einen Parameter (in diesem Fall die gestiegene Wertzusammensetzung) und ist daher methodisch nicht ausreichend.

6. Tammers Verfahren zur Ermittlung der industriellen Mehrwert- und Profitrate

In den Jahren 1977 und 1978 legte Tammer zwei aufeinander aufbauende Arbeiten zur Entwicklung der Mehrwert- und Profitraten des westdeutschen Industriekapitals vor. Sie sind Gegenstand der folgenden Darstellung.

6.1. Die Analyse der Mehrwertraten

In der ersten Untersuchung (1977) befaßt sich Tammer ausschließlich mit der Entwicklung der jährlich erzeugten Masse und Rate des Mehrwerts (S.12). Basis seiner Ermittlungen ist die "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung" (VGR), Rubrik "Warenproduzierendes Gewerbe". In die Berechnungen zur Bestimmung einer "exakten" Mehrwertrate werden die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der produktiven Angestellten miteinbezogen (S.13).

Dieses Vorgehen Tammers ist an sich problematisch, da in der VGR sowohl die Lohnsummen der produktiven als auch der unproduktiven Arbeiter aggregiert sind. Zudem werden hier auch Profitbestandteile ausgewiesen, die die Leistungsträger des Kapitals in Form von überproportional hohen Ver-

gütungen ausgezahlt bekommen. Die Mehrwertrate der Lohnabhängigen kann nur aufgrund grober Schätzungen ermittelt werden. Eine "exakte" Bestimmung der Mehrwertrate ist aus dieser Datenlage heraus unmöglich (vgl. Altvater u.a., 1979, 103). Als nächster Kritikpunkt ergibt sich, daß bei der Einbeziehung der produktiven Angestellten in die Mehrwertratenberechnung die Diskussion um die Bestimmung der produktiven Arbeit vernachlässigt wurde. Hier sind in vielen Fällen die Grenzen zur unproduktiven Arbeit fließend, deshalb würden die nicht aufgeführten Abgrenzungskriterien Tammers interessieren. Um die Anzahl der produktiven Angestellten näher zu bestimmen, sind wiederum grobe Annahmen nötig, die keine genaue Ermittlung der Mehrwertrate zulassen. Tammers Berechnung der Mehrwertrate kann daher nur einen allgemeinen Trend aufzeigen, der gleichzeitig mit starken Unsicherheiten behaftet ist.

Aus den Daten der VGR bestimmt Tammer zunächst das Gesamtprodukt, um von diesem den Wert des zirkulierenden und fixen konstanten Kapitals abzuziehen. Das Ergebnis dieser Rechenoperation ist das in jeweiligen Preisen¹⁾ ausgedrückte Wertprodukt (vgl. S.14), welches sodann um die indirekten Steuern bereinigt wird. Im Anschluß daran wird aus der Differenz von Produktionswert und Vorleistungen die Handelsspanne ermittelt, um diese dem Produktionswert des warenproduzierenden Gewerbes zuzuschlagen. Dieser Wert wird um die Mieten, Pachten, Zinsen usw. bereinigt. Als Ergebnis dieser Rechenoperationen erhält Tammer das reale Wertprodukt.

1) Unter den Bedingungen der permanenten Inflation würde zumindest der Erklärungsansatz interessieren, warum das Wertprodukt zu laufenden und damit nicht zu deflationierten Preisen bewertet wurde. Ein anfänglich ausgesprochener Hinweis, daß sich Tammer streng an die Methode von Marx hält (1977, 12), nützt in diesem Zusammenhang wenig, deutet allerdings an, daß Tammer die an diesem Punkt existierenden Probleme bewußt negiert hat.

Die Mehrwertrate wird im nächsten Arbeitsgang aus der Entwicklung des variablen Kapitals abgeleitet. Tammer lehnt sich an den Ansatz Wygodskys (1972) an, wenn er von der ausgewiesenen Lohnsumme die direkten und indirekten Steuern abzieht. Nach Aussagen Tammers ist sonst der Wert des variablen Kapitals zu hoch angesetzt (vgl. S.15). Nach weiteren Umrechnungen kommt Tammer zu dem Ergebnis, daß dem Wert des variablen Kapitals am ehesten die Nettolohn- und Gehaltssumme der produktiven Arbeiter und Angestellten entspricht (S.18). Mit dieser Schlußfolgerung wird die Frage nach der Betrachtungsebene der Untersuchung aufgeworfen. Für die Kapitalseite stellt sich die gesamte Lohnsumme (incl. Lohnnebenkosten) als Abzug vom Mehrwert bzw. Profit dar. Aufgrund dieser Tatsache ist die Mehrwertrate zu hoch ausgewiesen.

Die Berechnungen Tammers ergeben, daß trotz steigender Reallöhne die Mehrwertrate während des Untersuchungszeitraums von 1950 - 1975 um 51 % von 181,4 % auf 259,7 % anstieg. Die Tiefpunkte der Mehrwertrate fallen dabei mit konjunkturschwachen bzw. Krisenjahren zusammen. In der Folge der Krise von 1966/67 kommt es auch hier zu einem starken Anstieg der Mehrwertrate. Von der Tendenz her nimmt die Entwicklung der Mehrwertrate einen ähnlichen Verlauf wie in der PKA/SOST-Untersuchung. Offenkundige Unterschiede werden zwischen diesen Untersuchungen nicht sichtbar. Die PKA/SOST-Untersuchungen zeigen in den ersten Konjunkturzyklen eine höhere Mehrwertrate, während bei Tammer die Mehrwertrate in den letzten zwei Konjunkturzyklen höher ausgewiesen ist. Die Größenunterschiede während der letzten beiden Konjunkturzyklen sind anscheinend der zunehmenden Steuerprogression geschuldet. Die Berücksichtigung der Steuerabführungen ergibt bei Tammer eine höhere Mehrwertrate.

6.2. Die Analyse der Profitraten

In einer weiteren Arbeit untersucht Tammer (1978) die Profite und Profitraten der Aktiengesellschaften (AG) des "Warenproduzierenden Gewerbes" der BRD von 1961-1976. Dabei stützt er sich ebenso wie Flieshard u.a. (1977) auf die Bilanzstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Zunächst ermittelt er den Mehrwert nach der Methode der 1977 vorgelegten Arbeit. Ein Vergleich der Mehrwertraten beider Arbeiten zeigte leichte Abweichungen. Für die Jahre der Aufschwungphase 1964, 1969 und 1976 wurden in beiden Fällen fast identische Werte ermittelt (S.14).

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt jedoch in der Profitratenanalyse, deshalb definiert Tammer zunächst den Umschlag des zirkulierenden Kapitals. Er setzt hier nach der Methode Zschockes (1974) die Umschläge der zirkulierenden Kapitalteile als identisch an (S.16), obwohl eine Gleichheit der Elemente des zirkulierenden Kapitals (variables und zirkulierendes konstantes Kapital) nicht unbedingt anzunehmen ist. Zur Ermittlung des fixen Kapitals werden zunächst die jährlichen Bruttoinvestitionen (getrennt nach Banken und Ausrüstungen) erfaßt. Die Entwicklung des realen Produktionspotentials soll eine Umrechnung auf das Preisniveau von 1970 wiedergeben. Tammer bereinigt diesen Wert, entsprechend der mittleren Lebensdauer von Bauten (40 Jahre) und Ausrüstungen (20 Jahre) - wobei er sich auf die Berechnungen des DIW (1970) stützt -, und weist so den Nettowert des fixen Kapitals aus (S.17). Abweichend von der preisbereinigenden Erfassung der Bruttoinvestitionen wird das konstante zirkulierende Kapital zu laufenden Preisen ermittelt.

Die beiden Teile des konstanten Kapitals (zirkulierendes und fixes konstantes) werden damit qualitativ inkongruent behandelt. Wird einerseits das fixe konstante Kapital zur Eliminierung der inflationären Einflüsse auf das Preis-

niveau von 1970 umgerechnet, so können sich andererseits die inflationären Einflüsse bei dem zirkulierenden konstanten Kapital geltend machen, da es zu laufenden Preisen erfaßt wurde. Mögen diese Unterschiede für die Ergebnisse Tammers auch relativ unbedeutend sein, so wäre doch eine Begründung für diese Vorgehensweise wünschenswert. Ferner fällt auf, daß durch die Eliminierung der Inflation Einblick in die reale Entwicklung des Produktionspotentials gewonnen werden soll. Unbeschadet des durch die Entwicklung der Produktivkräfte verursachten Problems der "relativen Inflation" (Hofmann, 1962) versucht er so, Aussagen über die reale Produktivkraftentwicklung leisten zu können. Des weiteren ermittelt er das variable Kapital - analog zum zirkulierenden konstanten Kapital - zu laufenden Preisen.

Die Bewertung des Anlagevermögens zu konstanten Preisen und des Lohnanteils zu laufenden Preisen ergibt, daß der Lohnanteil zu hoch ausgewiesen wird. Im Ergebnis werden die Berechnungen der Profitrate und der organischen Zusammensetzung verfälscht. Profitrate und organische Zusammensetzung sind demnach durch das inflationär bewertete Kapital zu niedrig ausgewiesen.

Trotz dieser methodischen Ungenauigkeit zeigen die von Tammer ausgewiesenen Werte einen deutlichen Zuwachs des konstanten Kapitals gegenüber dem variablen. Die organische Zusammensetzung stieg während des Untersuchungszeitraums von 24:1 im Jahre 1961 auf 32:1 im Jahre 1976 (S.12), sie nahm während dieser Periode um 33,3 % zu. Hier macht sich der unterschiedliche Berechnungsmodus gegenüber anderen vorliegenden Untersuchungen bemerkbar. Bei Zschocke betrug dieser Wert für 1961 12,2:1 (Zschocke, 1974, 92), war also um ca. 50 % geringer. Auch der von den Sozialistischen Studiengruppen ermittelte Wert ist absolut niedriger, er beträgt 1961 13,0:1, um 1976 auf 21,1:1 anzu-

steigen (SOST, 1979, 176). Die Zuwachsrate ist hier mit ca. 59 % erheblich höher als bei Tammer.

Ein weiterer Vergleich der Kapitalzusammensetzungen der sechs größten westdeutschen Aktiengesellschaften zeigt, daß hier die Kennziffern, zum Teil sprunghaft, erhebliche Differenzen aufweisen. Diese Differenzen deuten auf starke Willkürlichkeiten in der Bewertung der Produktionselemente hin, während Tammer glaubte, diese Willkürlichkeiten durch seine Bewertungsmethoden eliminieren zu können.

Tabelle 4: Entwicklung der oZK der AG des warenproduzierenden Gewerbes und der sechs größten AG der BRD nach Tammer

Jahr	Gesamt	Bayer	Hoechst	BASF	Siemens	ATH	Daimler
1961	23,6	37,3	38,5	39,5	4,6	76,1	23,1
1976	32,9	66,9	66,5	78,9	8,4	75,8	36,9

Quelle: Tammer (1978) Tab.7,8, S. 18 f.

Die ermittelte organische Zusammensetzung ist bei diesen Aktiengesellschaften, mit Ausnahme von Siemens, erheblich höher als im gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt. Eine Erklärung für die auffällig niedrige organische Zusammensetzung bei Siemens wird von Tammer nicht gegeben. Entweder liegen bei Siemens genügend Verschleierungsmöglichkeiten zur Bewertung des Anlagevermögens vor, oder es wird ein Großteil der Produktion mit bereits abgeschrieben Maschinen durchgeführt.

Die von Tammer definierte Profitrate drückt den Verwertungsgrad des gesamten vorgeschossenen Kapitals aus; die in der Zirkulationssphäre vom Handel erwirtschafteten Profite werden dabei dem produktiven Kapital wieder zugeschlagen (S.19 f.). Diese Berechnungsweise geht von der Tatsache aus, daß die gesamte Mehrwertschöpfung im produktiven Sektor stattfindet. Der im Handel realisierte Profit

basiert nur auf Umverteilung. Auf der Ebene des Einzelkapitals bewirkt dieser Handelsprofit allerdings Profitverringerung, damit ist die Profitrate des verarbeitenden Gewerbes tendenziell zu hoch ausgewiesen. Nur bei einer gesamtwirtschaftlichen Profitratenuntersuchung ist die Vorgehensweise Tammers zulässig, nicht jedoch in der vorliegenden - auf den Industriesektor beschränkten - Untersuchung.

Die ausgewiesene Profitrate weist während des Zeitraums von 1961-76 einen deutlichen Rückgang auf. Sie hat dabei die gleiche Entwicklungsrichtung wie in den anderen vorliegenden Arbeiten. Gegenüber diesen ist aber eine deutlich stärkere Veränderung der Zuwachsraten in den Jahren 1975 und 1976 zu verzeichnen (vgl. Schaubild I, S. 131). Die Profitrate entwickelte sich während des Untersuchungszeitraums von 46,16 % (1961) zu 41,99 % (1976), wobei das Ausgangsniveau des Jahres 1961 nicht mehr erreicht wurde. Im Krisenjahr 1975 ist die Profitrate mit 31,11 % wesentlich geringer als im Krisenjahr 1967 mit 35,70 %.

Ein zum Abschluß vorgenommener Vergleich der Profitraten der sechs größten Aktiengesellschaften mit der Gesamtheit der Aktiengesellschaften zeigt nach Aussagen Tammers eine deutlich höhere Profitrate der sechs größten Unternehmen. Lediglich die August-Thyssen-Hütte (ATH) hat eine geringere Profitrate als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt. Zwischen den Profitraten der sechs größten Konzerne bestehen dabei starke Differenzen. Die Profitratenvorteile der größten Aktiengesellschaften werden von Tammer mit geringeren Steuerabführungen und geringeren Zirkulationskosten erklärt. Hinzu kommen deren Erträge aus Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und ein günstigeres Verhältnis zwischen Zinsaufwand und Zinsertrag als bei der Gesamtheit der Aktiengesellschaften (S.22).

Tabelle 5: Zinsaufwendung und Zinserträge der Aktiengesellschaften in Mio DM

Alle analysierten Aktiengesellschaften zusammen				Die sechs größten Konzerngesellschaften zusammen*		
Zinsaufwand	Zinsertrag	Anteil (Sp.3 zu Sp.2) v.H.		Zinsaufwand	Zinsertrag	Anteil (Sp.6 zu Sp.5) v.H.
1	2	3	4	5	6	7
1965	2720	983	36,1	330	186	56,4
1970	5010	1920	38,3	1053	466	44,3
1976	6798	3161	46,5	1087	852	78,4

* Bayer AG, Hoechst AG, BASF AG, Siemens AG, ATH AG, Daimler-Benz

Quelle: Tammer (1978, 22)

Von den genannten Vorteilspositionen wurde jedoch nur das Verhältnis von Zinsertrag und Zinsaufwand quantifiziert. Damit ist es offen, ob die restlichen Vorteilspositionen wirklich vorhanden bzw. errechenbar sind. Und noch etwas ist kritisch anzumerken: Tammer hätte bei der Ermittlung von wirklichen Profitraten auf der analytischen Ebene des Wertschöpfungsprozesses verbleiben müssen. Die Profitrate wäre um die ausgewiesenen Zirkulationsgewinne zu bereinigen, da Übertragungsprofite nicht Bestandteil des Produktionspreises sind. Die Profitraten sind daher um die Übertragungsprofite zu hoch ausgewiesen.

Der wichtigste Einwand gegen die Profitratenberechnungen Tammer ergibt sich aber aus seinem eigenen Zahlenmaterial. So weisen mit der Ausnahme von Siemens die sechs größten Aktiengesellschaften überdurchschnittlich hohe Werte bei der organischen Zusammensetzung auf (vgl. Tab.4). Diese hohe organische Zusammensetzung müßte sich in einer geringeren als der durchschnittlichen Profitrate bei den größten Kapitalgesellschaften bemerkbar machen¹⁾, wenn

1) Vgl. dazu das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, MEW 25, 221 ff., hier besonders S. 222.

nicht entgegenwirkende Ursachen vorliegen. Der in diesem Zusammenhang einzige empirisch evidente Faktor ist nach Tammers Berechnungen jedoch nur der hohe Zirkulationsgewinn.

Eine andere Möglichkeit zur Kompensation der hohen organischen Zusammensetzung ist eine erheblich über dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegende Mehrwertrate. Diese Mehrwertrate müßte dann allerdings um ein Mehrfaches über dem Durchschnitt liegen, wenn die überdurchschnittliche organische Zusammensetzung der größten Aktiengesellschaften kompensiert werden soll (vgl. MEW 25, 223).

Nach den Berechnungen der Monopolkommission (1976, 81) setzten die umsatzstärksten Unternehmen in der Regel weniger Beschäftigte ein, als es ihren Umsatzanteilen entspricht. Damit weisen diese Unternehmen gegenüber dem gesellschaftlichen Durchschnitt eine höhere Arbeitsproduktivität auf. Will man aus diesem Zusammenhang pauschal eine höhere Mehrwertrate der oberen Unternehmensgrößenklassen ableiten, so steht dem entgegen, daß hier gleichzeitig ein höheres Lohnniveau vorherrschend ist (vgl. Saß, 1978 und Pfaffenberger, 1979), was im Ergebnis wieder die Mehrwertrate senkt. Da bisher das Verhältnis von Lohnniveau und Produktivität in den unterschiedlichen Unternehmensgrößenklassen nicht näher quantifiziert wurde, lassen sich hierzu keine genaueren Angaben machen.

Abschließend ist festzuhalten: Nach Tammers Berechnungen weist Siemens als die einzige der sechs größten Aktiengesellschaften eine deutlich unter dem gesamtgesellschaftlichen Durchschnitt liegende organische Zusammensetzung auf, während die Nettoprofitratenentwicklung sich ungefähr im gesamtgesellschaftlichen Kontext bewegt. Aufgrund des niedrigen Wertes der organischen Zusammensetzung ist eigentlich eine hohe Profitrate zu vermuten. Hier erscheint das Verhältnis zwischen organischer Zusammensetzung

zung und Profitrate unplausibel. Damit sind Zweifel an der empirischen Validität von Tammers Größenklassenuntersuchung angebracht.

7. Die Größenklassenuntersuchung der "Arbeitsgruppe Großunternehmen"

Die an der Bremer Universität arbeitende "Arbeitsgruppe Großunternehmen"¹⁾, die sich um Jörg Huffschild gebildet hat, untersucht den Gewinn der Kapitalgesellschaften in der BRD. Die Arbeitsgruppe geht von der These aus, "daß die Monopole in der Lage sind, aufgrund der 'Beherrschung von Bedingungen des Reproduktionsprozesses' dauerhaft eine überdurchschnittliche Profitrate zu erzielen" (1976, 130). In ihrem 1977 veröffentlichten Buch formulieren sie, "daß ein grundsätzlicher Rentabilitätsvorsprung zu den entscheidenden Strukturmerkmalen der westdeutschen Wirtschaft gehört". Die Großunternehmen verfügen über einen Vorsprung "in der Höhe des Gewinns nicht nur als absoluten Betrag, sondern im Verhältnis zum Eigenkapital, zum Umsatz, zu den Investitionen oder zu anderen Bezugsgrößen. Die Rentabilität wird also gemessen als Gewinn- oder Profitrate, und die These, die sich aus den widersprüchlichen Erscheinungen ergibt, besagt, daß Großunternehmen in der Regel eine höhere Gewinnrate als andere Unternehmen, also normalerweise eine überdurchschnittliche Profitrate haben" (1977, 18). Hinzu kommt, daß die "Gewinnrate der Großunternehmen ... durch konjunkturelle Krisen gar nicht oder zumindest später oder weniger stark beeinträchtigt wird" (ebd.).

Damit lassen sich aus den Untersuchungstheseen zwei Problemkreise besonders deutlich herauskristallisieren:

1) Die im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die Veröffentlichungen der "Arbeitsgruppe Großunternehmen", Flieshard u.a., 1976 und 1977.

1. Die Tendenz zur Durchschnittsprofitrate hat ihre Gültigkeit verloren.
2. Dies führt zu Konsequenzen für den Krisenverlauf und die Konjunktursteuerungsmaßnahmen.

Mit der These von der Aufhebung der Durchschnittsprofitrate wird das zentrale ökonomische Strukturgesetz, welches eine gleichmäßige Profitverteilung zwischen den Sphären sichert, für obsolet erklärt. Anstelle der regulierenden Konkurrenz tritt die Herrschaft einzelner Kapitale über die Reproduktionszusammenhänge. Dies müßte Rückwirkungen auf das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate haben, jedoch wird dieser Aspekt von der Bremer Arbeitsgruppe nicht weiter problematisiert.

Da die Thesen und Ergebnisse der Bremer direkt in die Memoranden "Alternativen der Wirtschaftspolitik" eingeflossen sind, kommt ihnen für die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion eine größere Relevanz als den anderen Profitratenuntersuchungen zu. Die Profitratenmessung ist im Gegensatz zu den anderen Arbeiten ausschließlich partialanalytisch angelegt, d.h. allein auf einzelkapitalistischer Basis wird der angeeignete Gewinn ermittelt.

In ihrer methodischen Vorgehensweise stützt sich die Arbeitsgruppe, ebenso wie Tammer (1978), auf die nach dem Aktiengesetz veröffentlichten Daten der Aktiengesellschaften. Die Untersuchung wurde für die Jahre 1967-75 bei den "Monopolen" und für 1967-73 bei den "Nichtmonopolen" durchgeführt. Für letztere ist der Untersuchungszeitraum kürzer, da bis zum Abschluß der Untersuchung keine weitergehenden Zahlenmaterialien vom Statistischen Bundesamt zur Bilanzstatistik veröffentlicht wurden (1977, 207). Nach Ansicht der Verfasser liegt das Zahlenmaterial für einen vollen Konjunkturzyklus vor. Daß damit der Krisenhöhepunkt 1975 bei den "Nichtmonopolen" unerfaßt blieb, wird von den Autoren nicht erwähnt.

Im Rahmen einer Bilanzanalyse wurden drei Gruppen von Bilanzpositionen erstellt: a) Aufwandspositionen (voll anerkannt), b) Aufwandspositionen (z.T. anerkannt - z.B. Abschreibungen auf Sachanlagen), c) fiktive Aufwendungen (die als Gewinnbestandteile betrachtet wurden). Ausgangspunkt ist dabei die erweiterte Gesamtleistung des Unternehmens, von der die Kosten für die Produktion und für die Zirkulation abgezogen werden, woraus sich der Bruttoprofit aus eigener Produktion ergibt. Werden zu dieser Profitform Übertragungsprofite (Profite aus Zinsen, Grundstücksspekulationen) addiert, ergibt das den Bruttoprofit. Nach Abzug der Steuern vom Bruttoprofit erhält man den einzelkapitalistischen Nettoprofit. Auf dieser Grundlage werden sowohl für die 50 größten Konzerne, als auch für die Gesamtheit aller Aktiengesellschaften die Profitraten berechnet und einander gegenübergestellt (vgl. 1977, Kap.3, 58 ff.).

Diese Vorgehensweise wirft allein in der Phase der Abgrenzung der einzelnen Profitbestandteile zur Berechnung der Profitraten methodische Probleme auf. In die Berechnung dürften die Übertragungsprofite nicht einbezogen werden, da sie nicht an der Bildung des Durchschnittsprofits beteiligt sind (vgl. Wygodsky, 1972, 160). Dies stellt sich nicht als ein marginales Problem in der vorliegenden Untersuchung dar, da der Anteil der Übertragungsprofite bei den Großunternehmen auf durchschnittlich 27,6 % beziffert wird (1977, 191). Ferner setzt die Profitratenermittlung nicht nur die Kenntnis des Profits, sondern auch die des eingesetzten Kapitals voraus. Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital ist ein Konglomerat verschiedener Kapitalkategorien, spiegelt also nicht das real eingesetzte Aktienkapital wider. Nebeneinander existieren in den Bilanzen unterschiedliche Größen wie Aktienkapital, Kapital im Sinne von Anlagevermögen zu Anschaffungspreisen usw. Sollen echte Profitraten berechnet werden, müssen die laufenden Investitionen für die einzelnen Jahre aus-

gewiesen werden, deren Profitraten man ermitteln will (vgl. Tammer, 1976, 49 f.).

Zudem verwendet die Bremer Arbeitsgruppe Begriffe wie Eigenkapitalrendite und Profitrate als Synonyme, ohne die damit entstehenden Transformationsprobleme zu diskutieren. Es stellt sich die Frage, ob die von den Autoren vorgelegten Kategorien noch etwas mit der marxistischen Theorie gemein haben (die auch modifiziert werden soll), oder ob die Autoren inhaltsleere empiristische Modelle zur Grundlage ihrer Untersuchung machen. Wie z.B. von der Eigenkapitalrendite auf die Profitrate geschlossen werden kann, bleibt unklar. Die Profitrate ist als Verhältnis definiert (MEW 25, 59). Sie ist dabei abhängig vom realisierten Mehrwert und der organischen Zusammensetzung, also vom Verhältnis von konstantem und variablem Kapital. Nun sind die Profitraten unterschiedlich, wenn die organische Zusammensetzung und die Umschlagszeit der angewandten Kapitale verschieden sind (MEW 25, 153). Beide Größen wurden von der Arbeitsgruppe aber unberücksichtigt gelassen, so daß die Kapitalrendite nicht einfach als Synonym für die Profitrate benutzt werden kann. Bei seiner Untersuchung auf makroökonomischer Ebene kam Saß zu dem Schluß, daß die Häufigkeit des Lagerumschlags für Halb- und Fertigfabrikate (incl. Handelsware) bei ansteigender Unternehmensgröße eindeutig abnimmt (Saß, 1978, 82). Damit belastet die Lagerumschlagshäufigkeit die Profitratenposition der größeren Unternehmen bzw. begünstigt die Profitraten kleinerer Unternehmen (ebd., 95). Die Nichtberücksichtigung dieser Prozesse bedeutet daher eine starke Fehlerquelle in der Bremer Untersuchung.

Es ergibt sich als weiteres Problem, daß mit der Größenklassenuntersuchung der Bremer Gruppe keine Aussagen zum Wirken der Durchschnittsprofitrate getroffen werden können. Diese stellt eine zwischenzweigliche Kategorie dar (MEW 25, 167), in dieser Untersuchung wurden hingegen die

Profitratedifferentiale nicht auf Branchenebene ermittelt. Zudem wäre es wichtig, nicht nur einen einzigen Konjunkturzyklus (1967-75) zu untersuchen, wenn man abgesicherte Aussagen zur Wirkungsweise ökonomischer Gesetzmäßigkeiten treffen will. Aufgrund vorhandener Mobilitätsschranken ist hierzu die Sichtung des Datenmaterials über mehrere Zyklen hinweg notwendig, da unter den veränderten Konkurrenzbedingungen sich die Ausgleichsprozesse nicht mehr spontan durchsetzen können.

Die Berechnungen der Arbeitsgruppe zeigten eine Eigenkapitalrendite (Profitrate) für die Jahre 1967-73 von jährlich durchschnittlich 31,6 % bei den monopolistischen Aktiengesellschaften, während die Quote bei den nicht-monopolistischen Aktiengesellschaften 25,3 % betrug (1977, 210). Damit läßt sich eine dauerhafte Profitratendifferenz von 6 % auf Grund der unterschiedlichen Kapitalgrößen nachweisen. Die Arbeitsgruppe weist selber darauf hin, daß bei der Gewinnberechnung Doppelzählungen vorkommen. Die abgeführten Gewinnbestandteile beherrschter Kapitalgesellschaften werden sowohl bei der abgebenden Gesellschaft als auch bei der annehmenden Gesellschaft dem Profit zugerechnet. Werden also bei Unternehmensvergleichen die herrschenden und die beherrschten Kapitalgesellschaften zusammengefaßt, so wird der Gewinn der abhängigen Unternehmen um die abzuführenden Gewinnanteile zu hoch ausgewiesen. Die Kapitalbeteiligung fungiert bei vielen Unternehmen ähnlich wie die Aufnahme von Krediten, die Gewinnabführung ist vom Standpunkt des abhängigen Kapitals einer Zinszahlung ähnlich (vgl. Goldberg, 1978, 151).

Hinsichtlich der berechneten Gesamtleistungsrendite, die das Verhältnis von einzelkapitalistischem Nettoprofit zur Gesamtleistung ausdrückt (1979, 187), ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Eigenkapitalrendite. Die Quoten betragen hier durchschnittlich 10,7 % : 9,3 % zu-

gunsten der Großunternehmen, diese haben damit eine durchschnittlich 15 % höhere Gesamtleistungsrendite (1977, 209). Abgesehen davon, daß man sich fragen kann, ob die letztgenannte Differenz noch signifikant ist, sind auch die Berechnungsmodalitäten fragwürdig. So stellt die Arbeitsgruppe z.B. in der Stahlindustrie seit 1974 eine deutlich steigende Eigenkapitalrendite fest (vgl. 1977, 186).

Zwar erlebte die Stahlbranche 1974 ihren größten Boom in der Nachkriegsperiode, aber schon 1975 setzte die bisher stärkste Nachkriegskrise ein, die bis heute noch nicht überwunden ist. Wie aufgrund dieser Tatsachen 1975 als ein überdurchschnittliches Gewinnjahr in der Stahlindustrie angesehen werden kann, bleibt unklar. Damit sind Zweifel an den von den Autoren verwendeten Methoden der Bilanzanalyse angebracht.¹⁾

Die Autoren resümieren:

"Es scheint auf der Grundlage des untersuchten Materials, daß das große Kapital die Fähigkeit hat, eine im Verhältnis zu mittleren und kleinen Kapitalen überproportional große Gesamtleistung zu erbringen und sich eine überproportional große Profitmasse anzueignen ... Diese qualitative Potenz des Eigenkapitals bei Großunternehmen erklärt die permanente und strukturelle positive Differenz in den Eigenkapitalrenditen oder Profitraten im engeren Sinne bei gleichzeitig wechselnden Verhältnissen hinsichtlich der Gesamtleistungsrenditen bei Großunternehmen und den restlichen AG" (1977, 212).

Allein aus der untersuchten Profitmasse lassen sich schon deshalb keine Rückschlüsse auf das Profitniveau ziehen, da hierbei der werttheoretische Aspekt vernachlässigt wird. Dazu schreibt Wolfgang Pfaffenberger:

"Die empirischen Informationen zur Monopolisierung sind widersprüchlich: Während die entsprechenden Untersuchungen einen zunehmenden Konzentrationsprozeß belegen, ist bisher nicht nachgewiesen worden, daß es zu einer Ver-

1) Vgl. dazu Scheibe-Lange, 1978, und als Erwiderung Huffschmid, 1978, ferner Goldberg, 1978, 154.

Verzerrung der relativen Preise ... gekommen ist" (Pfaffenberger, 1979, 116).

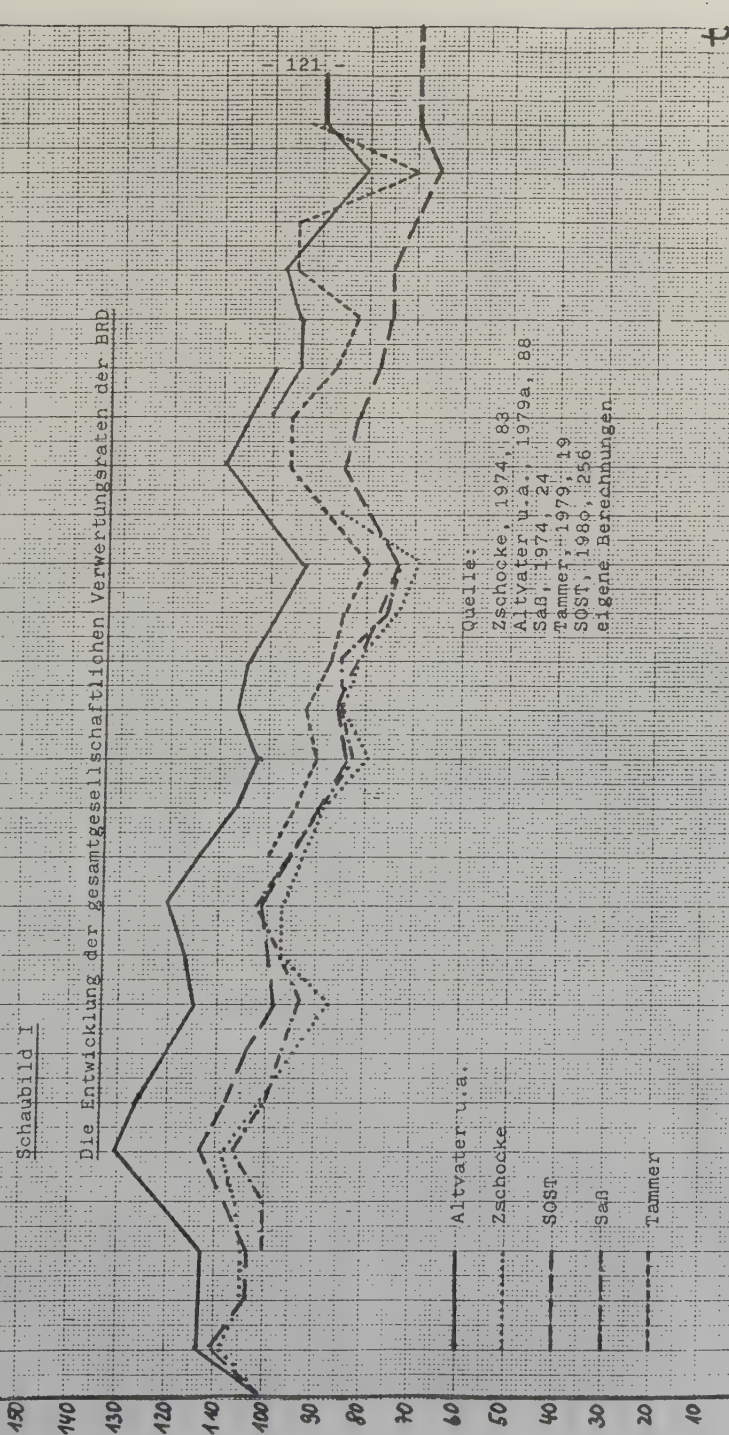
Die Lohnquoten waren 1975 bei den Kleinunternehmen geringer als in den Großunternehmen. Wird unterstellt, daß die Kapitalintensität in großen Unternehmungen höher ist als in kleinen, so ergibt sich, "daß die Profitratenunterschiede genau umgekehrt zur Größe der Unternehmungen liegen müßten" (ebd.). Relative Preisvorteile sind nicht linear abhängig von der Unternehmensgröße. Zu dem gleichen empirischen Ergebnis kommt Saß, wenn er konstatiert, daß hohe Profitraten in der Regel mit niedrigen Löhnen und einer geringen organischen Zusammensetzung des Kapitals verbunden sind (vgl. Saß, 1975, 42 ff. und 1978, 95). Auch Zschocke kam zu dem Ergebnis, daß allgemein eine hohe organische Zusammensetzung mit einer niedrigen Profitrate korreliert und umgekehrt (vgl. Zschocke, 1974, 108). Diese Aussagen widersprechen in diametraler Weise der Profitratenanalyse der Bremer Arbeitsgruppe. Angesichts dieser Datenlage fragt es sich, welchen Erkenntniswert die These von einem begünstigten und nicht-begünstigten Unternehmenssektor eigentlich besitzt. In groben Zügen läßt sich für die BRD im langfristigen Trend feststellen, daß hohe Produktivitätssteigerungen in der Regel mit geringen Preissteigerungen korrelieren und umgekehrt. Dies würde auf einer anderen Ebene der Analyse bedeuten, daß die relativen Preise der Waren sich gesamtgesellschaftlich zumindest etwa parallel entwickeln, unabhängig vom Konzentrationsgrad der Branchen (vgl. Demele, 1980).

Die Schlußfolgerung der "Arbeitsgruppe Großunternehmen" lautet, daß "die Höhe und die relative Stabilität der Monopolprofite auf Kosten der und im Unterschied zu den anderen Unternehmen ... eine dauerhafte Störung der Ausgleichsprozesse zugunsten der Großunternehmen beweisen" (1976), 134), weshalb die Tendenz zur Durchschnittsprofit-

rate unter den heutigen Kapitalverwertungsbedingungen keine Gültigkeit mehr besitzt (1976, 130). Wegen der oben genannten methodischen und empirischen Mängel ist dieses Resümee nicht akzeptabel.

Schaubild I

Die Entwicklung der gesamtgesellschaftlichen Verwertungsraten der BRD

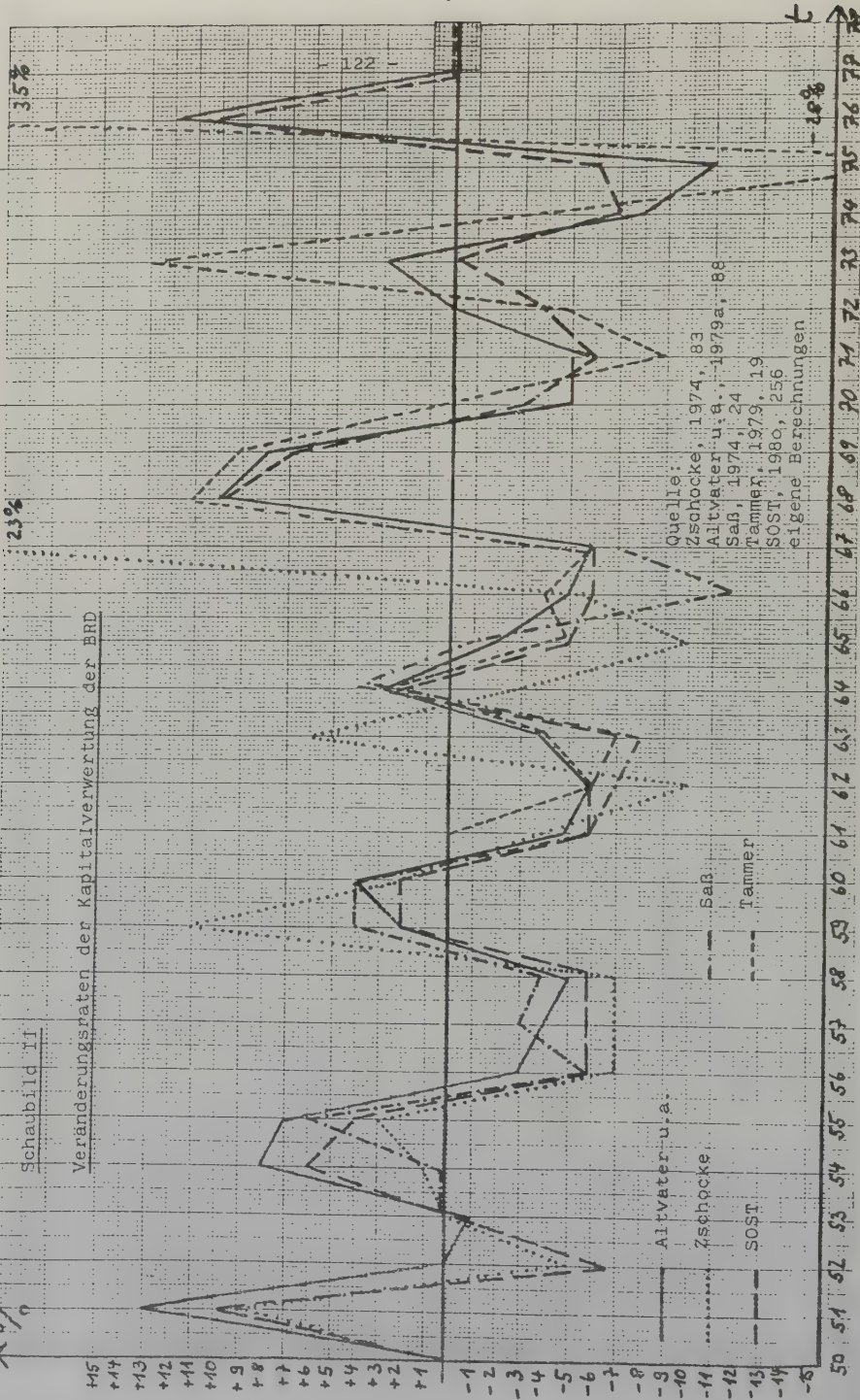


t

50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78

Schaubild II

Veränderungsrate der Kapitalverwertung der BRD



8. Zusammenfassung der empirischen Untersuchungen

In allen vorliegenden Arbeiten weisen die Profitraten bzw. Kapitalrentabilitäten in ihrer absoluten Höhe unterschiedliche Werte auf. Ein anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn die prozentualen Zuwächse der Profitraten und die relativen Entwicklungen der Profitraten in ihrer Gesamtheit betrachtet werden (vgl. Schaubild I, II). Jetzt zeigen alle Untersuchungen, unabhängig von der absoluten Höhe, einen nahezu identischen Verlauf, der lediglich von einjährigen time-lags in den einzelnen Arbeiten überlagert wird. In beiden Schaubildern wird zudem eine ausgesprochen zyklische Entwicklung sichtbar. Bei den Profitratenzuwächsen nimmt für 1975 und 1976 die Untersuchung Tammers eine Sonderstellung ein. Einer sich deutlich gegenüber den anderen Arbeiten abhebenden Profitratensenkung im Krisenjahr 1975 von -28,3 % steht eine ebenso von den anderen Arbeiten abweichende Profitratensteigerung von 34,9 % in dem Aufschwungjahr 1976 gegenüber. Bei Zschocke ist für das Aufschwungjahr 1967 ebenfalls ein überdurchschnittlicher Profitratenzuwachs zu verzeichnen. Bei der Profitratenentwicklung fallen die Arbeiten Tammers und Zschockes während der eben angegebenen Jahre ebenfalls aus dem Rahmen. Bei Tammer schlägt die Entwicklung der Profitrate in den Jahren 1975 und 1976 ebenfalls deutlicher als in den anderen Arbeiten aus. Das gleiche Bild ergibt sich, wenn auch in geringerem Maß, für 1967 bei der Arbeit Zschockes. Da alle Daten in der absoluten Höhe differieren, lassen sich mit diesen Berechnungen nur allgemeine Entwicklungstrends aufzeigen. Die Zahlenreihen sind deshalb um die laufenden Jahre zu erweitern, wie dies aufgrund der Neuberechnungen durch die Sozialistischen Studiengruppen geschehen ist. Die unterschiedlichen Ansätze treten vor allen Dingen bei folgenden Punkten deutlich zutage:

Alle Untersuchungen, bis auf die von Altvater u.a., beziehen sich mit ihren Daten auf den laufenden Preisindex,

damit werden die inflationären Prozesse voll erfaßt. In diesen Arbeiten wird durchweg von der Prämisse ausgegangen, daß trotz der Aufblähung der Preise prinzipiell der Zusammenhang zwischen Wert und Preis weiterhin erhalten bleibt. Demgegenüber versuchten Altvater u.a. durch Ausschaltung der Inflation die reale Wertbewegung zu erfassen. Jedoch können auch bei diesem Verfahren die Prozesse der "relativen Inflation" nicht ausgeschaltet werden, die dadurch zustande kommen, daß trotz der deflationierten Zahlenreihen die vorhandenen Produktivkraftsteigerungen versteckte inflationäre Prozesse induzieren.

An der Untersuchung Zschockes ist zu bemängeln, daß bei der Berechnung der gesamtgesellschaftlichen Profitrate der variable Kapitalteil vernachlässigt wurde. Bei der Untersuchung der Branchenprofitraten ist als entscheidende Schwäche die Tatsache anzusehen, daß die Branchenprofitraten ausschließlich für das Jahr 1962 ermittelt wurden. Hieraus lassen sich keine Rückschlüsse auf evtl. veränderte ökonomische Gesetzmäßigkeiten ziehen.

Die Untersuchungen von Altvater u.a. stützen sich auf ein Indikatorenmodell, das aus offiziellen Daten abgeleitet wurde. In ihrem Ansatz gehen die Autoren von bereinigten Zahlenreihen aus. Deshalb kommt es zu Unstimmigkeiten, wenn als Indikator für das produktive Kapital anstelle des um die Abschreibungen bereinigten Nettokapitalstocks der in den Daten ausgewiesene Bruttokapitalstock verwendet wird. Da die Autoren jedoch nur Trends bestimmen wollen und somit keine exakten Zahlen zur Kapitalverwertung ausweisen, erscheinen die Ergebnisse insgesamt brauchbar. Ein vorgenommener Vergleich der Kapitalrentabilität der westdeutschen Industriegruppen wurde nur stichprobenartig für die Jahre 1960 und 1971 durchgeführt. Aufgrund der geringen Disaggregation der Industriedaten und der lediglich auf zwei Jahre bezogenen Auswer-

tung lassen sich hieraus, ebenso wie bei der Untersuchung Zschockes, keine Rückschlüsse auf das Wirken der Durchschnittsprofitrate ziehen.

Bei der Profitratenuntersuchung von Saß blieb in den Berechnungen das variable Kapital völlig unberücksichtigt. Diese Vernachlässigung muß zumindest im Branchenvergleich zu Verschiebungen führen, da die einzelnen Branchen durch ein differierendes Lohnniveau unterschiedlich stark belastet werden. Als weiterer Nachteil muß angesehen werden, daß die Analyse keine zusammenhängenden Konjunkturzyklen erfaßt. Statt dessen wurden die Daten an Hand willkürlich gebildeter Zeitintervalle interpretiert. Die Untersuchung ergab einen negativen Zusammenhang von Höhe der Kapitalkonzentration und Höhe der Profitraten und ließ ferner auf einen Nichtausgleich der Profitraten schließen.

In den PKA/SOST-Untersuchungen wird ausschließlich das "Volkswirtschaftliche Gesamtprodukt" behandelt. Durch die Eliminierung des gesamten staatlichen Sektors erscheint das gesellschaftliche Gesamtkapital als zu niedrig ausgewiesen. In den Untersuchungen wurde keine Analyse der Branchenprofitraten vorgenommen, deshalb lassen sich aus diesen Arbeiten keine Rückschlüsse zur Durchschnittsprofitrate herleiten.

Die Größenklassenvergleiche von Tammer (1978), Saß (1978) und der "Arbeitsgruppe Großunternehmen" (Flieshard u.a., 1976, 1977) brachten an diesem Punkt ebenfalls keine Klärung. Die Industriekapitale wurden nicht nach ihrer Branchenzugehörigkeit zugeordnet, sondern nur auf die einzelnen Unternehmensgrößenklassen verteilt. Da die Durchschnittsprofitrate eine zwischenzweigliche Kategorie darstellt, lassen sich auch mit dieser Vorgehensweise keine Feststellungen zum Wirken der Durchschnittsprofitrate machen.

Aus den angeführten Kritikpunkten ergibt sich der Ansatz für eine Neuberechnung der Kapitalverwertung in den westdeutschen Industriebranchen. Ein Hauptaugenmerk soll hierbei auf die Fragestellung gerichtet werden, ob sich ein positiver Zusammenhang von Höhe der Kapitalkonzentration und Höhe der Kapitalverwertung nachweisen läßt. Ferner sollen Rückschlüsse auf das Wirken der Durchschnittsprofitrate gezogen werden.

III. DIE UNTERSUCHUNG DER KAPITALVERWERTUNG DER WEST- DEUTSCHEN INDUSTRIEBRANCHEN VON 1950 - 1977

1. Die Indikatoren der Untersuchung

Im folgenden Kapitel soll die Entwicklung der Kapitalverwertung der westdeutschen Industriebranchen von 1950-77 dargestellt und analysiert werden. Die vorliegenden Daten wurden auf der Grundlage der Berechnungen des DIW (Krengel u.a., 1972-78) ermittelt. Der Untersuchungszeitraum über 27 Jahre ist nach Ansicht des Verfassers lang genug, um wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Verwertung des Industriekapitals zu liefern. Als Indikatoren der Kapitalverwertung werden die Kapitalrentabilität, die Kapitalproduktivität und die Lohnstückkosten herangezogen. Sie entsprechen denen von Altvater/Hoffmann/Semmler (Altvater u.a., 1979a) und sollen im folgenden näher bestimmt werden.

1.1. Die Kapitalproduktivität

Die Kapitalproduktivität (Y/K) spiegelt annähernd das Wertverhältnis von lebendiger zu toter Arbeit wider. Sie wird gebildet aus den Werten Y = effektives Nettoproduktionsvolumen zu Faktorkosten und K = Bruttoanlagevermögen. Die Elemente des zirkulierenden Kapitals wären hier als Vorleistungen zu erfassen. Sie müssen jedoch unberücksichtigt bleiben, weil in der offiziellen Statistik keine laufenden Werte auf Branchenebene ausgewiesen werden. Ferner kommt es bei der vorliegenden Berechnungsweise zu Unstimmigkeiten, da einmal die Nettowerte (Produktionsvolumen) und die Bruttowerte (Anlagevermögen) herangezogen werden. Sinnvoller wäre es gewesen, anstelle des Bruttoanlagevermögens, das um die Abschreibungen bereinigte Nettoanlagevermögen zu erfassen. Aufgrund der Tat-

sache, daß in der Statistik keine entsprechenden branchenmäßigen Werte ausgewiesen werden, wurde dieser Bias in Kauf genommen. Beide Größen wurden zu konstanten Preisen erfaßt.

Die Kapitalproduktivität läßt sich weiterhin aufschlüsseln. Sie ist ein Quotient aus Arbeitsproduktivität (Y/L) und Kapitalintensität (K/L), also

$$Y/K = \frac{Y/L}{K/L} \quad ,$$

wobei L = den eingesetzten Arbeitsstunden,

K = dem Bruttoanlagevermögen und

Y = dem Nettoproduktionsvolumen

entsprechen.

Die Arbeitsproduktivität läßt sich als Funktion der Kapitalintensität bestimmen. Sie wird ausgedrückt als Produktionsmitteleinsatz je Arbeitsstunde und gilt als Indikator für die technische Zusammensetzung des Kapitals (tZK).

Nach Holländer (1974, 117 f.) steigt bzw. fällt die organische Zusammensetzung (c/v), wenn die Kapitalintensität sich rascher bzw. langsamer entwickelt als die Arbeitsproduktivität. Eine Veränderung der Arbeitsproduktivität ergibt eine Wertveränderung der Produktionsmittel; deshalb läßt sich aus einer Senkung der Kapitalproduktivität ein Anstieg der organischen Zusammensetzung ableiten. Veränderte Kapitalproduktivitäten lassen auf veränderte organische Zusammensetzungen schließen.

1.2. Die Lohnstückkosten

Zur Ermittlung der Lohnstückkosten wurde das effektive Nettoproduktionsvolumen zu Faktorkosten und das Bruttoanlagevermögen auf konstanter Preisbasis herangezogen,

deshalb wurde die ausgewiesene Lohn- und Gehaltssumme ebenfalls deflationiert. Dies geschah auf der Grundlage des Preisindex eines Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Aber auch bei dieser Umrechnung stellt sich das Problem, daß die Wertbewegung nur verzerrt wiedergegeben wird. Durch die gleichzeitig vorhandene Produktivkraftentwicklung kommt es zu einer Verzerrung der relativen Preise, die sich auf der Preisebene als "relative Inflation" (Hofmann, 1962) verwirklicht. Im Ergebnis ist trotz der vorgenommenen Deflationierung in den vorliegenden Berechnungen auf der Marktpreisebene ein überhöhter Geldausdruck zu verzeichnen. Da dieser Bias aber für alle deflationierten Aggregatgrößen zutrifft, lassen sich aus den ausgewiesenen Daten wieder Rückschlüsse auf die grundlegenden ökonomischen Wertverhältnisse herleiten (vgl. Altvater u.a., 1974a).

Die Lohnstückkosten (w) werden als Quotient aus Lohn- und Gehaltssumme (W) und Nettoproduktionsvolumen (Y) bestimmt, also

$$w = \frac{W}{Y} \quad .$$

Sie reflektieren das Verhältnis zwischen (Jahres-) Lohnsumme und Produktion je Beschäftigten und lassen Rückschlüsse auf die Produktivität der Arbeitskraft zu. Aus dem Unterschied zwischen inflationär und deflationär bewerteten Lohnstückkosten im folgenden Beispiel läßt sich die Notwendigkeit der Bewertung der Lohn- und Gehaltssumme zu einem konstanten Preisniveau ablesen.

Tabelle 6: Lohnstückkosten¹⁾ in der westdeutschen Wirtschaft - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in v.H. -

Jahr	Lohnstückkosten bei nominalem Arbeitseinkommen	Lohnstückkosten bei deflatiertem Arbeitseinkommen	Deflator des Arbeitseinkommens 2)
1970	10,4	6,9	3,2
1971	8,9	3,7	5,1
1972	5,8	-0,2	5,3
1973	7,8	0,5	6,8
1974	9,4	2,1	6,9
1975	6,1	-0,3	6,1
1976	1,6	-4,2	4,6
1977 ³⁾	3,6	1,8	3,6
1978 ³⁾	2,5	-1,7	2,6

1) Nominales bzw. reales Bruttoarbeitseinkommen je beschäftigten Arbeitnehmer
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigen

2) Preisindex für Lebenshaltung eines 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

3) Vorläufige Ergebnisse

Quelle: Altvater u.a., 1980b, 48

Es wird ein deutlicher Unterschied zwischen beiden Berechnungsarten der Lohnstückkosten sichtbar. Auf deflationierter Preisbasis ist der Anstieg der Lohnstückkosten merklich geringer.

1.3. Die Kapitalrentabilität

Nachdem die Kapitalproduktivität und die Lohnstückkosten definiert wurden, läßt sich nun die Kapitalrentabilität bestimmen. Die Kapitalrentabilität ist als Profitratenindikator zu bezeichnen, ohne daß dabei jedoch beide Größen identisch sind. Die Kapitalrentabilität (π) ist aus der Kapitalproduktivität und der Profitquote (welche iden-

tisch ist mit 1 minus Lohnstückkosten), folgendermaßen zu bilden:

$$\pi = Y/K (1 - W/Y) \quad .$$

Die Kapitalrentabilität erfaßt nicht das für die Profitratenberechnungen wichtige Umlaufkapital, denn es liegen für die Bundesrepublik keine entsprechenden Branchendaten vor. Die Kapitalrentabilität ist nur als eine Näherungsgröße der Profitrate zu verstehen (vgl. Altvater u.a., 1979, 53).

Mit der Bildung des Profitratenindikators wird die wesentliche ökonomische Aktionsvariable erfaßt. Zwar ist nach Marx der Profit die Erscheinungsform des Mehrwerts, wobei der Mehrwert aus dem Profit herauskristallisiert werden muß (vgl. MEW 25, 58), aber nach Ansicht des Verfassers ist ein entsprechender Indikator des Mehrwerts nicht aufzustellen, da in der Statistik nicht nach produktiven und unproduktiven Lohnabhängigen differenziert wird.

2. Daten und Messungsgrundlagen

2.1. Abgrenzung der Untersuchung

Die Untersuchung wird deshalb auf den Zeitraum von 1950-77 begrenzt, weil eine 1978 vorgenommene Revision der "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" einen direkten Vergleich mit den vorherigen Zeitreihen nicht mehr zuläßt (vgl. Hamer u.a., 1977). Da bis zum Zeitpunkt der Erstellung der vorliegenden Arbeit die Neuberechnungen lediglich bis 1979 fortgeschrieben wurden, unterblieb eine Auswertung dieser neuen Daten. Gleichfalls lag die in die Berechnungen einbezogene Unternehmenskonzentrationsstatistik der Monopolkommission (1980) ebenfalls nur bis zum Jahre 1977 vor, deshalb erscheint die Nichtberücksichtigung der Jahre 1978

und 1979 vertretbar.

Die Berechnungen beziehen sich ausschließlich auf den Industriesektor des westdeutschen Kapitals, der als der Schlüsselbereich des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzusehen ist. Somit werden

- der Bergbau,
- die Investitionsgüterindustrie,
- die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie,
- die Verbrauchsgüterindustrie und
- die Nahrungs- und Genußmittelindustrie

erfaßt. Weil die Daten der Bauindustrie und der Energieerzeugung nicht ausgewiesen werden, fallen beide Sektoren aus dem Untersuchungsbereich heraus. Zudem bleiben in dem vorliegenden Datenmaterial Industriebetriebe mit weniger als zehn Beschäftigten unberücksichtigt. Abweichend von den Berechnungen des DIW werden die einzelnen Untergliederungen des Bergbaus, der NE-Metallindustrie und der Nahrungs- und Genußmittelindustrie vernachlässigt. Die Werte dieser Branchen werden hier aggregiert ausgewiesen.

In den Zeitreihen ist durch eine Revision der Berechnungsgrundlage vom Jahr 1970 an ein Bruch zu verzeichnen. Eine direkte Vergleichbarkeit der verschiedenen Daten ist nicht mehr gegeben (vgl. Baumgart/Krengel, 1979, 10). Die veränderte Ermittlungsgrundlage führt teilweise zu erheblichen Verschiebungen in den Werten der einzelnen Industriebranchen. Veränderungen ergaben sich mit der Neuberechnung in der Zuordnung einzelner Industrieklassen. So wurde z.B. in den alten Daten von 1950-71 die EDV-Industrie zusammen mit dem Maschinenbau ausgewiesen. Ab 1970 kommt es zu einer Verlagerung, da jetzt die EDV-Industrie zusammen mit den Herstellern von Büromaschinen in eine Industriebranche fällt.

In der vorliegenden Arbeit sollen die Daten wegen der statistischen Unzulänglichkeiten auch nur allgemeine

Trends aufzeigen. Die vorliegende Arbeit beansprucht nicht, mit den Daten und Berechnungen die realen Werte widerzuspiegeln.

In der empirischen Analyse soll im zeitlichen Verlauf der Zusammenhang zwischen der Höhe der Kapitalkonzentration und der Höhe

- der Kapitalrentabilität,
- der Kapitalproduktivität und
- der Lohnstückkosten

näher bestimmt werden. Ferner soll untersucht werden, ob eine Tendenz zur Angleichung der Branchenstabilitäten vorhanden ist.

2.2. Die Concentration Ratios

Die Höhe der Kapitalkonzentration wurde an Hand der Concentration Ratios (CR) ermittelt. In der vorliegenden Arbeit wurde die Konzentrationsmessung der Monopolkommission herangezogen. Es bieten sich alternativ zwei Möglichkeiten an, die Unternehmenskonzentration einer Branche zu messen: 1. An der Verteilung der Unternehmensumsätze oder 2. an dem Anteil der Arbeitskräfte einer bestimmten Anzahl von Unternehmen. Für die folgende Untersuchung wird als Konzentrationsmaß der Anteil der Unternehmensumsätze am Branchenumsatz verwendet. Üblicherweise sind dabei die Umsatzzahlen der ersten drei, sechs oder zehn Unternehmen Ausgangspunkt der Untersuchung. Hier wurde auf die Daten der Konzentrationsrate 10 (CR_{10}) zurückgegriffen. Aufgrund der Fortschreibung dieser Kennziffer durch mehrere Untersuchungen liegen die Werte für 10 Jahre vor (1954, 1960, 1968, 1970, 1972-77), während bei den anderen Konzentrationsmaßen lediglich eine geringe Anzahl von Jahren berücksichtigt wurde.

Diese Meßzahlen weisen erhebliche Mängel auf:

- Sie sind nicht auf die relevanten Märkte bezogen, sondern nur auf die Wirtschaftszweige der amtlichen Statistik.
- Konzernverflechtungen bleiben hier unberücksichtigt.
- Außenhandelsverflechtungen werden nicht erfaßt, damit wird das tatsächliche Marktvolumen der inländischen Unternehmen nicht ausgewiesen (vgl. Monopolkommission, 1980, 42).
- Die Unternehmen werden nach dem Schwerpunktprinzip jeweils nur einer Branche zugeordnet, obwohl diese in mehreren Sektoren tätig sein können. Eine Verlagerung der Umsatzprioritäten kann daher eine Umgruppierung der Unternehmen zur Folge haben. So ging 1968 der größte Betrieb der ledererzeugenden Industrie in die kunststoffverarbeitende Industrie über, in der er jetzt eine geringere Rolle als früher spielt (vgl. DIW-Gutachten, 1978, 597).

Der ausgewiesene Konzentrationsgrad darf nicht mit einem Monopolgrad identifiziert werden, denn trotz hoher Unternehmenskonzentration kann eine starke Wettbewerbsintensität auf den einzelnen Märkten vorherrschen. Bei der Korrelationsanalyse wurden die Konzentrationsraten des Nahrungs- und Genußmittelsektors nicht berücksichtigt. Diese Vorgehensweise erschien notwendig, da in den Nahrungs- und Genußmittelsektor auch die Werte der hochkonzentrierten Tabakverarbeitung miteingeflossen sind. Die Einbeziehung der Konzentrationsdaten des insgesamt geringer konzentrierten Nahrungs- und Genußmittelsektors hätte eine Verfälschung der Korrelationsanalyse bedeutet, deshalb geht dieser Sektor nicht in die Berechnungen mit ein.

2.3. Die Bestimmung der Zeitintervalle

Zunächst soll die Entwicklung der Branchenrentabilitäten im zeitlichen Verlauf dargestellt werden. Der Untersuchungszeitraum wurde in 8-9jährige Hauptzyklen und 4-5jährige Zwischenzyklen unterteilt. Die Zwischenzyklen sind Teil der Hauptzyklen. In der Mitte eines Hauptzyklus treten Krisenerscheinungen in Form einer Zwischenkrise zutage. Diese sind verhältnismäßig schwach ausgeprägt und erfassen einzelne Branchen zum Teil gar nicht oder nur stark verzögert. Die gesamtwirtschaftliche Rentabilität weist in der Zwischenkrise keinen so starken Rückgang auf wie zum Ende eines Hauptzyklus, welcher in die periodisch wiederkehrende allgemeine Krise mündet. Die allgemeine Krise erfaßt die Gesamtheit der Sektoren und bewirkt deutlich stärkere Rentabilitätsrückgänge als die Zwischenkrise (vgl. Altvater/Hoffmann 1980, 394).

Entsprechend diesen Prämissen wurden die Zeitintervalle des Untersuchungszeitraums festgelegt:

Zwischenzyklen	Hauptzyklen
1950-54 1955-58	1950-58
1959-63 1964-67	1959-67
1968-71 1972-75	-

Obwohl nach Ansicht des Verfassers der Zeitraum von 1968 bis 1975 als ein eigenständiger Hauptzyklus anzusehen ist, kann für diese acht Jahre keine durchschnittliche Kapitalrentabilität ermittelt werden, da Neuberechnungen des DIW die Zahlen ab 1972 unvergleichbar machen. Die Erhebungsmethoden der Jahre 1950-70 und 1970-77 sind jeweils identisch, so daß die Werte von 1970 und 1971 nach der alten

und neuen Berechnungsmethode ausgewiesen werden. Es ist zu beachten, daß die gesamtwirtschaftlichen Konjunkturzyklen nicht immer mit den Branchenzyklen identisch sind. Auf Branchenebene können gegenüber der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung asynchrone Zyklenbewegungen vorhanden sein. Im Jahr 1960 kommt es in einigen Branchen (besonders in metallverarbeitenden Bereichen) durch die Einbeziehung von Berlin (West) und Saarland zu Verschiebungen in den Werten. In der amtlichen Statistik werden für 1960 a-Werte (alter Gebietsstand) und b-Werte (neuer Gebietsstand) ausgewiesen. In der vorliegenden Arbeit werden bei der Bestimmung des arithmetischen Mittels die b-Werte herangezogen.

3. Die Entwicklung der Determinanten der Kapitalverwertung von 1950-77

Da mit den Arbeiten von Zschocke, Altvater u.a. und PKA/SOST mehrere Arbeiten zur Bestimmung historischer Akkumulationstendenzen des BRD-Kapitals vorliegen (vgl. dazu Kap. II dieser Arbeit), geht es in dem vorliegenden Kontext nicht um die Darstellung und Bestimmung allgemeiner Akkumulationstendenzen. Hier soll lediglich im zeitlichen Verlauf auf Branchenebene die allgemeine Entwicklung der Kapitalrentabilität, der Kapitalproduktivität und der Lohnstückkosten untersucht werden, um vor dem Hintergrund der Ergebnisse Aussagen zum Zusammenhang von Kapitalkonzentration und Kapitalverwertung zu treffen.

3.1. Die Entwicklung der gesamtindustriellen Kapitalrentabilität

Legt man bei der Konjunktorentwicklung 8-9jährige Zyklen zugrunde, so zeigt sich, daß in der Periode von 1950-58 die Rentabilität am höchsten war (vgl. Tab.7). Innerhalb

DURCHSCHNITTliche KAPITALRENTABILITÄT

INDUSTRIEZWEIG

	1950-54	1955-58	1959-58	1964-67	1959-67	1968-71	1972-75
1 BERGBAU	364	310	340	269	265	298	209
2 INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN	729	677	706	570	519	409	203
3 EISEN- UND STAHLINDUSTRIE	485	447	468	339	310	301	237
4 EISENSCHAFFENDE INDUSTRIE	468	430	451	320	292	285	228
5 EISEN-, STAHL-, TEMPERGIESSEREI	568	534	553	391	343	273	319
6 ZIEHEREIEN UND KALTWALZWERKE	429	417	424	391	390	460	336
7 NE-METALLINDUSTRIE	215	285	246	290	282	279	199
8 CHEMISCHE INDUSTRIE	207	290	244	348	380	528	371
9 MINERALÖLVERARBEITUNG	285	429	349	651	727	848	806
10 GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG	521	634	571	593	545	450	207
11 SAEGWERKE UND HOLZBEARBEITUNG	743	525	646	409	389	381	345
12 PAPPE- UND PAPIERZUEGUNG ETC	405	362	385	300	296	281	216
13 STAHL- UND LEICHTMETALLBAU	1.233	1.121	1.183	729	624	369	559
14 MASCHINENBAU	675	729	699	594	521	340	321
15 STRASSENFAHRZEUGBAU	313	496	394	520	456	364	274
16 SCHIFFBAU	201	342	263	183	170	220	137
17 LUFTFAHRZEUGBAU	-	481(2)	481(2)	1.243	1.010	435	596
18 ELEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE	494	607	544	584	546	567	472
19 FEINMECHANIK UND OPTIK	747	814	777	598	556	455	375
20 EISEN-BLECH-METALLWAREN	1.090	1.011	1.055	757	680	560	492
21 FEINKERAMISCHE INDUSTRIE	728	646	691	506	467	398	361
22 GLASINDUSTRIE	728	708	719	623	510	459	459
23 HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE	923	849	890	733	698	481	648
24 MUSIKINSTRUMENTE ETC.	1.239	1.714	1.450	1.396	1.255	677	566
25 PAPPE- UND PAPIERVERARBEITUNG	1.525	1.228	1.393	810	719	514	410
26 DRUCKEREI U. VIELFACHFERTIGUNG	765	697	735	583	540	478	437
27 KUNSTSTOFFVERARBEITUNG	435	598	507	752	743	557	381
28 LEDERERZUEGUNDE INDUSTRIE	592	624	606	463	382	376	381
29 TEXTILINDUSTRIE	411	449	428	392	373	375	315
30 BEKLEIDUNGSINDUSTRIE	1.798	1.536	1.681	1.075	987	608	467
31 NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL	664	736	696	681	657	589	473
32 BUERO MASCHINEN UND EDV-GERAETE	-	-	-	-	-	-	-
33 LEGERVERARBEITUNG INCL. SCHUHE	944	943	944	791	721	563	437
GESAMTINDUSTRIE	495	543	516	494	471	458	373

Quelle: Kregel u.a., 1972 ff., eigene Berechnungen

der einzelnen Industriezweige kam es zu starken Rentabilitätsdifferenzen. Die Chemische Industrie wies mit 0.244 den geringsten Rentabilitätsindikator auf, während die Rentabilität der Bekleidungsindustrie mit 1.681 fast siebenmal höher war. Von 1959-63 macht sich gegenüber der vorigen Periode eine durchschnittliche Rentabilitätssenkung von -8,7 % bemerkbar. Auch in dieser Periode bleibt weiterhin eine starke Rentabilitätsstreuung bestehen. Jedoch sind die Differenzen geringer geworden. So hat die führende Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräte-Industrie (Musikinstrumente etc.) mit 1.255 nur noch einen ca. 5 mal höheren Rentabilitätsindikator als der mit 0.265 an letzter Stelle liegende Bergbau. In dem Zwischenzyklus von 1968-71 kommt es im Zuge der Überwindung der Krise von 1966/67 zu einer deutlichen Rentabilitätserhöhung von +3,4 %. Es wurde in dieser Zeit zum ersten Mal der seit Mitte des zweiten Zyklus vorherrschende Fall der Rentabilität gestoppt. Die Entwicklung der Daten zeigt jedoch, daß es 1972-75 wieder zum Rentabilitätsrückgang kommt. Zu diesem Zeitpunkt verstärken sich die Rentabilitätsdifferenzen wieder.

Tabelle 8:

RANGFÜLGE DER DURCHSCHNITTlichen KAPITALRENTABILITÄT

INDUSTRIEZWEIG	1950-54	1955-58	1950-58	1959-63	1964-67	1959-67	1968-71	1972-75
1 BERGBAU	26	30	29	31	30	31	27	32
2 INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN	11	13	11	18	17	18	18	25
3 EISEN- UND STAHLINDUSTRIE	20	20	22	27	27	27	26	27
4 EISENSCHAFENDE INDUSTRIE	21	25	23	28	31	28	28	28
5 EISEN-, STAHL-, TEMPERGIESSEREI	17	19	18	24	25	26	31	30
6 ZIEHEREIEN UND KALTWALZWERKE	23	27	25	25	21	21	14	21
7 NE-METALLINDUSTRIE	29	32	31	30	28	30	30	33
8 CHEMISCHE INDUSTRIE	30	31	32	26	19	24	10	18
9 MINERALÖLVERARBEITUNG	28	26	28	11	3	5	2	1
10 GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG	18	15	17	15	15	15	16	24
11 SÄGEWERKE UND HOLZBEARBEITUNG	10	20	15	22	23	22	20	20
12 PAPIER- UND PAPIERERZEUGUNG ETC	25	28	27	29	29	29	29	31
13 STAHL- UND LEICHTMETALLBAU	4	4	4	9	14	11	23	6
14 MASCHINENBAU	14	10	12	14	18	17	25	22
15 STRASSENFAHRZEUGBAU	27	21	26	19	22	20	24	26
16 SCHIFFBAU	31	29	30	32	32	32	29	29
17 LUFTFAHRZEUGBAU	-	22	21	2	5	2	17	4
18 ELEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE	19	17	19	10	13	14	17	9
19 FEINMECHANIK UND OPTIK	9	18	19	13	12	13	15	16
20 EISEN-BLECH-METALLWAREN	5	5	5	6	10	9	9	8
21 FEINKERAMISCHE INDUSTRIE	13	14	14	20	20	19	19	19
22 GLASINDUSTRIE	12	11	10	12	11	12	12	11
23 HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE	7	7	7	8	6	8	5	2
24 MUSIKINSTRUMENTE ETC.	3	1	2	1	1	1	1	5
25 PAPIER- UND PAPIERVERARBEITUNG	2	3	3	4	9	7	11	14
26 DRUCKEREI U. Vervielfältigung	8	12	9	17	16	16	13	12
27 KUNSTSTOFFVERARBEITUNG	22	18	20	7	4	4	3	7
28 LEDERERZEUGENDE INDUSTRIE	16	16	16	21	26	23	21	15
29 TEXTILINDUSTRIE	24	23	24	23	24	25	22	23
30 BEKLEIDUNGSINDUSTRIE	1	2	1	3	2	3	4	3
31 NÄHRUNGS- UND GENUSSMITTEL	15	9	13	10	8	10	6	10
32 BÜROMASCHINEN UND EDV-GERÄTE	-	-	-	-	-	-	1	17
33 LEDERVERARBEITUNG INCL. SCHUHE	6	6	6	5	7	6	8	13

Quelle: Tabelle 7

Tabelle 9 :

RANGFOLGEN DER KONZENTRATIONSMASSE DER JEWELS 10 GROSSTEN UNTERNEHMEN DER WIRTSCHAFTSZWEIGE (CRIO)

SEKTOR	INDUSTRIEZWEIG	1954	1960	1968	1970	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1	BERGBAU	12	8	6	-	3	2	2	2	1	1
2	INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN	20	19	16	19	19	21	21	20	17	19
3	EISEN- UND STAHLINDUSTRIE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	EISENSCHAFFENDE INDUSTRIE	5	5	5	6	7	7	6	5	5	5
5	EISEN-, STAHL-, TEMPERGIESEREI	16	15	12	14	14	14	15	13	11	14
6	ZIEHEREIEN UND KALTWALZWERKE	19	20	15	16	16	18	20	18	-	21
7	NE-METALLINDUSTRIE	7	7	-	7	9	9	9	8	7	9
8	CHEMISCHE INDUSTRIE	10	10	10	11	12	11	10	10	8	12
9	MINERALOELVERARBEITUNG	1	1	2	3	4	4	4	3	2	2
10	GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG	3	4	-	8	8	8	7	6	6	6
11	SAEGEWERKE UND HOLZBEARBEITUNG	24	24	-	17	15	19	19	17	-	18
12	PAPPE- UND PAPIERZEUGUNG ETC	8	9	-	9	-	-	8	7	-	7
13	STAHL- UND LEICHTMETALLBAU	15	17	-	18	17	20	18	16	15	15
14	MASCHINENBAU	21	22	17	20	18	21	22	18	16	20
15	STRASSENFAHRZEUGBAU	4	3	3	4	5	5	5	4	3	3
16	SCHIFFBAU	2	2	4	5	6	6	-	-	4	4
17	LUFTFAHRZEUGBAU	-	-	1	1	1	1	1	1	-	-
18	ELEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE	9	11	8	10	11	10	13	9	10	10
19	FEINMECHANIK UND OPTIK	16	14	-	13	-	15	16	14	12	16
20	EISEN-BLECH-METALLWAREN	25	25	-	22	20	25	25	24	21	22
21	FEINKERAMISCHE INDUSTRIE	13	12	8	-	-	12	12	11	-	11
22	GLASINDUSTRIE	6	6	7	-	10	-	11	-	9	8
23	HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE	27	27	21	25	21	27	27	25	23	26
24	MUSIKINSTRUMENTE ETC.	-	-	19	21	-	24	23	21	18	-
25	PAPPE- UND PAPIERVERARBEITUNG	22	20	13	15	-	17	17	15	14	17
26	DRUCKEREI U. Vervielfaeltigung	23	22	18	-	-	-	25	23	19	23
27	KUNSTSTOFFVERARBEITUNG	14	16	14	-	-	23	24	22	20	24
28	LEDERERZFUGENDE INDUSTRIE	11	13	11	12	13	13	14	12	-	13
29	TEXTILINDUSTRIE	26	28	20	24	22	26	28	25	22	25
30	SEKLEIDUNGSGINDUSTRIE	28	26	22	23	23	-	29	-	-	-
31	NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
32	BUEROMASCHINEN UND EDV-GERAETE	-	-	-	2	2	3	3	-	-	-
33	LEDERVERARBEITUNG INCL. SCHUHE	18	18	-	-	-	16	-	-	13	-

3.1.1. Die Periode 1950-58

a) Der Zwischenzyklus 1950-54

In dem Zwischenzyklus 1950-54 haben drei Verbrauchs-
güterindustrien die höchsten Rentabilitätswerte. Es sind
in der Reihenfolge:

1. Die Bekleidungsindustrie, 2. die Papier- und Pappeverar-
beitende Industrie (Papier- und Pappeverarbeitung) und
3. die Musikinstrumentenindustrie etc.

Der Abstand des letztgenannten Industriezweigs zu dem nach-
folgenden Stahl- und Leichtmetallbau ist mit einer geringen
Abweichung von 0,5 % nicht signifikant. An fünfter Position
folgt mit der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie eine
weitere Branche aus dem Investitionsgütersektor. Während
dieser Periode zeigen sich in der Spitzengruppe deutliche
Differenzen in der Höhe der Kapitalrentabilität. So ist die
Rentabilität der an dritter Position liegenden Papier- und
Pappeverarbeitung ca. 15 % geringer als die der Textilver-
arbeitung, während der Abstand zur fünftplazierten Eisen-,
Blech- und Metallwarenindustrie fast 40 % beträgt.

Am Ende der Rentabilitätsskala ab Rang Nr.21 dominieren
die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien. Im einzel-
nen lauten hier die Rangwerte:

21. Eisenschaffende Industrie,
22. Kunststoffverarbeitende Industrie,
23. Ziehereien und Kaltwalzwerke,
24. Textilindustrie,
25. Holzschliff-, Zellstoff-, Papier und Pappeerzeugende
Industrie (Pappe- und Papiererzeugung etc.),
26. Bergbau,
27. Straßenfahrzeugbau,
28. Mineralölverarbeitende Industrie,

29. NE-Metallindustrie,
30. Chemische Industrie,
31. Schiffbau.

In der ersten Phase der Akkumulation im Nachkriegsdeutschland kommt den Investitionsgüterindustrien ebenso wie den Grundstoffindustrien noch keine wesentliche Bedeutung zu, da zum Teil noch mit den vorhandenen Ressourcen produziert wird. Einzelne Industrien werden durch die Zerschlagung altergebrachter Konzerne (z.B. IG-Farben) oder Demontage zusätzlich in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und zugleich in ihrer Verwertung durch die Politik der Alliierten negativ betroffen. Deutlich wird dies z.B. bei der Chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitenden Industrie, die ihre Rentabilität erst in späteren Jahren wieder konsolidieren können.

Auch wenn man die besonderen Bedingungen der Rekonstruktionsphase in Betracht ziehen muß, läßt sich für die hinteren Rentabilitätspositionen eine Tendenz feststellen, die sich auch im Verlauf des Untersuchungszeitraums grundsätzlich nicht mehr umkehren wird: Es dominieren hier Branchen mit hoher Unternehmenskonzentration. Vergleicht man die Rangfolgen der Kapitalrentabilität mit den Rangfolgen der Konzentration für 1954 (vgl. Tab. 8,9 S.139/140) und bildet aus beiden Werten die Rangdifferenzen (vgl. Tab.10, S.), so folgt daraus, daß von 1950-54 an der Spitze der Rentabilitätsrangskala ausschließlich Branchen mit geringer oder mittlerer Unternehmenskonzentration stehen, während am Ende fast ausschließlich Branchen mit hoher Unternehmenskonzentration vorhanden sind. Für den ersten Zeitabschnitt läßt sich somit kein Beleg für die These finden, daß sich hochkonzentrierte Kapitale überdurchschnittlich verwerten.

b) Der Zwischenzyklus von 1955-58

In dem zweiten Zwischenzyklus von 1955-58 ergeben sich in der Spitzengruppe Rangwertveränderungen. An erster Stelle liegt diesmal die Musikinstrumentenindustrie etc., die

diese Position bis zum fünften Zwischenzyklus von 1968-71 nicht mehr aufgeben wird. Es folgen die Bekleidungsindustrie und die Papier- und Pappeverarbeitung. Wiederum liegen auf den ersten drei Rangplätzen nur Verbrauchsgüterindustrien. Erst auf Platz vier und fünf folgen mit dem Stahl- und Leichtmetallbau und der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie zwei Branchen aus dem Investitionsgütersektor. Am Ende der Rangskala unter den letzten zehn Positionen sind keine reinen Verbrauchsgüterindustrien mehr vertreten. Die Branchen und deren Rangwerte lauten:

23. Textilindustrie,
24. Eisen- und Stahlindustrie,
25. Eisenschaffende Industrie,
26. Mineralölverarbeitende Industrie,
27. Ziehereien und Kaltwalzwerke,
28. Pappe- und Papiererzeugung etc.,
29. Schiffbau,
30. Bergbau,
31. Chemische Industrie,
32. NE-Metallindustrie.

Die Textilindustrie und die Pappe- und Papiererzeugung etc. haben als Rohstoffherzeuger im Gegensatz zu den Endproduktherstellern Bekleidungsindustrie und Pappe- und Papierverarbeitung geringe Rentabilitätswerte, während die Bekleidungsindustrie und die Pappe- und Papierverarbeitung hohe Verwertungsraten aufweisen. An diesen Plazierungen ändert sich grundsätzlich während des gesamten Untersuchungszeitraums nichts, so daß eine Vorteilsposition dieser Verbrauchsgüterindustrien bestehen bleibt.

Deutlich zeigt sich auch im zweiten Zwischenzyklus, daß starke Verwertungsdimensionen vorhanden sind, jedoch nehmen gegenüber 1950-54 die Extremwerte ab. So hat die drittplazierte Branche eine ca. -28 % und die letztplazierte eine ca. -83 % geringere Rentabilität als die Musikinstru-

mentenindustrie etc., d.h. diese verwertet sich ca. sechsmal so hoch, wie die letztplazierte. Auch hier läßt sich kein Beleg für die These finden, daß hochkonzentrierte Kapitale sich überdurchschnittlich verwerten.

Die Zusammenfassung der Teilergebnisse des ersten Hauptzyklus von 1950-58 führt noch einmal zu geringfügigen Randwertverschiebungen. Durch den hohen Rentabilitätswert im ersten Zwischenzyklus verwertet sich die Bekleidungsindustrie insgesamt am höchsten, gefolgt von der Musikinstrumentenindustrie etc., und der Pappe- und Papierverarbeitung, d.h. drei Verbrauchsgüterindustrien liegen auf den vorderen Rangplätzen, gefolgt vom Stahl- und Leichtmetallbau und der Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie.

3.1.2. Die Periode 1959-67

Die Rentabilitätsrangfolgen des Gesamtzyklus werden eher durch die Rangfolgen des Zwischenzyklus von 1959-63 bestimmt, was daran liegt, daß die Rentabilität dieser Periode deutlich höher war als 1964-67. Es kommt zu deutlichen Veränderungen in der Rentabilitätsspitzengruppe.

Die Musikinstrumentenindustrie etc. und die Bekleidungsindustrie haben weiterhin Rentabilitätsspitzenwerte, während sonst unter den ersten fünf Branchen drei vertreten sind, die im vorigen Hauptzyklus Rangwerte ab Ziffer 20 erzielten. Im einzelnen lautet die Rangfolge:

1. Musikinstrumentenindustrie etc.,
2. Luftfahrzeugbau,
3. Bekleidungsindustrie,
4. Kunststoffverarbeitende Industrie,
5. Mineralölverarbeitende Industrie.

Damit haben zum ersten Mal zwei hochkonzentrierte Sektoren

vordere Verwertungsränge eingenommen. Zugleich dominieren nicht mehr eindeutig die Verbrauchsgüterindustrien. Auf den letzten zehn Positionen ab Rangwert 23 liegen:

23. Textilindustrie,
24. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien,
25. Ziehereien und Kaltwalzwerke,
26. Chemische Industrie,
27. Eisen- und Stahllindustrie,
28. Eisenschaffende Industrie,
29. Pappe- und Papiererzeugung,
30. NE-Metallindustrie,
31. Bergbau,
32. Schiffbau.

Auch in diesem Zeitabschnitt kam es zu einer weiteren Abnahme der Rentabilitätsstreuungen, jedoch sind noch erhebliche Differenzen vorhanden. Die beiden Extremwerte betragen 1.255 bei der Musikinstrumentenindustrie etc. und 0.265 beim Bergbau, d.h. letzterer kann nur ca. 1/5 der Verwertungsrates der Musikinstrumentenindustrie etc. realisieren. Die Gesamtheit aller Industriezweige verwertet sich in dem zweiten Zyklus geringer als im ersten, wobei die hohen Verwertungsrates des ersten Zyklus nicht annähernd erreicht werden. So ist z.B. der Rentabilitätsindikator der erstplazierten Musikinstrumentenindustrie etc. 1959-63 gegenüber 1955-58 um ca. 1/3 gesunken. Am Luftfahrzeugbau, der Kunststoffverarbeitenden Industrie und der Mineralölverarbeitenden Industrie wird aber auch deutlich, daß einzelne Branchen im zweiten Konjunkturzyklus in der Lage waren, die Rentabilität deutlich zu steigern. Andere Branchen sind hingegen in der Verwertungshierarchie deutlich zurückgefallen, wobei diese mehrheitlich dem Investitionsgüterbereich zuzuordnen sind: Ledererzeugende Industrie, Pappe- und Papierverarbeitung, Feinkeramische Industrie, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Maschinenbau, Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießereien,

Eisen- und Stahlindustrie, Industrie der Steine und Erden.

Im Gegensatz zum ersten Hauptzyklus kommt es im zweiten zu deutlich voneinander abweichenden Ergebnissen innerhalb der beiden Zwischenzyklen.

a) Der Zwischenzyklus 1959-63

Während des Zeitraums von 1959-63 konnte die Musikinstrumentenindustrie etc. ihre Spitzenposition halten, gefolgt von dem Luftfahrzeugbau, der Bekleidungsindustrie, der Pappe- und Papierverarbeitung und der Lederverarbeitung. Demnach dominieren auch im dritten Zwischenzyklus auf den vorderen Rängen Verbrauchsgüterindustrien. Die letzten zehn Verwertungsrangplätze nehmen in Reihenfolge ein:

23. Textilindustrie,
24. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien,
25. Ziehereien und Kaltwalzwerke,
26. Chemische Industrie,
27. Eisen- und Stahlindustrie,
28. Eisenschaffende Industrie,
29. Pappe- und Papiererzeugung etc.,
30. NE-Metallindustrie,
31. Bergbau,
32. Schiffbau.

Mit Ausnahme der Eisen-, Stahl und Tempergießereien waren die anderen Branchen auch in der vorigen Periode am unteren Ende der Rangskala zu finden.

b) Der Zwischenzyklus von 1964-67

Von 1964-67 ergaben sich deutliche Rangwertverschiebungen gegenüber dem vorigen Zwischenzyklus. So fiel der Luftfahrzeugbau vom zweiten auf den fünften Rang zurück, während die Mineralölverarbeitende Industrie vom elften auf den

dritten vorrücken konnte. Zum ersten Mal rückte eine hochkonzentrierte Branche aus dem Grundstoffsektor in die Spitze der Verwertungsrangskala vor. Im einzelnen lautet die Reihenfolge:

1. Musikinstrumentenindustrie etc.,
2. Bekleidungsindustrie,
3. Mineralölverarbeitende Industrie,
4. Kunststoffverarbeitende Industrie,
5. Luftfahrzeugbau.

Die Kunststoffverarbeitende Industrie hat sich gegenüber der Periode 1959-63 um drei Ränge verbessern können. Diese gering konzentrierte Branche hat einen erstaunlichen Rentabilitätsaufschwung zu verzeichnen, lag sie doch noch im ersten Hauptzyklus auf dem 20. Rang. Deutlich verbessert hat sich am Ende der Rangskala die Chemische Industrie von Platz 26 auf 19. Dieses Aufrücken ist auf eine Steigerung der Verwertungsrate zurückzuführen, welche trotz eines allgemeinen Falls der gesamtwirtschaftlichen Kapitalrentabilität zustandekommt. Demgegenüber fielen die Pappe- und Papierverarbeitung vom vierten auf den neunten, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie vom sechsten auf den zehnten und der Stahl- und Leichtmetallbau vom neunten auf den vierzehnten Rang zurück. Am Ende der Rangskala auf Rang 23 mit der Sägewerke- und Holzbearbeitenden Industrie ist eine weitere Branche des Grundstoffsektors in der Endgruppe zu finden. Die anderen Industriezweige und deren Rangwerte lauten:

24. Textilindustrie,
25. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien,
26. Ledererzeugende Industrie,
27. Eisen- und Stahlinindustrie,
28. NE-Metallindustrie,
29. Pappe- und Papiererzeugung etc.,
30. Bergbau,
31. Eisenschaffende Industrie,
32. Schiffbau.

3.1.3. Die Periode 1968-71

Nach der ersten einschneidenden Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit in den Jahren 1966/67 kommt es im Zeitraum 1968-71 bei der Mehrzahl der Branchen zu einer deutlichen Rentabilitätsverbesserung gegenüber 1964-67. Hervorzuheben ist aber, daß in dem Gesamtzyklus von 1959-67 eine höhere Rentabilität erwirtschaftet wird, d.h. von 1968-71 ist erstmalig eine Rentabilitätszuwachsrate vorhanden.

Letztmalig kann die Musikinstrumentenindustrie etc. ihre Spitzenposition halten, gefolgt von der Mineralölverarbeitenden Industrie. Unter den vorderen Verwertungsrängen haben viele Branchen - trotz der gesamtindustriellen Steigerung - eine sinkende Rentabilität erzielt. Im einzelnen verlaufen Reihenfolge und Rentabilitätsentwicklung gegenüber 1964-67 wie folgt:

1. Musikinstrumentenindustrie (-20,8 %),
2. Mineralölverarbeitende Industrie (+3,2 %),
3. Kunststoffverarbeitung (+13,8 %),
4. Bekleidungsindustrie (-6,4 %),
5. Holzverarbeitende Industrie (+3,7 %),
6. Nahrungs- und Genußmittelindustrie (-6,1 %),
7. Elektrotechnische Industrie (+13,5 %),
8. Lederverarbeitende Industrie (-10,9 %),
9. Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (-4,3 %),
10. Chemische Industrie (+25,7 %).

Es fällt auf, daß auch unter den ersten zehn Rängen die Verbrauchsgüterindustrien dominieren, während sie am Ende der Rangskala keine Rolle spielen. Hier lautet die Rangfolge:

23. Stahl- und Leichtmetallbau,
24. Straßenfahrzeugbau,
25. Maschinenbau,
26. Eisen- und Stahlindustrie,

27. Bergbau,
28. Eisenschaffende Industrie,
29. Pappe- und Papiererzeugung etc.,
30. NE-Metallindustrie,
31. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien,
32. Schiffbau.

In dieser Periode sind die Rentabilitäten stärker als in den vorigen zusammengerückt, die Mineralölverarbeitung hat nur eine -0,8 % geringere und die Kunststoffverarbeitung eine -2,6 % geringere Rentabilität als die Musikinstrumentenindustrie. Zu dem letztplazierten Schiffbau ist allerdings der Abstand weiterhin hoch. Dieser kann nur ca. 1/5 der Verwertungsrate der Musikinstrumentenindustrie realisieren.

3.1.4. Die Periode 1975-77

Ab 1972 werden nur noch Daten aufgrund einer veränderten Berechnungsmethode ausgewiesen.¹⁾ Aus der Sonderauswertung des Jahres 1971²⁾ geht hervor, daß dieser Tatbestand erhebliche Auswirkungen auf die Rentabilitätsrangfolgen gehabt hat. So fallen z.B. die Rangwerte nach der neuen Berechnungsmethode bei der Chemischen Industrie von 9 auf 24, bei der Elektrotechnischen Industrie von 8 auf 15, während z.B. die des Luftfahrzeugbaus von Ziffer 23 auf Ziffer 7 und die des Stahl- und Leichtmetallbaus von Ziffer 23 auf Ziffer 6 steigen. Dies macht noch einmal deutlich, daß auf offiziellen Daten basierende Berechnungen mit großer Vorsicht zu interpretieren sind.

1) Zugleich erhöht sich die Anzahl der Branchen durch die zusätzliche Ausweisung der Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten auf 33.

2) Für dieses Jahr sind die Daten nach der alten und neuen Berechnungsmethode ermittelt worden.

Auf dem ersten Rang befindet sich diesmal die Mineralölverarbeitende Industrie, während die Musikinstrumentenindustrie etc. auf die fünfte Position zurückgefallen ist. Auf Platz zwei, drei und vier liegen die Holzverarbeitende Industrie, die Bekleidungsindustrie und der Luftfahrzeugbau. Auf dem sechsten Rang liegt der Stahl- und Leichtmetallbau, auf dem siebten die Kunststoff verarbeitende Industrie.

Das Vorrücken der Mineralölverarbeitenden Industrie und das Abfallen der Musikinstrumentenindustrie etc. läßt sich nicht auf die veränderte Berechnungsgrundlage zurückführen. Am Ende der Rangwerttabelle lassen sich mit Ausnahme der Industrie der Steine und Erden und der Gummi- und Asbestverarbeitenden Industrie (Verschlechterungen um sieben bzw. acht Positionen) keine wesentlichen Veränderungen ausmachen. Die letzten zehn Positionen - diesmal ab Rang 24 - entfallen auf:

24. Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie,
25. Industrie der Steine und Erden,
26. Straßenfahrzeugbau,
27. Eisen- und Stahlindustrie,
28. Eisenschaffende Industrie,
29. Schiffbau,
30. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien,
31. Pappe- und Papiererzeugung etc.,
32. Bergbau,
33. NE-Metallindustrie.

Der Rentabilitätsabstand zwischen erst- und letztplazierter Branche hat sich auch in dieser Periode weiter verringert, so hat die Mineralölverarbeitende Industrie eine viermal höhere Rentabilität als die NE-Metallindustrie. In der Spitzengruppe haben sich hingegen die Differenzen wieder vergrößert, die drittplazierte Bekleidungsindustrie verwertet sich um ein Viertel geringer als die Mineralölverarbeitung.

Da bei der Auswertung der einzelnen Perioden festgestellt wurde, daß hochkonzentrierte Kapitale sowohl an der Spitze

als auch am Ende der Rangskala zu finden sind, soll im folgenden der Zusammenhang zwischen Kapitalkonzentration und Kapitalverwertung an Hand einer Rangkorrelationsanalyse näher bestimmt werden.

3.2. Der Zusammenhang zwischen Kapitalkonzentration und Kapitalverwertung

3.2.1. Die Rangdifferenzen aus Kapitalkonzentration und Kapitalrentabilität

Zur näheren Bestimmung des Zusammenhanges zwischen Kapitalkonzentration und Kapitalverwertung werden aus den Werten beider Größen Rangdifferenzen gebildet. Die Rangdifferenzen zeigen an, bei welchen Branchen es zu Abweichungen oder parallelen Entwicklungen zwischen den Rangfolgen der Konzentration und der Rentabilität kommt. Da die Konzentrationsmaße in den einzelnen Jahren nur zwischen 22 und 20 Branchen erfassen, werden bereinigte Rangdifferenzen ausgewiesen, welche die Grundlage für die Rangkorrelationsrechnung darstellen.

Die Tabelle 10 zeigt, daß Konzentrationsgrad und Rentabilität bei der Mehrzahl der Branchen stark voneinander abweichen. Lediglich elf Sektoren haben mehrere Werte, die annähernd übereinstimmen. Dies gilt für: Industrie der Steine und Erden, Ziehereien und Kaltwalzwerke, Mineralölverarbeitende Industrie, Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie, Maschinenbau, Luftfahrzeugbau, Elektrotechnische Industrie, Feinmechanische Industrie, Glasindustrie und Lederverarbeitende Industrie. Bei folgenden Branchen sind beide Werte negativ miteinander korreliert: Bergbau, Eisenschaffende Industrie, Straßenfahrzeugbau und Schiffbau, d.h., diese hochkonzentrierten Branchen weisen eine geringe Rentabilität auf, während umgekehrt bei der Bekleidungsindustrie, der Kunststoff verarbeitenden Industrie, der Musikinstrumentenindustrie etc., der Holzverarbeitenden Industrie, der

Tabelle 10:

JEREINIGTE RANGDIFFERENZEN ZWISCHEN KAPITALRENTABILITÄT UND KONZENTRATIONSGRAD (CR10)

SEKTOR	INDUSTRIEZWEIG	1954	1960	1968	1970A	1970B	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1	BERGBAU	13	19	15	-	-	16	24	26	23	22	25
2	INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN	-10	-5	-1	-6	0	-4	1	3	2	1	0
3	EISEN- UND STAHLINDUSTRIE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	EISENSCHAFFENDE INDUSTRIE	15	18	14	15	16	13	16	17	21	17	20
5	EISEN-, STAHL-, TEMPERGIESSEREI	1	3	8	8	7	7	10	11	10	10	10
6	ZIEHEREIEN UND KALTWALZWERKE	2	1	-3	-4	-1	-4	-4	-1	1	-	-4
7	NE-METALLINDUSTRIE	20	18	-2	17	16	12	16	20	19	13	13
8	CHEMISCHE INDUSTRIE	18	14	-2	-3	7	-1	1	3	4	4	0
9	MINERALGELVERARBEITUNG	23	14	1	-1	-2	-3	-3	-3	-2	-1	-1
10	GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG	10	6	-	3	6	10	13	15	14	9	10
11	SAEGWERKE UND HOLZBEARBEITUNG	-10	-4	-	0	-1	-1	-3	-1	-4	-	-7
12	PAPPE- UND PAPIERERZEUGUNG ETC	15	17	-	14	16	-	-	17	17	-	14
13	STAHL- UND LEICHTMETALLBAU	-12	-12	-	-4	-12	-12	-15	-11	-12	-8	-7
14	MASCHINENBAU	-9	-11	1	-1	-7	-5	-4	-2	-1	0	0
15	STRASSENFAHRZEUGBAU	18	13	14	12	13	12	15	22	17	14	15
16	SCHIFFBAU	24	26	18	20	19	17	21	-	-	15	19
17	LUFTFAHRZEUGBAU	-	-	10	13	2	3	1	1	9	-	-
18	ELEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE	-	1	-1	-4	-1	-4	-2	-4	-1	-2	-4
19	FEINMECHANIK UND OPTIK	-9	-5	-	-4	-5	-	-5	0	4	2	-2
20	EISEN-BLECH-METALLWAREN	-21	-22	-	-15	-15	-14	-18	-17	-17	-15	-17
21	FEINKERAMISCHE INDUSTRIE	-4	5	5	-	-	-	3	3	4	-	2
22	GLASINDUSTRIE	5	2	2	-	-	-1	-	-1	-	-4	-4
23	HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE	-21	-21	-16	-20	-20	-19	-24	-24	-22	-21	-24
24	MUSIKINSTRUMENTE ETC.	-	-	-18	-18	-19	-	-18	-17	-15	-15	-
25	PAPPE- UND PAPIERVERARBEITUNG	-20	-18	-7	-5	-5	-	-8	-5	-3	-3	-7
26	DRUCKEREI U. VERVIELFÄLTIGUNG	-15	-9	-9	-	-	-	-	-14	-14	-10	-16
27	KUNSTSTOFFVERARBEITUNG	4	-9	-10	-	-	-	-19	-20	-17	-16	-21
28	LEDERERZEUGENDE INDUSTRIE	4	5	3	8	-1	-5	5	-7	-1	-	-4
29	TEXTILINDUSTRIE	-7	-6	-4	-6	-4	-6	-7	-7	-11	-9	-10
30	BEKLEIDUNGSINDUSTRIE	-27	-25	-20	-19	-19	-20	-	-24	-23	-	-
31	NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
32	BÜROMASCHINEN UND EDV-GERÄTE	-	-	-	-	10	8	10	11	-	-	-
33	LEDERVERARBEITUNG INCL. SCHUHE	-13	-14	-	-	-	-	-6	-	-	-3	-

Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, dem Stahl- und Leichtmetallbau und der Pappe- und Papierverarbeitung höhere Rentabilitäten vorhanden sind, als ihrem Konzentrationsgrad entsprechen würde.

Die "reinen" Verbrauchsgütersektoren haben keine hohen Konzentrationswerte aufzuweisen, sie zeigen deshalb keinen negativen Zusammenhang zwischen diesem Wert und der Kapitalrentabilität. Umgekehrt sind es vorwiegend Verbrauchsgüterbranchen, die eine höhere Rentabilität erwirtschaften, als es ihrem Konzentrationsgrad entsprechen würde. Hieraus ergibt sich, daß die Verbrauchernähe dieser Branchen eine höhere Rentabilität zur Folge hat. Dieser Zusammenhang scheint vor allen Dingen darauf zu beruhen, daß der einzelne Konsument in der Regel nicht in der Lage ist, vor seinen Kaufentscheidungen eine vollständige Marktübersicht herzustellen. Unter anderem bedingt durch Werbung und künstliche Produktdiversifizierung, ist er nicht in der Lage, rationale Entscheidungen zu treffen, und erreicht deshalb bei seinen Handlungen nur "befriedigende" Ergebnisse.¹⁾ Die geringen Möglichkeiten der Konsumenten, eine vollständige Markttransparenz herzustellen, führt bei den Verbrauchsgüterindustrien zu höheren Rentabilitäten als die Mehrzahl der Grundstoff- oder Investitionsgütersektoren realisieren kann. Bei diesen liegt eine völlig andere Marktsituation vor: Ihre Waren werden vorwiegend zur Herstellung anderer Güter erworben, so daß Kaufentscheidungen bei Investitionsgütern aufgrund von Prestigedenken oder ähnlichem eher eine untergeordnete Rolle spielen. Bei den Waren der Grundstoffindustrie wird der Zusammenhang noch deutlicher: Die benötigten Rohstoffe müssen zur Weiterverarbeitung bestimmte Qualitätsmerkmale besitzen; zusätzliche für die Produktion irrelevante Standards beeinflussen hier nicht die

1) Diese Überlegungen basieren auf der Theorie des beschränkten Rationalverhaltens. Vgl. hierzu z.B. Heinen, 1976, 227 f. und ähnlich Kirsch, 1977, 64 ff., 89 ff.

Kaufentscheidungen. Wenige Hersteller bieten in diesen Sektoren teilweise völlig identische Produkte an, so daß ein hohes Maß an Markttransparenz gewährleistet ist. Diese Situation führt im Ergebnis zu geringen Gewinnmargen. Die Markttransparenz ist demnach ein entscheidendes Rentabilitätskriterium der einzelnen Sphären: Aufgrund der im Investitions- und Grundstoffsektor vorherrschenden hohen Markttransparenz werden nur geringe Rentabilitätsraten realisiert, während die Verbrauchsgüterindustrien wegen der mangelnden Markttransparenz auf den Konsumgütermärkten hohe Rentabilitäten erwirtschaften.

3.2.2. Die Rangkorrelationsanalyse zwischen Kapitalkonzentration und Kapitalverwertung

Mittels einer Rangkorrelationsanalyse soll der Zusammenhang zwischen Kapitalkonzentration und Rentabilität getestet werden. Ausgangspunkt der Berechnungen sind die Konzentrationsmaße der jeweils zehn umsatzstärksten Unternehmen der einzelnen Wirtschaftszweige (CR_{10} -Wert). Die Auswertung bezieht sich nur auf die vorliegenden Datenpaare für zehn Jahre, d.h. die Rentabilitätsdurchschnittswerte der Hauptzyklen und Zwischenzyklen blieben unberücksichtigt. Das Vorgehen ergibt sich daraus, daß für einzelne Intervalle keine Konzentrationsmaße vorliegen und Rückgriffe auf andere Daten zu Verzerrungen der Ergebnisse führen. Zur Absicherung wird für 1975 eine Kontrollrechnung mit den Daten der jeweils drei und sechs umsatzstärksten Industrieunternehmen der Branchen vorgenommen (CR_3 - und CR_6 -Werte).

Die so gewonnenen CR_{10} -Werte schwanken zwischen -0,631 und -0,212 (vgl. Anhang, Tab. A6). Sie sind demnach während des gesamten Zeitraums nicht signifikant, weisen aber darauf hin, daß kein Anhaltspunkt für die These von der strukturellen Profitratenüberlegenheit hochkonzentrierter

Sektoren zu finden ist. Für 1954 läßt sich eher der umgekehrte Zusammenhang vermuten. Der Wert $-0,631$ sagt aus, daß zu ca. 40 % eine negative Abhängigkeit der Kapitalrentabilität von der Kapitalkonzentration abzuleiten ist. Dieser Sachverhalt schwächt sich zunächst bis 1974 sichtlich ab. Von 1975 an wird wieder die negative Korrelation zwischen beiden Werten verstärkt, ohne daß dabei annähernd die Werte des Jahres 1954 erreicht werden.

Die Kontrollrechnungen für 1975 mit den CR_3 - und CR_6 -Werten bestätigen in etwa das Ergebnis des CR_{10} -Wertes. Aus den veränderten Konzentrationsmaßen ergeben sich keine wesentlich anderen statisch signifikanten Zusammenhänge. Somit läßt sich auch bei anderen Konzentrationsdaten kein empirischer Beleg für die These von der Profitratenüberlegenheit hochkonzentrierter Sektoren finden.

3.2.3. Die Kapitalverwertung während der Krisenjahre

Die Auswertung erfaßt mit den Jahren 1954 und 1975 zugleich zwei Krisenjahre. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse kann daher die These verworfen werden, welche besagt, daß es hochkonzentrierten Branchen vor allem in den Krisenjahren gelingt, überdurchschnittlich hohe Profitraten zu erwirtschaften. Legt man für sämtliche Krisenjahre (1954, 1958, 1963, 1967, 1971, 1975) eine Rangwerttabelle (vgl. Tab.11) der Kapitalrentabilitäten an, so ist festzustellen, daß - mit Ausnahme des Luftfahrzeugbaus und der Mineralölverarbeitenden Industrie - keine hochkonzentrierten Sektoren vordere Rentabilitätsrangziffern einnehmen. Deshalb ist diese These für die Gesamtheit der ausgewerteten Krisenjahre nicht aufrechtzuhalten.

Tabelle 11:

RANGFOLGE DER KAPITALRENTABILITAET IN KRISENJAHREN

SEKTOR		INDUSTRIEZWEIG		1954	1958	1963	1967	1971A	1971B	1975
1	BERGBAU			28	30	27	27	24	27	31
2	INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN			11	14	16	17	15	22	27
3	EISEN- UND STAHLINDUSTRIE			22	25	29	26	28	29	29
4	EISENSCHAFFENDE INDUSTRIE			23	26	31	29	30	32	32
5	EISEN-, STAHL-, TEMPERGIESSEREI			19	21	26	30	31	28	28
6	ZIEHEREIEN UND KALTWALZWERKE			24	24	25	19	14	22	23
7	NE-METALLINDUSTRIE			30	31	30	29	29	30	33
8	CHEMISCHE INDUSTRIE			31	28	22	13	8	21	17
9	MINERALOELVERARBEITUNG			27	20	4	2	1	1	1
10	GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG			15	17	13	18	16	24	24
11	SAEGWERKE UND HOLZBEARBEITUNG			16	22	24	21	18	20	16
12	PAPPE- UND PAPIERERZEUGUNG ETC			26	27	28	25	27	33	30
13	STAHL- UND LEICHTMETALLBAU			4	4	11	16	19	5	4
14	MASCHINENBAU			14	12	18	22	26	18	20
15	STRASSENFAHRZEUGBAU			25	19	19	24	23	26	26
16	SCHIFFBAU			29	29	32	32	32	31	25
17	LUFTFAHRZEUGBAU			-	32	1	5	21	6	13
18	ELEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE			18	15	15	11	7	14	10
19	FEINMECHANIK UND OPTIK			8	10	17	15	25	16	21
20	EISEN-BLECH-METALLWAREN			5	5	9	10	9	9	8
21	FEINKERAMISCHE INDUSTRIE			10	18	20	20	22	17	18
22	GLASINDUSTRIE			12	9	12	14	11	13	9
23	HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE			7	7	10	7	4	1	3
24	MUSIKINSTRUMENTE ETC.			2	1	2	1	5	2	6
25	PAPPE- UND PAPIERVERARBEITUNG			3	3	7	8	12	14	15
26	DRUCKEREI U. VERVIELFAELTIGUNG			9	11	14	12	13	12	11
27	KUNSTSTOFFVERARBEITUNG			20	13	6	4	2	8	5
28	LEDERERZEUGENDE INDUSTRIE			17	16	23	31	20	11	14
29	TEXTILINDUSTRIE			21	23	21	23	17	25	19
30	BEKLEIDUNGSINDUSTRIE			1	2	3	3	3	4	2
31	NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL			13	8	8	6	6	10	7
32	WUEROMASCHINEN UND EDV-GERAETE			-	-	-	-	-	19	22
33	LEDERVERARBEITUNG INCL. SADDL.			4	4	1	8	10	7	13

3.3. Die Stichprobenanalyse von Kapitalproduktivität und Lohnstückkosten

Die nachfolgende Analyse befaßt sich mit der branchenmäßigen Entwicklung von Kapitalproduktivität und Lohnstückkosten. Beide Größen sollen zur Erklärung der Kapitalrentabilität herangezogen werden. Die Daten der Jahre 1954, 1960, 1968, 1970 und 1972-77 wurden stichprobenartig erfaßt und mit den Konzentrationswerten (CR_{10}) verglichen und korreliert, während wiederum mit den CR_3 - und CR_6 -Werten eine Kontrollrechnung durchgeführt wurde.

3.3.1. Die Entwicklung der Kapitalproduktivität

Nach der alten Berechnungsmethode zeigt die gesamtwirtschaftliche Kapitalproduktivität ihren höchsten Wert 1960 an, gegenüber 1954 lag die Zuwachsrate jedoch unter +1 %. Mit einem Rückgang von über -14 % macht sich 1968 ein starker Abwärtstrend bemerkbar. Bis 1970(a) erhöhte sich die Produktivität wieder um ca. +8 %. In den 70er Jahren kommt es zu einem schwankenden Produktivitätsverlauf, der höchste Wert wird 1970, der tiefste 1975 erreicht. Gegenüber 1970(b) sank der Durchschnittswert des sechsten Zwischenzyklus um ca. -9 % (vgl. Anhang, Tab. A2).

Im einzelnen lautet 1954 die Reihenfolge der ersten fünf Branchen: Musikinstrumenteindustrie etc., Bekleidungsindustrie, Pappe- und Papierverarbeitende Industrie, Stahl- und Leichtmetallbau, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie.

Diese Sektoren nehmen auch in leicht veränderter Reihenfolge in diesem Jahr die vordersten Rangplätze der Kapitalverwertung ein. Vergleicht man die Gesamtheit der Rangwerte von Kapitalrentabilität und -produktivität, so ist festzustellen, daß sie im wesentlichen ähnliche Werte haben.

Mit wenigen Ausnahmen bestehen zwischen beiden Größen Abweichungen um 1-3 Positionen. Nur bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und bei der Kunststoffverarbeitenden Industrie weichen beide Rangwerte stärker voneinander ab. Die Rentabilität wird 1954 demnach weitgehend von der Kapitalproduktivität determiniert.

Auch in den folgenden Jahren bleibt der angerissene Zusammenhang bestehen: Die Rangfolgen der Kapitalproduktivität bestätigen im wesentlichen die der Rentabilität. Eine deutliche Ausnahme bildet neben der Nahrungs- und Genußmittelindustrie nun die Mineralölverarbeitende Industrie. Ab 1968 nimmt sie vordere Rentabilitätsrangwerte ein (Rang 1 oder 2), die keine Entsprechungen bei der Produktivität finden. Die Produktivitätswerte verbessern sich von Rang 12 (1968) bis Rang 7 (1972), um anschließend wieder auf Rang 12 abzufallen (vgl. Tab. 12).

Bei der Kapitalproduktivität bestehen anfänglich wie bei der Rentabilität deutliche Differenzen, die jedoch im weiteren Verlauf abnehmen. 1954 erreicht die Chemische Industrie nur ca. 13 % des Wertes der Musikinstrumentenindustrie, während 1960 der Bergbau als Branche mit der geringsten Produktivität ca. 20 % des Wertes der Musikinstrumentenindustrie etc. erreichen konnte. Die geringste Differenz zwischen erst- und letztplazierter Branche war 1976 zu verzeichnen, als die Eisenschaffende Industrie ca. 31 % des Wertes der Musikinstrumentenindustrie etc. aufwies.

Um den Zusammenhang zwischen Kapitalkonzentration und -produktivität zu ermitteln, wurden bereinigte Rangdifferenzen auf der Basis der CR_{10} -Werte gebildet (vgl. Tab. 13). Positive Differenzen zeigen an, daß der Produktivitätsrang geringer als der Konzentrationsrang ist, während negative Vorzeichen den umgekehrten Sachverhalt darstellen.

RANGFOLGEN DER KAPITALPRODUKTIVITÄTEN DER EINZELNEN INDUSTRIESEKTOREN

SEKTOR	INDUSTRIEZWEIG	1954	1960	1968	1970A	1970B	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1	BERGBAU	27	32	31	30	32	31	32	31	29	31	31
2	INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN	13	18	23	24	28	27	28	30	28	29	28
3	EISEN- UND STAHLINDUSTRIE	23	26	28	27	29	29	29	28	30	30	30
4	EISENSCHAFFENDE INDUSTRIE	25	27	30	31	31	32	31	29	31	33	33
5	EISEN-, STAHL-, TEMPERGIESEREI	19	21	25	22	20	28	25	23	25	27	27
6	ZIEHEREIEN UND KALTWALZWERKE	24	24	19	18	22	21	18	19	24	19	22
7	NE-METALLINDUSTRIE	30	28	27	28	30	30	30	32	32	28	29
8	CHEMISCHE INDUSTRIE	31	30	20	20	27	26	22	21	26	25	25
9	MINERALÖLVERARBEITUNG	29	25	12	11	9	7	9	11	11	11	12
10	GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG	17	14	16	14	18	19	19	20	20	20	19
11	SAEGWERKE UND HOLZBEARBEITUNG	18	23	26	25	26	24	23	24	26	26	24
12	PAPPE- UND PAPIERFERTIGUNG ETC	28	31	32	32	33	33	33	33	33	32	32
13	STAHL- UND LEICHTMETALLBAU	4	4	10	6	2	2	1	2	1	2	2
14	MASCHINENBAU	12	13	17	16	12	15	16	15	14	15	16
15	STRASSENFAHRZEUGBAU	22	19	24	21	21	22	21	27	23	23	19
16	SCHIFFBAU	26	29	29	29	25	25	26	22	17	21	26
17	LUFTFAHRZEUGBAU	-	2	5	8	1	5	2	1	4	7	11
18	ELEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE	16	12	8	7	10	9	6	6	6	5	5
19	FEINMECHANIK UND OPTIK	6	10	7	10	7	11	10	8	9	10	9
20	EISEN-BLECH-METALLWAREN	5	6	10	9	8	10	8	9	8	6	7
21	FEINKERAMISCHE INDUSTRIE	9	15	15	17	15	16	14	13	15	14	15
22	GLASINDUSTRIE	11	11	14	15	17	14	13	16	13	12	10
23	HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE	8	8	6	4	6	3	4	4	3	3	4
24	MUSIKINSTRUMENTE ETC.	1	1	1	2	3	4	5	5	5	4	3
25	PAPPE- UND PAPIERVERARBEITUNG	3	7	9	13	16	17	17	17	16	16	17
26	DRUCKEREI U. VERVIELFÄLTIGUNG	10	16	13	12	13	13	12	12	12	13	13
27	KUNSTSTOFFVERARBEITUNG	15	9	3	3	11	8	7	7	10	9	6
28	LEDERERZEUGENDE INDUSTRIE	14	17	21	26	19	18	27	25	21	22	21
29	TEXTILINDUSTRIE	21	22	22	23	24	23	24	26	22	24	23
30	BEKLEIDUNGSINDUSTRIE	2	3	2	1	4	1	3	3	2	1	1
31	NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL	20	20	18	19	23	20	20	18	18	17	18
32	WUEROMASCHINEN UND EDV-GERAETE	-	-	-	-	14	12	15	14	19	18	14
33	LEDERVERARBEITUNG INCL. SCHUHE	7	5	4	5	5	6	11	10	7	8	8

Quelle: Krenzel u.a. 1972 ff., eigene Berechnungen

Tabelle 13:

BERFÄHIGTE RANGDIFFERENZEN ZWISCHEN KAPITALPRODUKTIVITÄT UND KONZENTRATIONSGRAD (CR10)

SEKTOR	INDUSTRIEZWEIG	1954	1960	1968	1970A	1970B	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1	BERGBAU	12	20	16	-	-	19	25	25	22	21	23
2	INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN	-8	-3	1	0	3	0	3	5	3	4	3
3	EISEN- UND STAHLINDUSTRIE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	EISENSCHAFFENDE INDUSTRIE	17	18	16	18	18	16	19	19	20	18	21
5	EISEN-, STAHL-, TEMPERIERESSEREI	2	3	7	3	1	6	7	5	7	8	7
6	ZIEHREIEN UND KALTWALZWERKE	2	1	-2	-2	1	-3	-3	-3	1	-	-5
7	NE-METALLINDUSTRIE	20	17	-	15	16	12	16	19	18	13	14
8	CHEMISCHE INDUSTRIE	18	16	4	4	10	6	7	9	11	10	7
9	MINERALÖLVERARBEITUNG	25	21	6	7	5	1	4	6	7	7	6
10	GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG	13	8	-	4	5	4	8	11	9	9	7
11	SAEGWERKE UND HOLZVERARBEITUNG	-7	-4	-	3	3	1	0	2	4	-	0
12	PAPPE- UND PAPIERHERSTELLUNG ETC	17	18	-	16	16	-	-	21	20	-	18
13	STAHL- UND LEICHTMETALLBAU	-12	-15	-	-13	-16	-15	-19	-16	-15	-14	-14
14	MASCHINENBAU	-10	-11	-5	-7	-10	-8	-8	-8	-6	-4	-9
15	STRASSENFAHRZEUGBAU	16	14	15	12	12	9	12	19	14	13	10
16	SCHIFFBAU	21	23	16	18	14	11	16	-	-	11	16
17	LUFTFAHRZEUGBAU	-	-	3	5	0	3	1	0	3	-	-
18	ELEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE	6	-1	-2	-4	-1	-5	-5	-7	-3	-6	-7
19	FEINMECHANIK UND OPTIK	-11	-6	-	-4	-7	-	-6	-8	-6	-4	-10
20	EISEN-BLECH-METALLWAREN	-21	-21	-	-14	-15	-13	-18	-16	-17	-16	-17
21	FEINKERAMISCHE INDUSTRIE	-5	1	3	-	-	-	-1	0	2	-	-1
22	GLASINDUSTRIE	4	3	3	-	-	-1	-	4	-	1	-1
23	HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE	-20	-21	-16	-21	-20	-18	-24	-23	-22	-21	-24
24	MUSIKINSTRUMENTE ETC.	-	-	-18	-18	-18	-	-20	-18	-16	-15	-
25	PAPPE- UND PAPIERVERARBEITUNG	-20	-15	-6	-4	-3	-	-3	-1	-1	-1	-5
26	DRUCKEREI U. VIELFACHFÄRBEREITUNG	-14	-8	-9	-	-	-	-	-14	-12	-8	-14
27	KUNSTSTOFFVERARBEITUNG	0	-9	-11	-	-	-	-17	-17	-13	-13	-20
28	LEDERERZEUGENDE INDUSTRIE	2	2	4	9	2	-2	10	8	4	-	2
29	TEXTILINDUSTRIE	-7	-9	-4	-6	-6	-7	-6	-5	-10	-5	-8
30	BEKLEIDUNGSINDUSTRIE	-27	-25	-20	-21	-19	-22	-	-26	-23	-	-
31	NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
32	BUCHDRUCKMASCHINEN UND DRUCKGERÄTE	-	-	-	-	9	6	9	10	-	-	-
33	LEDERVERARBEITUNG INCL. SCHUHE	-12	-15	-	-	-	-	-6	-	-	-7	-

Bei folgenden Branchen stimmen während mehrerer Jahre die Rangfolgen des Konzentrationsgrades ungefähr mit denen der Kapitalproduktivität überein: Industrie der Steine und Erden, Industrie der Ziehereien und Kaltwalzwerke, Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie, Luftfahrzeugbau, Feinkeramische Industrie, Elektrotechnische Industrie, Glasindustrie, Pappe- und Papierverarbeitende Industrie.

Hingegen ist ein hoher Konzentrationsgrad mit einer geringen Kapitalproduktivität bei fünf Branchen miteinander verknüpft: Bergbau, Eisenschaffende Industrie, Pappe- und Papiererzeugung etc., Straßenfahrzeugbau, Schiffbau.

Eine hohe Abweichung zwischen Kapitalproduktivität und Konzentrationsgrad zeigen umgekehrt folgende Sektoren: Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau, Feinmechanische- und Optische Industrie, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Holzverarbeitende Industrie, Musikinstrumentenindustrie etc., Kunststoffverarbeitende Industrie und Bekleidungsindustrie.

Diese Branchen kommen zu einer höheren Produktivität, als es ihrem Konzentrationsgrad entspricht. Bei den Branchen mit hohen Rangwertabweichungen handelt es sich um jene, die entweder geringe oder hohe Rentabilitätsraten aufweisen. Bei der Mehrzahl der Branchen kommt es zu keinen sehr hohen Rangwertschwankungen. Eine Ausnahme bildet auch hierbei die Mineralölverarbeitende Industrie. Während 1954 die bereinigten Konzentrations- und Produktivitätswerte um 25 Positionen voneinander abweichen, beträgt 1972 diese Abweichung nur noch eine Rangziffer, d.h. Konzentrationsgrad und Produktivität gleichen sich bei der Mineralölverarbeitung im zeitlichen Verlauf immer mehr einander an. Bei der Elektrotechnischen Industrie verschieben sich die Rangwerte um 13 Positionen, nur lauten hier die Extremwerte +6 und -7, im ersten Fall ist die Produktivität um sechs Positionen geringer und im zweiten Fall sieben Positionen höher, als es dem Konzentrationsgrad entsprechen würde.

Eine hohe Kapitalproduktivität haben, wenn auch mit teilweise erheblichen Schwankungen, folgende Branchen: Stahl- und Leichtmetallbau, Luftfahrzeugbau, Holzverarbeitende Industrie, Musikinstrumentenindustrie etc., Bekleidungsindustrie, Lederverarbeitende Industrie, Kunststoffverarbeitende Industrie. Der Luftfahrzeugbau ist die einzige Branche mit einer hohen Unternehmenskonzentration und hoher Kapitalproduktivität, während die restlichen Sektoren eher gering konzentriert sind. Es sind hauptsächlich hochkonzentrierte Sektoren, die eine geringe Kapitalproduktivität aufweisen. Bei ihnen scheint die hohe organische Zusammensetzung die Kapitalproduktivität negativ zu beeinflussen. Mit Ausnahme des Luftfahrzeugbaus haben niedrig- bis mittelkonzentrierte Sektoren die höchsten Kapitalproduktivitätswerte, welche sich umgekehrt aus deren geringer organischer Zusammensetzung ergeben. Die Kapitalproduktivität wird damit wesentlich von der organischen Zusammensetzung determiniert.

Insgesamt liegt kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Kapitalkonzentration und der Kapitalproduktivität vor, es sind sowohl gering-konzentrierte Branchen mit geringer als auch hoch-konzentrierte Branchen mit hoher Produktivität vorhanden und umgekehrt. Eine vorgenommene Rangkorrelation verdeutlicht diese Aussagen. Die ausgewiesenen Werte schwanken zwischen -0,605 und -0,211 (vgl. Anhang, Tab. A7). Sie sind in keinem Fall signifikant. Da alle Ergebnisse mit einem negativen Vorzeichen versehen sind, kann gefolgert werden, daß die Kapitalproduktivität bei niedrig konzentrierten Branchen geringfügig höher als bei hochkonzentrierten Branchen ist. Eine Kontrolluntersuchung für 1975 mit den CR_3 - und CR_6 -Werten bestätigt diesen Zusammenhang. Es ist auffällig, daß bei der Rangkorrelationsanalyse die Werte der Rentabilität und der Produktivität einander tendenziell entsprechen. Demnach wird bei der Mehrzahl der Branchen die Rentabilität in hohem Maße durch die Kapitalproduktivität bestimmt.

3.3.2. Die Entwicklung der Lohnstückkosten

Die Rangwerttabelle der Lohnstückkosten wurde so geordnet, daß die Branche mit dem geringsten Wert an erster Stelle steht (vgl. Tab. 14). Während des gesamten Zeitraums sind die Lohnstückkosten der Mineralölverarbeitenden Industrie am geringsten. Sie weisen im Gegensatz zu der Mehrzahl der Branchen bis Ende der 60er Jahre eine ständig fallende Tendenz auf. Die geringen Lohnstückkosten der Mineralölverarbeitenden Industrie deuten auf die Anwendung von arbeitsmittelintensivem technischem Fortschritt hin. Ihre ständig steigende Rentabilität ist zu einem Großteil auf deren sinkende Lohnstückkosten zurückzuführen. Die zweitniedrigsten Lohnstückkosten zeigt permanent mit deutlich höheren und steigenden Werten die Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Diese Branche hat eher geringe Produktivitätsrangwerte (zwischen Platz 17 bis 23), während die Rentabilitätsrangwerte zwischen den Ziffern 6 und 15 schwanken. Die geringen Lohnstückkosten können bei dieser Branche die Kapitalproduktivität nicht so stark kompensieren, daß sie dauerhaft zu einer überdurchschnittlich hohen Rentabilität führen.

Die Chemische Industrie, die Ledererzeugende Industrie, die Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie und die Pappe- und Papiererzeugung etc. sind weitere Branchen mit geringen Lohnstückkosten. Insgesamt gehören zu ihnen sowohl gering- als auch hochkonzentrierte Sektoren. Bei Branchen mit hohen Lohnstückkosten dominieren zwar hochkonzentrierte Sektoren wie: Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, Schiffbau, Luftfahrzeugbau und NE-Metallindustrie, jedoch gibt es mit dem Stahl- und Leichtmetallbau, dem Maschinenbau, der Lederverarbeitenden Industrie und der Bekleidungsindustrie mittel- bis niedrigkonzentrierte Branchen mit hohen Lohnstückkosten.

Tabelle 14:

RANGFOLGEN DER LOHNSTUECKKOSTEN DER EINZELNEN INDUSTRIESEKTOREN

SEKTOR	INDUSTRIEZWEIG	1954	1960	1968	1970A	1970B	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1	BERGBAU	30	26	11	9	17	18	20	20	26	27	27
2	INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN	4	4	4	5	6	6	8	8	7	10	8
3	EISEN- UND STAHLINDUSTRIE	14	14	12	15	20	19	15	13	19	21	24
4	EISENSCHAFFENDE INDUSTRIE	10	9	9	10	15	15	10	9	17	19	21
5	EISEN-, STAHL-, TEMPERGIESEREI	19	24	27	28	32	32	32	29	30	32	32
6	ZIEHEREIEN UND KALTWALZWERKE	17	13	10	8	12	11	10	15	15	13	17
7	NE-METALLINDUSTRIE	17	15	19	24	26	24	23	24	23	17	19
8	CHEMISCHE INDUSTRIE	6	3	3	3	4	4	3	4	5	4	6
9	MINERALOELVERARBEITUNG	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
10	GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG	9	10	22	22	26	27	25	26	22	22	20
11	SAEGWERKE UND HOLZBEARBEITUNG	7	6	7	6	5	5	4	5	4	5	4
12	PAPPE- UND PAPIERERZEUGUNG ETC	5	8	6	7	15	8	6	6	8	7	7
13	STAHL- UND LEICHTMETALLBAU	22	30	32	31	30	29	30	30	28	28	28
14	MASCHINENBAU	15	19	29	29	31	31	31	32	31	30	31
15	STRASSENFAHRZEUGBAU	24	5	18	19	18	21	21	28	21	24	22
16	SCHIFFBAU	31	32	31	32	33	33	33	33	29	29	30
17	LUFTFAHRZEUGBAU	16	22	30	30	21	20	16	18	32	33	33
18	ELEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE	26	26	23	21	28	24	22	22	20	18	18
19	FEINMECHANIK UND OPTIK	27	29	28	26	24	30	29	31	33	31	29
20	FISCH- u. METALLWAREN	12	17	24	17	10	17	18	17	12	14	14
21	FEINKERAMISCHE INDUSTRIE	29	27	25	25	22	27	27	25	25	25	25
22	GLASINDUSTRIE	23	21	16	15	10	10	9	10	6	6	5
23	HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE	20	20	17	11	8	9	10	12	11	11	12
24	MUSIKINSTRUMENTE ETC.	13	11	13	13	9	13	19	19	16	16	16
25	PAPPE- UND PAPIERVERARBEITUNG	3	7	14	18	13	14	13	13	12	12	13
26	DRUCKEREI U. VERVIELFACHTIGUNG	11	11	20	20	14	16	17	16	14	15	14
27	KUNSTSTOFFVERARBEITUNG	32	18	5	4	7	7	7	7	9	8	9
28	LEDERERZEUGENDE INDUSTRIE	28	30	8	11	3	3	5	3	3	3	3
29	TEXTILINDUSTRIE	25	24	15	14	19	12	14	11	10	9	10
30	BEKLEIDUNGSINDUSTRIE	8	16	21	23	23	23	26	23	17	20	22
31	NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
32	BUCHDRUCKMASCHINEN UND EDV-GERAETE	-	-	-	-	29	22	24	21	27	22	11
33	LEDERVERARBEITUNG INCL. SCHUHE	21	23	26	27	25	26	28	27	24	26	26

Trotz hoher Lohnstückkosten konnten der Luftfahrzeugbau und der Stahl- und Leichtmetallbau hohe Rentabilitäten aufgrund hoher Kapitalproduktivitäten realisieren. Demnach haben hohe Lohnstückkosten nicht immer geringe Rentabilitätsraten zur Folge, wie auch umgekehrt nicht geringe Lohnstückkosten nicht automatisch auf hohe Rentabilitäten schließen lassen. Im Regelfall wird die Rentabilität hauptsächlich durch die Produktivität bestimmt.

Während des gesamten Untersuchungszeitraums kann kein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Kapitalkonzentration und den Lohnstückkosten festgestellt werden. Die Rangdifferenzentabelle von Konzentrationsgrad und Lohnstückkosten (Tab. 15) verdeutlicht diesen Zusammenhang. Bei nur vier Branchen entsprechen einander etwa die Rangwerte des Konzentrationsgrades und der Lohnstückkosten. Es sind die Mineralölverarbeitende Industrie, die Lederverarbeitende Industrie, die Eisenschaffende Industrie und teilweise die Glasindustrie. Bei der Mehrheit der Industriezweige stimmen Konzentrationsgrad und Lohnstückkosten nicht miteinander überein, ohne daß daraus eindeutige Ergebnisse resultieren würden.

Die Werte der Rangkorrelationsanalyse liegen zwischen $-0,070$ und $0,265$. Sie sind nicht signifikant (vgl. Anhang, Tab. A8). Dieses Ergebnis deckt sich auch mit einer DIW-Studie. In ihr wurden im Unterschied zur vorliegenden Arbeit, die monatlichen Lohnstückkosten ermittelt, wobei ebenfalls kein Zusammenhang zwischen der Konzentrationsrate und den Lohnstückkosten festgestellt werden konnte (vgl. DIW-Gutachten, 1978, 618). Es ist anzunehmen, daß die Lohnstückkosten durch eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren (wie Qualifikationsniveau, Arbeitskämpfe, Arbeitsproduktivität etc.) bestimmt werden, die nicht konzentrationsspezifisch sind.

Tabelle 15:

BEREINIGTE RANGDIFFERENZEN ZWISCHEN LOHNSTUECKKOSTEN UND KONZENTRATIONSGRAD (OF 10)

SEKTOR	INDUSTRIEZWEIG	1954	1960	1968	1970A	1970B	1972	1973	1974	1975	1976	1977
1	BERGBAU	14	16	2	-	-	9	13	16	20	17	20
2	INDUSTRIE DER STEINE UND ERDEN	-17	-16	-13	-15	-14	-14	-15	-14	-15	-11	-12
3	EISEN- UND STAHLINDUSTRIE	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
4	EISENSCHAFENDE INDUSTRIE	4	3	1	2	5	3	0	2	10	9	13
5	EISEN-, STAHL-, TEMPERGIESSFREI	-1	5	7	7	10	8	12	11	11	12	12
6	ZIEHEREIEN UND KALTWALZWERKE	-6	-9	-8	-9	-7	-8	-11	-7	-5	-	-7
7	NE-METALLINDUSTRIE	6	5	-	12	11	8	9	13	12	5	7
8	CHEMISCHE INDUSTRIE	-5	-8	-8	-8	-8	-9	-9	-7	-6	-6	-7
9	MINERALÖLVERARBEITUNG	0	0	-1	-1	-2	-3	-3	-3	-2	-1	-1
10	GUMMI- UND ASBESTVERARBEITUNG	5	5	-	9	10	11	12	17	13	9	11
11	SAEGWERKE UND HOLZBEARBEITUNG	-18	-19	-	-12	-13	-11	-16	-15	-14	-	-15
12	PAPPE- UND PAPIERZEUGUNG ETC	-4	-2	-	-3	2	-	-	-3	-1	-	-1
13	STAHL- UND LEICHTMETALLBAU	3	9	-	6	4	3	4	9	7	4	7
14	MASCHINENBAU	-9	-6	3	2	3	3	4	7	7	5	5
15	STRASSENFAHRZEUGBAU	16	1	11	11	9	9	11	20	14	13	16
16	SCHIFFRAU	25	26	18	20	20	17	21	-	-	16	20
17	LUFTFAHRZEUGBAU	-	-	20	21	14	12	11	15	25	-	-
18	FLEKTROTECHNISCHE INDUSTRIE	13	11	9	6	10	6	7	7	8	3	5
19	FEINMECHANIK UND OPTIK	7	11	-	7	4	-	8	12	13	10	7
20	EISEN-BLECH-METALLWAREN	-14	-11	-	-9	-14	-9	-12	-10	-14	-12	-10
21	FEINKERAMISCHE INDUSTRIE	12	11	10	-	-	-	9	11	10	-	9
22	GLASINDUSTRIE	13	12	5	-	-	-3	-	-2	-	-6	-4
23	HOLZVERARBEITENDE INDUSTRIE	-11	-10	-8	-16	-19	-15	-20	-16	-16	-16	-16
24	MUSIKINSTRUMENTE ETC.	-	-	-10	-10	-14	-	-10	-6	-7	-7	-
25	PAPPE- UND PAPIERVERARBEITUNG	-20	-14	-3	-1	-5	-	-7	-5	-5	-6	-6
26	DRUCKEREI U. VERVIELFÄLTIGUNG	-13	-12	-3	-	-	-	-	-11	-11	-9	-11
27	KUNSTSTOFFVERARBEITUNG	14	11	-10	-	-	-	-18	-18	-15	-16	-16
28	LEDERERZEUGENDE INDUSTRIE	13	13	-6	-3	-10	-11	-9	-12	-10	-	-11
29	TEXTILINDUSTRIE	-5	-8	-9	-12	-10	-13	-15	-18	-19	-17	-16
30	BEKLEIDUNGSINDUSTRIE	-21	-13	-6	-5	-7	-7	-	-8	-10	-	-
31	NAHRUNGS- UND GENUSSMITTEL	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
32	HAERUMASCHINEN UND EDV-GERAETE	-	-	-	-	19	13	16	16	-	-	-
33	LEDERVERARBEITUNG INCL. SCHUHE	-1	1	-	-	-	-	6	-	-	4	-

3.4. Die Streuung der branchenspezifischen Kapitalrentabilitäten

Bisher wurde nur aufgrund von Stichproben abgeleitet, daß die zwischenzweiglichen Rentabilitätsdifferenzen während des Untersuchungszeitraums deutlich abnehmen. Aus diesem Grunde wird in einem weiteren Untersuchungsschritt getestet, ob eine Tendenz zur Rentabilitätsangleichung feststellbar ist.

Zunächst gilt es, für alle Jahre die Kapitalrentabilität der Gesamtindustrie mit den Branchen-Mittelwerten zu vergleichen. Diese Mittelwerte fallen in den vorliegenden Berechnungen höher als die gesamtindustrielle Kapitalrentabilität aus. Die Branchenmittelwerte weichen gegenüber den gesamtindustriellen Werten ab, weil sie im Gegensatz zu den gesamtindustriellen ungewichtet sind. So haben mehrere sich hoch verwertende Branchen einen geringen Anteil am gesamten Produktionsvolumen, während sich solche mit einem hohen Produktionsanteil oft unterdurchschnittlich verwerten. Der Anteil der sich permanent überdurchschnittlich verwertenden Musikinstrumente-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräteindustrie am Gesamtzuwachs der Industrieproduktion liegt innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums unter 1 %, während der sich unterdurchschnittlich verwertende Maschinenbau als größter Industriesektor Anteile zwischen 7 bis 14 % am Gesamtzuwachs hat (vgl. Kleinknecht, 1980, 331).

Die mittlere quadratische Abweichung (vgl. Anhang, Tab. A4) zeigt anfänglich starke Differenzen zwischen den Mittelwerten und der gesamtindustriellen Werte und nähern sich aneinander an, d.h. gegen Ende des Untersuchungszeitraums nehmen die zwischenzweiglichen Rentabilitätsunterschiede merklich ab.¹⁾ Die Varianzanalyse verdeutlicht noch einmal

1) Lediglich im Verlauf von vier Jahren (1963/64, 1976/77) also am Anfang bzw. Ende einer Periode kommt es wieder zu stärkeren Rentabilitätsdifferenzierungen.

diesen Zusammenhang (vgl. Anhang, Tab. A5). Hier wurden die Abweichungen von den ungewichteten Mittelwerten berechnet, deshalb fallen anfänglich die Werte deutlich geringer aus, als bei der mittleren quadratischen Abweichung. Jedoch gleichen sich beide Werte im zeitlichen Verlauf immer mehr an und entsprechen einander in etwa ab 1972. Die Varianzanalyse zeigt, ebenso wie die mittlere quadratische Abweichung, daß es zu einer deutlichen Abnahme der Rentabilitätsdifferenzen kommt. Auch die auf der Basis der ungewichteten Mittelwerte ermittelte Standardabweichung (vgl. Anhang, Tab. A5) verringert sich im Verlauf der Untersuchung deutlich. Trotz eines Rückgangs der Differenzen bleiben die Verwertungsunterschiede zu hoch, um von einer Nivellierung der Branchenrentabilitäten sprechen zu können. Lediglich ihre Streuung wird geringer, jedoch bleiben weiterhin starke zwischenzweigliche Verwertungsunterschiede bestehen. So erreicht von 1950-54 der sich am geringsten verwertende Schiffbau nur ca. 11 % der Verwertungsrate der erstplazierten Bekleidungsindustrie, während 1972-75 zwischen den beiden Extremwerten die NE-Metallindustrie ca. 25 % der Verwertungsrate der Mineralöl verarbeitenden Industrie erreichen kann. Der weiterhin existierende hohe Verwertungsunterschied erlaubt es demnach nicht, von einer Angleichung der Branchenrentabilitäten zu sprechen.

3.5. Die Auswertung der Branchenindikatoren

Bisher sind in der vorliegenden Untersuchung die einzelnen Sektoren nicht immer in ausreichendem Maße berücksichtigt worden. In einem weiteren Untersuchungsschritt soll daher eine spezielle Auswertung der Indikatoren auf der Branchenebene erfolgen. Die Analyse wird zugleich von folgenden Fragestellungen geleitet:

- In welchem Zwischenzyklus verwerten sich die einzelnen Industriebranchen am höchsten?
- Läßt sich ein direkter Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Konjunkturverlauf und den branchenmäßigen Rentabilitätsentwicklungen feststellen?
- In welchem Maße ist die Rentabilität bei den einzelnen Branchen abhängig von der Kapitalproduktivität oder den Lohnstückkosten?
- Gibt es Anzeichen dafür, daß sich die Branchen des Verbrauchsgütersektors überdurchschnittlich verwerten oder diese von den Konjunkturschwankungen weniger betroffen sind?

3.5.1. Zusammenfassung der Einzelergebnisse

Die Mehrzahl der Branchen erwirtschaftet im ersten Zwischenzyklus (1950-54) ihre höchste Rentabilität. Diese Tatsache steht im Gegensatz zu den gesamtindustriellen Daten, die den höchsten Rentabilitätswert erst im zweiten Zwischenzyklus (1955-58) ausweisen. Die Abweichung der branchenmäßigen von den gesamtindustriellen Werten kommt durch die Gewichtung der einzelnen Branchenergebnisse zustande. Ob-

wohl die Mehrzahl der Branchen in der ersten Periode die höchste Rentabilität zu verzeichnen hat, ist aus oben erwähntem Grunde die gesamtindustrielle Rentabilität in der zweiten Periode am größten. Nach dem ersten oder zweiten Zwischenzyklus setzt bei der Mehrzahl der Branchen in den folgenden Perioden ein deutlicher Rentabilitätsrückgang ein, der nur teilweise im fünften Zwischenzyklus gebremst wird.

Von 1950 bis 1954 erzielten folgende Branchen ihren Rentabilitätsspitzenwert:

1. Bergbau,
2. Industrie der Steine und Erden,
3. Eisen- und Stahlindustrie,
4. Eisenschaffende Industrie,
5. Eisen-, Stahl- und Tempergießereien,
5. Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie,
7. Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugende Industrie (Pappe- und Papiererzeugung etc.),
8. Stahl- und Leichtmetallbau,
9. Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie,
10. Feinkeramische Industrie,
11. Papier- und Pappeverarbeitende Industrie (Pappe- und Papierverarbeitung),
12. Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie,
13. Glasindustrie,
14. Holzverarbeitende Industrie,
15. Bekleidungsindustrie,
16. Lederverarbeitende Industrie (einschließlich Schuhindustrie).

Von 1955 bis 1958 verwerten sich neun der insgesamt zweiunddreißig Branchen am höchsten:

1. Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie,
2. Maschinenbau,
3. Schiffbau,

4. Elektrotechnische Industrie,
5. Feinmechanische- und Optische Industrie,
6. Musikinstrumente-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräteeindustrie (Musikinstrumente etc.),
7. Ledererzeugende Industrie,
8. Textilindustrie,
9. Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

In dem dritten Zwischenzyklus von 1959 bis 1963 verwerten sich nur drei Branchen am besten:

1. NE-Metallindustrie,
2. Straßenfahrzeugbau,
3. Luftfahrzeugbau.

Es ist zu beachten, daß die Rentabilitätsdaten des Luftfahrzeugbaus 1959-63 zum ersten Mal für einen kompletten Zwischenzyklus ausgewiesen werden. Die Ergebnisse dieser Branche sind daher als Sonderfall zu betrachten. Obwohl im vierten Zwischenzyklus (1964-67) einige Branchen eine weiterhin steigende Rentabilität zu verzeichnen haben, erwirtschaftete während dieser Periode keine Branche ihren größten Rentabilitätswert, während im fünften Zwischenzyklus (1968-71) vier Sektoren die höchste Verwertungsrate aufweisen:

1. Ziehereien und Kaltwalzwerke,
2. Chemische Industrie,
3. Mineralölverarbeitende Industrie,
4. Kunststoffverarbeitende Industrie.

Es handelt sich mit Ausnahme der Ziehereien und Kaltwalzwerke um ausgesprochene Wachstumsbranchen, d.h. im Gegensatz zu der überwiegenden Zahl der Branchen haben diese ihre Rentabilität kontinuierlich steigern können. Der Rentabilitätsindikator der Ziehereien und Kaltwalzwerke weist hingegen einen völlig atypischen Verlauf auf: Der

zweithöchste Wert wurde bereits im ersten Zwischenzyklus 1950-54 erwirtschaftet, dem in den anschließenden Perioden Rentabilitätseinbußen folgten. Im fünften Zwischenzyklus kam es zum ersten Mal zu einer Rentabilitätssteigerung, die so stark ausfiel, daß damit der Wert des ersten Zwischenzyklus übertroffen wurde. Trotz fehlender Vergleichsmöglichkeit ist aber nach Betrachtung der Lohnstückkosten- und der Kapitalproduktivitätsentwicklungen zu vermuten, daß die Chemische Industrie 1972-75 weiterhin eine steigende Rentabilität durchsetzen kann.

Es ist auffallend, daß lediglich die Elektrotechnische Industrie, die Ledererzeugende Industrie und die Textilindustrie einen zyklischen Rentabilitätsverlauf aufweisen. Bei den anderen Industriezweigen ist keine direkte Übereinstimmung zwischen ihrer und der gesamtindustriellen Rentabilitätsentwicklung festzustellen. Die Zyklizität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen kommt nur als Summe aller Einzelercheinungen zum Tragen, während die einzelnen Branchen einen spezifischen Rentabilitätsverlauf zeigen. Eine Kongruenz zwischen den Daten der Einzelbranchen und denen der Gesamtindustrie ist nur partiell vorhanden und deshalb eher zufälliger Natur.

Wie aus dem Rangwertvergleich der einzelnen Indikatoren zu ersehen ist, wird die Kapitalrentabilität hauptsächlich von der Kapitalproduktivität bestimmt. Bei nachfolgend aufgeführten Branchen läßt sich dieser Zusammenhang feststellen: Bergbau, Industrie der Steine und Erden, Eisen- und Stahlindustrie, Eisenschaffende Industrie, Industrie der Ziehereien und Kaltwalzwerke, NE-Metallindustrie, Gummi- und Asbestverarbeitende Industrie, Sägewerke und Holzbearbeitende Industrie, Holzschliff, Zellstoff-, Pappe- und Papiererzeugende Industrie, Stahl- und Leichtmetallbau, Luftfahrzeugbau, Elektrotechnische Industrie, Feinmechanische und Optische Industrie, Holzverarbeitende Industrie, Musik-

instrumente-, Spiel-, Schmuckwaren- und Sportgeräteindustrie, Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie, Feinkeramische Industrie, Textilindustrie, Lederverarbeitende Industrie.

Für zwölf Branchen sind sowohl die Lohnstückkosten als auch die Kapitalproduktivität in Hinsicht auf die Kapitalrentabilität gleichermaßen bedeutsam:

Chemische Industrie, Mineralölverarbeitende Industrie, Kunststoffverarbeitende Industrie, Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie, Eisen-, Stahl- und Tempergießereien, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Schiffbau, Glasindustrie, Papier- und Pappeverarbeitende Industrie, Ledererzeugende Industrie.

Die kontinuierlichen Rentabilitätssteigerungen der drei erstgenannten Branchen resultieren aus der gemeinsamen Verbesserung der Indikatoren Lohnstückkosten und Kapitalproduktivität, während sich ansonsten mehrheitlich entweder ein Indikator oder beide Indikatoren verschlechtert haben. Allein bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wird die Rentabilität hauptsächlich durch die (geringen) Lohnstückkosten bestimmt.

Es wurde bereits mit Hilfe einer Korrelationsanalyse festgestellt, daß kein Zusammenhang zwischen der Kapitalkonzentration und der Rentabilität nachzuweisen ist. Vielmehr scheint die Rentabilität mit wachsender Verbrauchernähe der einzelnen Branchen anzusteigen. Rohstofferzeugende Industriezweige verwerten sich i.d.R. erheblich geringer als rohstoffverarbeitende Konsumgüterindustrien. Als Beleg für diesen Zusammenhang mögen die mit geringen Verwertungsraten existierenden, Rohstoff gewinnenden und Halbfertigfabrikate erzeugenden Sektoren, Ledererzeugende Industrie, Textilindustrie und Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugende Industrie einerseits und die mit deutlich höheren Verwertungsraten operierenden Konsum-

güterindustrien Lederverarbeitende Industrie (incl. Schuhverarbeitung), Bekleidungsindustrie und Papier- und Pappe-
verarbeitende Industrie andererseits gelten. Die Verbrauchs-
güterindustrien weisen gegenüber den Grundstoff- und In-
vestitionsgüterindustrien nicht durchgängig höhere Verwer-
tungsraten auf, zumal auch an der Spitze der Rentabilitäts-
rangskala Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien ste-
hen.¹⁾

Für die Mehrzahl der Branchen ist die Kapitalproduktivität
die entscheidende Verwertungs determinante. So resultiert
die hohe Rentabilität vieler Konsumgüterindustrien, neben
ihrer Verbrauchernähe, aus deren geringen Kapitalvorschüssen,
welche zu hohen Kapitalproduktivitäten führen. Umgekehrt
haben viele der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien
eine hohe organische Zusammensetzung, die zu einer gerin-
gen Kapitalproduktivität und damit zugleich Rentabilität
führt. Es existieren aber auch Grundstoff- und Investitions-
güterbranchen, die eine hohe Rentabilität aufgrund ihrer
hohen Kapitalproduktivität erwirtschaften. Es gilt demnach
folgender Grundsatz: Ist die Kapitalproduktivität hoch, hat
dies eine hohe Rentabilität zur Folge und umgekehrt.

Die drei Wachstumsbranchen Mineralölverarbeitende Industrie,
Chemische Industrie und Kunststoffverarbeitende Industrie

1) Da z.B. die Mineralölverarbeitung je nach Art der Produk-
te und Art der Verwendung Zwischenprodukte für die Che-
mische Industrie, Betriebsstoffe für andere Produktions-
sphären und Endprodukte für den Konsumgütermarkt her-
stellt, erscheint es fraglich, ob eine strenge Trennung
von Investitions- und Grundstoffindustrien einerseits
und Verbrauchsgüterindustrien andererseits durchführbar
ist. Auch die Kapitale des Luftfahrzeugbaus, des Straßen-
fahrzeugbaus und der Chemischen Industrie konkurrieren
sowohl auf den Produzenten- als auch auf den Konsumenten-
märkten. Eine eindeutige Zuordnung kann nur bei wenigen
Branchen gelingen (z.B. einerseits Eisen- und Stahlindu-
strie, Maschinenbau, andererseits Musikinstrumente-
industrie etc., Nahrungs- und Genußmittelindustrie).

stellen eine Besonderheit dar. Bei der Chemischen und der Mineralölverarbeitenden Industrie sind deren Rentabilitätskennziffern in erster Linie das Ergebnis geringer Lohnstückkosten, wobei flankierend die Kapitalproduktivität kontinuierlich zunimmt, während die steigenden Rentabilitätsraten der Kunststoffverarbeitenden Industrie gleichermaßen durch deren Kapitalproduktivität und Lohnstückkosten bewirkt werden.

Verbrauchsgüterindustrien sind ebenso wie andere von dem allgemeinen Konjunkturrückgang betroffen. Die Tabelle 16 verdeutlicht diesen Zusammenhang:

Tabelle 16: Veränderungsraten der Rentabilität bei ausgewählten Verbrauchsgüterindustrien

Branche	Zuwachsraten gegenüber der vorigen Periode in Prozenten				
	Zwischenzyklus			Hauptzyklus	Zwischenzyklus
	1955-58	1959-63	1964-67	1959-67	1968-71
Nahrung u. Genuß	+10,8	- 7,5	- 7,9	- 5,6	- 6,1
Bekleidung	-14,6	-30,0	-18,3	-41,3	- 6,3
Lederverarbeitung	- 0,1	-16,1	-20,1	-23,6	-10,9
Holzverarbeitung	- 8,0	-13,7	-10,9	-21,6	+ 3,7
Musikinstrumente etc.	+38,3	-18,6	-22,7	-13,4	-20,8
Gesamtindustrie	+ 9,7	- 9,0	-10,3	- 8,7	+ 3,4

Quelle: Tab. Nr. 7

Die ausgewählten Verbrauchsgüterindustrien zeigen deutliche Rentabilitätseinbußen, die zum Teil erheblich über dem Gesamtindustriellen Wert liegen. Besonders stark sind von dem Rentabilitätsrückgang die Musikinstrumentenindustrie etc. und

die Bekleidungsindustrie betroffen. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mußte ebenfalls einen Rentabilitätsrückgang hinnehmen, der sich über dem gesamtindustriellen Niveau bewegte. Zwar lag zum vierten Zwischenzyklus (1964-67) hier die Reduktion unter dem Wert der Gesamtindustrie, sank dann aber infolge eines überdurchschnittlichen Rückgangs prozentual stärker als der gesamtindustrielle Wert ab. Die Verbrauchsgütersektoren können demnach gegenüber der Gesamtindustrie nicht mit besseren Rentabilitätsveränderungsraten aufwarten. Sie werden genauso wie die Grundstoff- und Investitionsgütersektoren von dem allgemeinen Rentabilitätsrückgang erfaßt.

3.6 Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse und weiterführende Überlegungen

In der vorliegenden Arbeit wurde die Kapitalverwertung der westdeutschen Industriebranchen für den Zeitraum von 1950 bis 1977 analysiert. Dies geschah mit Hilfe der Indikatoren

- Kapitalrentabilität,
- Kapitalproduktivität,
- Lohnstückkosten.

Der allgemeinen Konjunkturentwicklung folgend, wurde eine Auswertung der Rentabilitätsdaten anhand acht- bis neunjähriger Hauptzyklen und vier- bis fünfjähriger Zwischenzyklen vorgenommen. Die Lohnstückkosten und die Kapitalproduktivität wurden hingegen nur stichprobenhaft aufbereitet.

Im zweiten Zwischenzyklus 1955-58 des ersten Hauptzyklus von 1950-58 war die gesamtindustrielle Kapitalrentabilität am höchsten. Abweichend von den gesamtindustriellen Daten wies die Mehrheit der Industriesektoren bereits im ersten Zwischenzyklus 1950-54 die höchsten Rentabilitätswerte auf. Die folgenden Perioden zeigten bei der Branchenmehrheit und auch bei der Gesamtindustrie einen Rentabilitätsrück-

gang an, der erst in der Periode 1968-71 zum Stillstand kam.¹⁾ Vom zweiten Zwischenzyklus an konnte nur noch eine Branchenminderheit eine weiterhin steigende Rentabilität erbringen. Nur drei Branchen gelang es, vom ersten bis zum fünften Zwischenzyklus 1968-71 ihre Rentabilität kontinuierlich zu steigern; ein ununterbrochener Zuwachs konnte anhand der Indikatorenentwicklung mit ziemlicher Sicherheit nur bei einem Sektor hergeleitet werden.

In den 50er Jahren herrschten zwischen den Produktionssphären sehr starke Verwertungsdivergenzen, die sich aber bis zum Ende des Untersuchungszeitraums merklich reduzierten. Sie blieben jedoch während des gesamten Untersuchungszeitraums zu hoch, um von einer tendenziellen Angleichung der Branchenrentabilitäten sprechen zu können.

Unter den Branchen mit Rentabilitätsspitzenpositionen sind sowohl solche mit geringen als auch mit hohen Konzentrationswerten vertreten, während am Ende der Rentabilitätsskala Sektoren mit hohen Konzentrationswerten überwiegen. Wie eine Rangkorrelationsanalyse ergab, läßt sich im Verlauf des gesamten Untersuchungszeitraums kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Konzentrationsgrad und der Rentabilitätshöhe erkennen. Aufgrund der vorliegenden Ergebnisse findet die These von der systematischen Vorteilsposition hochkonzentrierter Sektoren keine Bestätigung. Dies gilt ebenso für die erfaßten Krisenjahre, so daß auch die Annahme, daß hochkonzentrierte Sektoren in Krisenjahren wegen ihrer Marktmacht überdurchschnittlich hohe Rentabilitäten erwirtschaften können, keine Bestätigung findet.

1) Durch eine veränderte Datenerfassung sind die Werte ab 1972 nicht mehr mit denen voriger Jahre vergleichbar, so daß sich von diesem Zeitpunkt an keine direkten Aussagen zur weiteren Indikatorenentwicklung treffen lassen.

Es lassen sich ebenfalls keine Zusammenhänge zwischen dem Konzentrationsgrad einerseits und den Lohnstückkosten oder der Kapitalproduktivität andererseits erkennen. Hochkonzentrierte Sektoren haben auch hier keine Vorteilsposition. Die Rangkorrelationsanalyse zeigte, daß sich die Werte der Kapitalproduktivität und der Kapitalrentabilität etwa entsprechen. Dieses Ergebnis kann dahingehend interpretiert werden, daß die Kapitalrentabilität weitgehend von der Kapitalproduktivität bestimmt wird. Die Lohnstückkosten üben im Gegensatz zu der Kapitalproduktivität grundsätzlich einen wesentlich geringeren Einfluß auf die Rentabilität aus. Nur bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist die Rentabilität hauptsächlich von den Lohnstückkosten abhängig. Wie sich gleichzeitig an dieser Branche zeigen läßt, bewirken geringe Lohnstückkosten ohne hohe Kapitalproduktivitäten keine hohen Rentabilitätswerte. Nur in Verbindung mit hohen Kapitalproduktivitäten führen geringe Lohnstückkosten zu hohen Rentabilitätswerten. Am Beispiel des Luftfahrzeugbaus und des Stahl- und Leichtmetallbaus ist zu sehen, daß hohe Lohnstückkosten nicht automatisch zu geringen Rentabilitäten führen. Die hohe Kapitalproduktivität kompensiert bei diesen Branchen die hohen Lohnstückkosten, weshalb während mehrerer Jahre vordere Rentabilitätsränge erreicht werden. Bei einer Minderheit der Industriesektoren läßt sich keine eindeutige Abhängigkeit der Rentabilität von einem einzigen Indikator herleiten, so daß Lohnstückkosten und Kapitalproduktivität bei ihnen die Rentabilität gleichberechtigt determinieren.

Die wesentliche Aussage der vorliegenden Untersuchung, daß kein Zusammenhang zwischen der Höhe der Kapitalkonzentration und der Kapitalrentabilität vorhanden ist, wird durch die Arbeiten von Zschocke (1974) und Saß (1975) gedeckt. Ein Rangwertvergleich (bezogen auf 1962 bei Zschocke und auf 1960-67 bei Saß) zeigt einheitlich die niedrig konzentrierte Musikinstrumenten-, Spiel-, Schmuckwaren- und

Sportgeräteindustrie auf dem ersten Platz der Rentabilitätshierarchie, während auf den letzten Positionen die hochkonzentrierten Sektoren Schiffbau und Bergbau erscheinen. Diese Übereinstimmung deutet darauf hin, daß sich die Ergebnisse der vorliegenden Dissertation in den allgemeinen Untersuchungstrend einfügen. Der gewählte Zeitraum von siebenundzwanzig Jahren erscheint lang genug, um gesicherte Aussagen zur Verwertungssituation der westdeutschen Industriebranchen treffen zu können. Im Verlauf der Jahre wären zunächst die Zeitreihen dem aktuellen Stand entsprechend fortzuschreiben, da allein die laufende Datenerfassung zur Revision grundlegender, empirisch gestützter Aussagen führen kann.¹⁾ Das Zustandekommen der Rentabilitätsdifferenzen wurde in bisherigen Untersuchungen nicht hinreichend erklärt. In der vorliegenden Arbeit wurde auf Plausibilitätsannahmen zurückgegriffen, ohne daß es zu einer näheren empirischen Überprüfung der getroffenen Aussagen kam. Das Zustandekommen der Kapitalproduktivitäten wurde völlig vernachlässigt, was ebenso für die unterschiedlichen Lohnstückkosten gilt. Wesentlichen Einfluß auf die Rentabilität üben Anpassungselastizitäten und Weltmarkteinflüsse aus. Die Erforschung dieser Aspekte hätte auf der Ebene der einzelnen Branchen anzusetzen und sollte auch die Verwertung der unterschiedlichen Unternehmens-

1) So hat z.B. eine von Bronzen auf die USA bezogene Neuuntersuchung der von Bain, Stigler und Mann benutzten Zeitreihen bei Einbeziehung neuer Branchen und Verlängerung der Zeitintervalle zu einer Nichtsignifikanz der vorher nachgewiesenen Korrelation zwischen Konzentrationsgrad und Rentabilitätsdifferenzierung geführt (vgl. Semmler, 1980a, 244).

größtenklassen mit einbeziehen.¹⁾ Unter Weltmarktbedingungen führt die isolierte Analyse von nationalen Gegebenheiten zu verzerrten Ergebnissen. Die Auswirkungen internationaler Kooperationen auf Preisgestaltung und Profitrealisierung wäre auf breiter Basis zu untersuchen. Die hierbei auftretenden Probleme erscheinen augenblicklich sehr hoch und sind in absehbarer Zeit kaum zu lösen. Bis die bestehenden Wettbewerbsstrukturen in ihrer Gesamtheit nachvollzogen werden können, sind noch eine Vielzahl von Spezialuntersuchungen im nationalen und internationalen Maßstab notwendig.

1) Für die Untersuchung eines Industriesektors in der Bundesrepublik Deutschland ist die Arbeit von Bussmann (1965) beispielhaft.

LITERATURVERZEICHNIS

- AARONOVITCH, S. Aaronovitch (1976)
Zur Monopolpreisanalyse,
in: IMSF (1976), S. 158 ff.
- ADEY, J. Adey (1977)
Kapitalakkumulation und Krise
des Kapitalismus, Köln 1977
- ALTVATER, E. Altvater (1975)
Wertgesetz und Monopolmacht,
in: Zur Theorie des Monopols
Argumente - Sonderband 6,
Berlin 1975, S. 129 ff.
- ALTVATER, E. Altvater (1980)
Monopolisierung und Organisie-
rung des Kapitalismus als
politische Strukturveränderung
bürgerlicher Herrschaft, in:
Demele/Semmler (Hrsg.),
Monopoltheorie kontrovers,
Berlin 1980, S. 287 ff.
- ALTVATER, E.
HOFFMANN, J. Altvater/Hoffmann (1980)
Marxistische Ansätze zur Inter-
pretation historischer Wachs-
tumszyklen, in: Schröder, W.H./
Spree, R. (Hrsg.), Historische
Konjunkturforschung, Stuttgart
1980, S. 372 ff.
- ALTVATER, E. u.a. Altvater u.a. (1974a)
Entwicklungsphasen und -tenden-
zen des Kapitalismus in West-
deutschland, 1.Teil, in:
PROKLA Nr.13 (1974)
- ALTVATER, E. u.a. Altvater u.a. (1974b)
Entwicklungsphasen und -tenden-
zen des Kapitalismus in West-
deutschland, 2.Teil, in:
PROKLA Nr.16 (1974)
- ALTVATER, E. u.a. Altvater u.a. (1974c)
Zur Entwicklung des Kapitalis-
mus in Westdeutschland, in:
Volkhard Brandes (Hrsg.),
Handbuch 1, Frankfurt/Köln 1974,
S. 241 ff.

- ALTVATER, E. u.a. Altvater u.a. (1976a)
Zum Problem der Profitraten-
berechnung, in: PROKLA Nr.24,
(1976), S. 191 ff.
- ALTVATER, E. u.a. Altvater u.a. (1976b)
Einleitung, in: dies. (Hrsg.),
Handbuch 3, Inflation - Akku-
mulation - Krise, I, Frankfurt/
Köln 1976
- ALTVATER, E. u.a. Altvater u.a. (1979a)
Vom Wirtschaftswunder zur Wirt-
schaftskrise, Berlin 1979
- ALTVATER, E. u.a. Altvater u.a. (1980a)
Konzentration als Ursache von
Profitratendifferenzen?, in:
WSI-Mitteilungen 4/1980,
S. 196 ff.
- ALTVATER, E. u.a. Altvater u.a. (1980b)
Vorläufiger Endbericht der
Pilotstudie "Gewerkschaftliche
Alternativen der Beschäfti-
gungspolitik unter den Bedin-
gungen der internationalen
Wirtschaftskrise seit 1974"
(Zwischenbericht Sept. 1980)
unveröffentlichtes Manuskript,
FU-Berlin 1980
- ARNDT, H. Arndt (1974)
Wirtschaftliche Macht - Tat-
sachen und Theorien, München
1974
- AUTORENKOLLEKTIV Autorenkollektiv (1972)
Der staatsmonopolistische
Kapitalismus, Berlin (DDR)
1972
- AUTORENKOLLEKTIV Autorenkollektiv (1973)
Einführung in die politische
Ökonomie des Kapitalismus,
Berlin (DDR) 1973
- BAUMGART, E.
KRENGEL, R. Baumgart/Krengel (1970)
Die industrielle Vermögens-
rechnung des DIW, Ergebnisse
einer Neuberechnung, in:
Beiträge zur Strukturfor-
schung, Berlin 10/1970

- BEYREUTHER, R. Beyreuther (1978)
Zur Differenz des Monopolbegriffs am Beispiel von Elmar Altvater und Robert Katzenstein, in: SOPO, Nr.45 (1978), S. 42 ff.
- BLAIR, J.M. Blair (1966)
Economic Concentration, Chicago 1966
- BLECHSCHMIDT, A. Blechschmidt (1974)
Profitorientierung und Krise in der BRD-Industrie, in: Volkhard Brandes (Hrsg.), Handbuch 1, Frankfurt/Köln, S. 275 ff.
- BREUER, W. Breuer (1975)
Zur Politischen Ökonomie des Monopols, Köln 1975
- BROSIUS, G. u.a. Brosius, u.a. (1980)
Theoretische und empirische Aspekte des Zusammenhangs von Monopolisierung und Verlauf der Krise seit 1973, in: WSI-Mitteilungen 4/1980, S. 186 ff.
- BUSSMANN, L. Bussmann (1965)
Der Einfluß der Konzentrationsraten auf Preise und Gewinne, Köln 1965
- DEMELE, O. Demele (1980)
Die Rolle der Oligopole im Inflationsprozeß. Zu den Ursachen der Preissteigerungen in der Krise, Diss. FU-Berlin, 1980
- DIEFENBACH, Ch. u.a. Diefenbach u.a. (1976)
Wie real ist die Realanalyse?, in: PROKLA Nr.24 (1976), S. 173 ff.
- DIW DIW-Gutachten (1978)
Gutachten im Auftrage der Monopolkommission erstellt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin), Konzentration und industrielle Entwicklung, in: Monopolkommission, Hauptgutachten II, S. 579 ff.

- ELLWARDT, M.
PAETAU, M. Ellwardt/Paetau (1976)
Zum Verhältnis der "inneren
Gesetzmäßigkeiten des Kapi-
tals" und den "äußeren Durch-
setzungsformen" bei der Be-
stimmung des Monopols, in:
IMSF (1976), S. 39 ff.
- FLIESHARD, P. u.a. Flieshard u.a. (1976)
Profitratenanalyse - Methoden
und Ergebnisse, in: IMSF
(1976), S. 130 ff.
- FLIESHARD, P. u.a. Flieshard u.a. (1977)
Gewinnentwicklung und Gewinn-
verschleierung in der west-
deutschen Großindustrie,
Bd.1 und Bd.2, Köln 1977
- FLIESHARD, P. u.a. Flieshard u.a. (1978)
Die Legende vom Gewinnverfall,
in: WSI-Mitteilungen 1/1978,
S. 19 ff.
- GILLMANN, J.M. Gillmann (1969)
Das Gesetz des tendenziellen
Falls der Profitrate, Frankfurt/
Wien 1969
- GNAßMANN, H. Gnaßmann (1978)
Marxistische Milchmädchenöko-
nomie. PKA-Kritik, in: Bei-
träge zum wissenschaftlichen
Sozialismus 2/78, S. 121 ff.
- GOLDBERG, J. Goldberg (1978)
Die Verwertungsbedingungen
des Kapitals in der Bundesre-
publik, in: IMSF (Hrsg.), Jahr-
buch des IMSF 1/1978, S.106 ff.
- GOTTHOLD, J. Gotthold (1975)
Macht und Wettbewerb in der
Wirtschaft, Köln 1975

- HAMER, G. u.u. Hamer u.a. (1977)
Revision der Volkswirtschaft-
lichen Gesamtrechnung 1960
bis 1976, in: Wirtschaft und
Statistik, 4/1977, S. 215 ff.
- HEINEN, E. Heinen (1976)
Grundfragen der entscheidungs-
orientierten Betriebswirt-
schaftslehre, München 1976
- HEINRICH/MENDNER Heinrich/Mendner (1976)
Seminarpapier zu Helmut
Zschocke, Kapitalstruktur
und Kapitalverwertung in der
BRD-Industrie, SS 1976, an
der FU-Berlin
- HILFERDING, R. Hilferding (1974)
Das Finanzkapital, Frankfurt/
Köln 1974³
- HOFMANN, W. Hofmann (1962)
Die säkulare Inflation,
Berlin 1962
- HOFMANN, W. Hofmann (1969)
Grundelemente der Wirtschafts-
gesellschaft, Reinbek 1969
- HOLLÄNDER, H. Holländer (1974)
Das Gesetz des tendenziellen
Falls der Profitrate, in:
Mehrwert 6, Berlin 1974,
S. 105 ff.
- HUFFSCHMID, J. Huffschild (1976)
Zu den theoretischen Grundlagen
der marxistisch-leninistischen
Monopoltheorie, in: IMSF (1976),
S. 11 ff.
- HUFFSCHMID, J. Huffschild (1978)
Gewinnermittlung durch Bilanz-
analyse - brauchbar für Ar-
beitnehmervertreter?, in:
Das Mitbestimmungsgespräch
Nr. 6/1978, S. 139 ff.
- IMSF (Hrsg.) IMSF (1976)
Das Monopol - ökonomischer Kern
des heutigen Kapitalismus,
Frankfurt 1976

- JORDAN, D. Jordan (1974)
Der Monopolbegriff im System
der Kritik der politischen
Ökonomie, in: Ebbighausen, R.
(Hrsg.), Monopol und Staat,
Frankfurt 1974, S. 137 ff.
- JORDAN, R. Jordan (1980)
Monopolistische Mengenpolitik
und ihre Beschäftigungswirkun-
gen, in: Demele/Semmler (Hrsg.),
Monopoltheorie kontrovers,
Berlin 1980, S. 182 ff.
- JUNG, H. Jung (1976)
Zur Auseinandersetzung um die
marxistisch-leninistische Mono-
poltheorie in der BRD, in:
Marxistische Blätter Nr.3/1976,
S. 120 ff.
- JUNG, H.
SCHLEIFSTEIN, J. Jung/Schleifstein (1979)
Die Theorie des staatsmonopoli-
stischen Kapitalismus und ihre
Kritiker, Frankfurt 1979
- KATZENSTEIN, R. Katzenstein (1974)
Zur Monopolproblematik, in:
SOPO Nr.28 (1974), S.100 ff.
- KATZENSTEIN, R. Katzenstein (1975a)
Zur Frage des Monopols, des
Monopolprofits und der Durch-
setzung des Wertgesetzes im
Monopolkapitalismus, in:
Argument-Sonderband 6, Berlin
1975, S. 93 ff.
- KATZENSTEIN, R. Katzenstein (1975b)
Zum Inhalt des Monopols, in:
Konsequent, Nr.22, Berlin
1975, S.50 ff.
- Kirsch, W. Kirsch (1977)
Einführung in die Theorie der
Entscheidungsprozesse, Bände I
bis III als Gesamtausgabe,
Bd. I, Verhaltenswissenschaft-
liche Ansätze der Entschei-
dungstheorie, Wiesbaden 1977
- KLEIN, D. Klein (1976)
Ökonomische Widersprüche im
Kapitalismus, Frankfurt 1976

- KLEINKNECHT, A. Kleinknecht (1980)
Überlegungen zur Renaissance
der "langen Wellen" der Kon-
junktur ("Kondratieff-Cycles"),
in: Schröder, W.H./Spree, R.
(Hrsg.), Historische Konjunk-
turforschung, Stuttgart 1980,
S. 316 ff.
- KREMEIER, A. Kremeier (1978)
Kapazität ist ungenügend aus-
gelastet. Großunternehmen wer-
den verstärkt auf mittlere
Anlagegrößen umsteigen, in:
Blick durch die Wirtschaft,
Nr. 126/1978
- KRENGEL, R. u.a. Krengel u.a. (1972-78)
Produktionsvolumen und -poten-
tial, Produktionsfaktoren der
Industrie im Gebiet der Bun-
desrepublik Deutschland,
12.-18. Folge, Berlin 1972-78
- KÜHNE, K. Kühne (1976)
Geschichtskonzept und Profit-
rate im Marxismus, Neuwied 1976
- LEISEWITZ, A. Leisewitz (1972)
Die Auswirkungen der Verwissen-
schaftlichung der Produktion
auf die Monopolbildung und auf
das Verhältnis von Ökonomie
und Politik, am Beispiel der
Chemischen Industrie, in:
Argument 73 (1972), S. 444 ff.
- LENIN, W.I. Lenin (1970)
Der Imperialismus als höch-
stes Stadium des Kapitalis-
mus, Berlin (DDR) 1970
- MARX, K. Marx (Grundrisse)
Grundrisse der Kritik der
Politischen Ökonomie, Berlin
(DDR) 1974
- MATTIK, P. Mattik (1976)
Die deflationäre Inflation,
in: Altvater, E. u.a. (Hrsg.),
Handbuch 3, S. 146 ff.

- MAYA, C. Maya (1979)
Zur Entwicklung der Kapital-
konzentration und Zentralisa-
tion in der Industrie der
Bundesrepublik Deutschland
1950-1975, Diss. FU-Berlin,
Berlin 1979
- MEMORANDUM Memorandum (1980)
Gegen konservative Formie-
rung - Alternativen der Wirt-
schaftspolitik, Köln 1980
- MEW MEW
Marx-Engels-Werke
- MEW MEW 23
Marx, K., Das Kapital, Bd. 1,
Berlin (DDR) 1970
- MEW MEW 24
Marx, K., Das Kapital, Bd. 2,
Berlin (DDR) 1972
- MEW MEW 25
Marx, K., Das Kapital, Bd.3,
Berlin (DDR) 1972
- MONOPOLKOMMISSION Monopolkommission (1976)
Mehr Wettbewerb ist möglich,
Hauptgutachten 1973-1975,
Baden-Baden 1976
- MONOPOLKOMMISSION Monopolkommission (1980)
Hauptgutachten 1978/1979,
Fusionskontrolle bleibt vor-
rangig, Baden-Baden 1980
- MÜLLER, J.
HOCHREITER, R. Müller/Hochreiter (1975)
Stand und Entwicklungstenden-
zen der Konzentration in der
Bundesrepublik Deutschland,
Göttingen 1975
- OELßNER, F. Oelßner (1960)
Ein Beitrag zur Monopoltheo-
rie, in: Probleme der politi-
schen Ökonomie, Bd.3, Berlin
(DDR) 1960, S. 12 ff.

- PFaffenBERGER, W. Pfaffenberger (1979)
Zu den monopoltheoretischen
Implikationen des Memorandums,
in: Argument-Sonderband 35,
Berlin 1979
- PKA PKA (Materialband)
Projekt Klassenanalyse,
Materialband Wertrechnung.
Grundstruktur des gesellschaft-
lichen Gesamtproduktionspro-
zesses 1950-1975 und 1971-1976,
ohne Ort und Jahrgang
- PKA PKA (1975)
Projekt Klassenanalyse,
Stamokap in der Krise,
Berlin 1975
- PKA PKA (1976a)
Projekt Klassenanalyse,
Gesamtproduktionsprozeß der
BRD 1950-1975, Berlin 1976
- PKA PKA (1976b)
Projekt Klassenanalyse. Die
akkumulationstheoretische
Realanalyse im Spiegel des
Indikatorverfahrens, in:
Beiträge zum wissenschaftli-
chen Sozialismus, 4/76, S.140 ff.
- PKA PKA (1978)
Projekt Klassenanalyse. Mehr-
wert und Profitraten des BRD-
Kapitals, in: Beiträge zum
wissenschaftlichen Sozialis-
mus, Nr. 1/78, S. 39 ff.
- PRITTWITZ, V. Prittwitz (1977)
Krisenzyklus und Wirtschaft,
Diss. FU-Berlin, Berlin 1977
- SAB, P. Saß (1978)
Das Großkapital und der Mono-
polprofit, Hamburg 1978
- SAB, P. Saß (1975)
Die Untersuchung der Profit-
raten-Unterschiede zwischen den
westdeutschen Industriebran-
chen nach dem 2. Weltkrieg,
Tübingen 1975

- TAMMER, H. Tammer (1976)
Gesetzmäßigkeiten der Monopol-
bilanz, in: IMSF (1976),
S. 47 ff.
- TAMMER, H. Tammer (1977)
Wachsender Ausbeutungsgrad der
Arbeiter und Angestellten der
BRD - Die Entwicklung der Mehr-
wertrate von 1950-1975, in: IPW-
Berichte 6/77, S. 11 ff.
- TAMMER, H. Tammer (1978)
Profite und Profitraten in
der BRD-Industrie, in: IPW-
Berichte 6/78, S. 12 ff.
- WEINSTEIN, O. Weinstein (1975)
Egalisation des faux de profit
et mobilité du capital, in:
Cahiers d'Economie Politique
Nr. 2, 1975, S. 35 ff.
- WINKELMANN, R. Winkelmann (1974)
Grundzüge und Probleme der Theo-
rie des staatsmonopolistischen
Kapitalismus, in: Ebbighausen, R.
(Hrsg.), Monopol und Staat,
Frankfurt 1974, S. 45 ff.
- WOLL, H. Woll (1980)
Konzentration und technischer
Fortschritt, in: Demele, O./
Semmler, W. (Hrsg.), Monopol-
theorie kontrovers, Berlin 1980,
S. 137 ff.
- WYGODSKI, S.L. Wygodski (1972)
Der gegenwärtige Kapitalismus,
Köln 1972
- ZSCHOCKE, H. Zschocke (1974)
Kapitalstruktur und Kapitalver-
wertung in der BRD-Industrie,
in: IPW-Forschungsheft 2/1974,
Berlin (DDR)

Michael Narazny

Lebenslauf

Geboren: 27.10.1951 in Berlin

Schulbesuch in Berlin:

von 1958 - 1964 Grundschule,

von 1964 - 1968 Hauptschule,

von 1968 - 1971 dreijährige Wirtschaftsoberschule;

Berufliche Tätigkeit vor Aufnahme des Studiums:

vom 1.4.1971 bis 28.2.1972 Postinspektoranwärter bei der Deutschen Bundespost, Landesdirektion Berlin,

vom 20.3.1972 bis 31.3.1973 Angestellter bei der Oberfinanzdirektion Berlin;

Studium:

vom Sommersemester 1973 bis Wintersemester 1974/75 Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft Berlin,

vom Sommersemester 1975 bis zum Sommersemester 1979 Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspädagogik an der Freien Universität Berlin, Abschluß als Diplom - Handelslehrer;

Tätigkeit nach dem Studium:

vom 24.11.1981 bis 10.3.1983 Ausbildung als Studienreferendar beim Senator für Schulwesen, Jugend und Sport mit der Fächerkombination Wirtschaftslehre / Betriebliches Rechnungswesen.

Papyrus-Druck GmbH Berlin ☎ 3416451
Dissertationen